

Wettbewerb zum Tag der Pressefreiheit

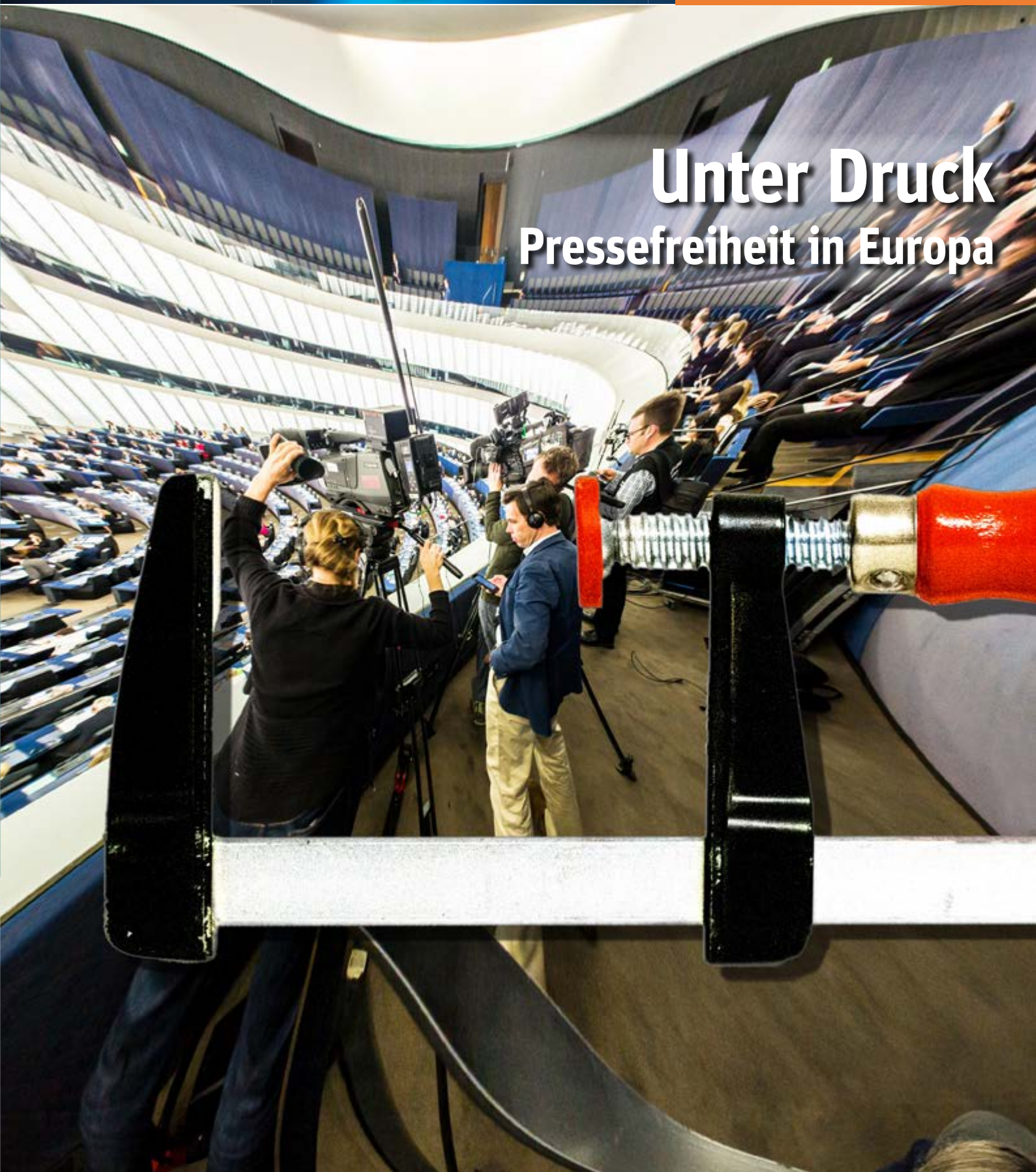
Der Einfluss der Influencer

Freientipps zur Neustarthilfe

Fotografen haben zu selten Namen

www.bjv.de / www.djv.de

Unter Druck Pressefreiheit in Europa



Pressestellen A bis Z im BJVreport

Ab Seite 18 finden Sie die Einträge von Pressestellen aus den Bereichen Bildung/Wissenschaft (BW), Messen/Ausstellungen (MA), Finanzen (F), Versicherungen (V), Energie (E), Netz (N), Verkehr (VK), Unternehmen (U), Kammern (K), Verbände (VB), Soziales/Kirche (SK):

A

AFAG Messen und
Ausstellungen (MA)

AUDI (U)

B/C

Bauindustrie Bayern/
Bayerischer
Bauindustrieverband (VB)

Bayerische
Landesärztekammer (K)

Bayerische
Landeszahnärztekammer (K)

Bayerischer Jagdverband (VB)

Bayerngas (E)

Bayernhafen (VK)

Bayernwerk (E)

Bischöfliche Aktion Adveniat (SK)

BMW Group (U)

D

DIEHL Diehl Stiftung (U)

E

Erdgas Schwaben (E)

E-T-A Elektrotechnische
Apparate (U)

G/H

GVB Genossenschaftsverband
Bayern (F)

Hanns-Seidel-Stiftung (BW)

I/J/K

Interhyp Gruppe (F)

L/M

LEW Lechwerke (E)

LMU Ludwig-Maximilians-
Universität München (BW)

N

N-ERGIE (E)

NÜRNBERGER
Versicherungsgruppe (V)

O/P/R

OMV Deutschland (U)

S

Schwaben Netz (N)

Sparkassenverband Bayern (F)

St. Theresien-Krankenhaus
Nürnberg (U)

StWN Städtische Werke
Nürnberg (U)

Süddeutscher Verband
reisender Schausteller und
Handelsleute (VB)

T/U

TUM Technische Universität
München (BW)

V

VAG Verkehrs-
Aktiengesellschaft (VK)

VdK Bayern Sozialverband (SK)

Versicherungskammer Bayern (V)

VGN Verkehrsverbund
Großraum Nürnberg (VK)

W

wbg Nürnberg Immobilien (U)

Dank auch den Sonderinserenten:

- Akademie der Bayerischen
Presse
- Bundeszentrale für
politische Bildung
- Journalisten helfen Journalisten
e.V.
- Presse-Versorgung
(Versorgungswerk der Presse)



Kontaktbörse „Pressestellen“

Die Rubrik „Pressestellen“ im *BJVreport* ist ein gern genutzter „Treffpunkt“ für Kammern, Verbände, Organisationen, Dienstleister und Unternehmen aus vielen Bereichen, die regelmäßige und fundierte Pressearbeit betreiben. Nutzen Sie diese Kontaktbörse, alle zwei Monate, ein ganzes Jahr lang für nur 1.450,- EUR zzgl. MwSt.

Das Medienmagazin *BJVreport* erscheint **6x jährlich**, jeweils zur Monatsmitte im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember • **Anzeigenschluss** vier Wochen vorher • **Mediadaten** unter www.bjv.de • **Planung/Abwicklung:** Mediasüd, Robert Macher, Telefon 091 81/29 99-477, Fax 091 81/29 99-479, robert.macher@mediasued.de



Michaela Schneider
Leitende Redakteurin

Foto: Stefan Gregor

Schleichender Prozess

Corona sei auch eine Seuche für die Pressefreiheit, titelte die *Deutsche Welle*, als Reporter ohne Grenzen die weltweite Rangliste 2021 präsentierte. Deutschland ist abgerutscht von Platz elf auf Platz 13. Und noch viel dramatischer sieht die Lage in europäischen Ländern wie Ungarn, Polen oder Slowenien aus, obwohl die Pressefreiheit doch eigentlich als demokratischer Grundwert der EU gilt. Wie dieser schleichend verloren geht, arbeitete das Redaktionsteam des *BJVreport* heraus. Wir sprachen mit Auslandskorrespondent*innen, aber auch mit Mogens Blicher Bjerregård, Präsident der Europäischen Journalisten Föderation. Wir nahmen Kontakt auf zu Journalist*innen in Ländern wie Slowenien und Belarus. Wir schauten kritisch nach Österreich, denn auch dort gerät die Pressefreiheit unter politischen und ökonomischen Druck. Wir zeigen, wie manche europäischen Regierungen schleichend die Macht über die Medien in ihrem Land übernehmen. Gut, dass der Journalisten-Verband Solidarität zeigt und sich für Kolleg*innen einsetzt, die in unseren Nachbarländern unter Druck geraten. **Ab Seite 12**

Die BJV-Jury hat den *taz*-Artikel „Unter Druck“ von Anne Fromm und Sarah Ulrich mit dem ersten Preis des bundesweit ausgeschriebenen BJV-Wettbewerbs zum Tag der Pressefreiheit 2021 ausgezeichnet. Wir sprachen mit den beiden wie auch mit den übrigen Sieger*innen. **Ab Seite 6**

Sie haben innovative Ideen. Sie wagten sich in Nischen und der Erfolg gab ihnen recht. Sie sind positive Beispiele, dass sich Mut am Ende oft bezahlt macht: Mit den „Mutmacher*innen“ starten wir im *BJVreport* eine neue Serie, als erstes stellen wir das neue *Grafikmagazin* vor. **Seite 30.**

Selbstkritischer Blick in die BJV-Geschichte: Die Ära Franz Schönhuber belebte von 1971 bis 1977 zunächst den Verband – und zerriss ihn dann. **Seite 38**

Unser Titelbild

Die Schraubzwinge wird weiter angezogen. Denn jene, die Europas Pressefreiheit unter zunehmenden Druck setzen wollen, kennen ihr Handwerkszeug genau. Sie drehen an ökonomischen, sie drehen an politischen Schraubchen. In Bildmontagen auf unserem Cover wie auch auf Seite 12 hat Fotograf **Stefan Gregor** diesen Gedanken umgesetzt. Seine Fotos entstanden auf einer Pressereise des Bayerischen Journalisten-Verbandes nach Brüssel. Der Aschaffener Fotograf lernte sein Handwerk von der Pike auf in dreijähriger Lehre, 1992 folgte die Meisterprüfung. Seit 1989 arbeitet er als Bildjournalist für die Redaktion des *Main-Echo*. Regelmäßig gewann er Preise bei den BJV-Wettbewerben „Pressefoto Bayern“ und „Pressefoto Unterfranken“.



Stefan Gregor

Foto: Rainer Reichert

Kaleidoskop

- 4 Medienköpfe
- 5 Social Media auf Papier

Verband

- 6 „Da gerät etwas ins Wanken“
*Siegerbetrag analysiert, woher der Hass gegen Journalist*innen kommt*
- 8 „Jeder operiert mit der Pinzette“
BR-Journalist gewinnt mit Podcast „Hohenzollern gegen Journalisten“
- 10 **Hautnah beim Kampf um die Demokratie dabei**
*Mit den „Hongkong Diaries“ belegen 17 Jungjournalist*innen Platz 3*
- 11 **Vom Wert der Unabhängigkeit**
Sonderpreis: Zwei Studenten beleuchten „Google News Initiative“ kritisch

Titel

- 12 **Kontrollierte Kommunikation**
*Selbst in Europa wird es schwerer, als Korrespondent*in frei zu berichten*
- 16 **Eingeschüchtert, verprügelt, ermordet**
EJF-Präsident Bjerregård schaut mit Sorge auf Europas Pressefreiheit
- 18 **Nix mit „Tu felix Austria“**
Auch in Österreich leidet die Pressefreiheit
- 20 **„Und die Titanic fährt vorbei“**
Wie Europas Regierungen die Macht über Medien übernehmen
- 22 **Internationale Solidarität zeigen**
Wie sich BJV und DJV für Kollegen in anderen Ländern einsetzen
- 23 **Pressestellen**

Medienszene

- 28 **Influencer – eine Gefahr für die Demokratie?**
Wie die politische Meinungsbildung von Jugendlichen beeinflusst wird
- 30 **„Gemeinsam kann man unheimlich viel erreichen“**
*Mutmacher*in: Viele Glauben an das neue Grafikmagazin*
- 30 **Vorschuss für fiktive Betriebskosten**
Darauf sollten Freie beim Beantragen der Neustarthilfe achten

Verband

- 31 **Oh, mein/e Go(e)tt*in...**
Auf ein Wort mit Michael Busch
- 32 **Aus dem Verbandsleben**
- 34 **„Wir sind nicht der Balkan, wir sind Mitteleuropa“**
Seit Oktober ist Nikolaus Neumaier ARD-Chefkorrespondent in Wien
- 36 **Die Abendzeitung München trägt die rote Laterne**
Fotografen haben Namen 2021: Jeder zweite Fotovermerk ist falsch
- 38 **Der Volkstribun mit Rechtsdrall**
BJV-Geschichte(n): Die Ära Franz Schönhuber von 1971 bis 1977
- 39 **Leserbrief**
- 40 **„Algorithmen sind menschengemachtes Produkt“**
Tagung „Medien im digitalen Zeitalter“

Service

- 41 **Rechtstipp**
Radio darf Auskunft von Verkehrsunternehmen verlangen
- 42 **Unsere Tipps**

Zur Person

- 43 **Jubilare**
- 44 **Nachrufe, Impressum**

Sagen Sie mal...

- 45 **„Jedes Wort wird übersetzt und registriert“**
Als langjährige Türkei-Korrespondentin kennt Christiane Schlötzer die wechselhafte Beziehung zwischen Präsident Erdogan und der Presse.



Foto: Bernhard Huber

Holger Schellkopf (@hschellk) hat beim Digitalmagazin *t3n* Chefredakteur **Luca Caracciolo** abgelöst, der zur *Technology Review* wechselte. Schellkopf, 53, war aus der Chefredaktion von *W & V* „in gegenseitigem Einvernehmen“ ausgeschieden, nachdem der Süddeutsche Verlag den Fachtitel an Ebner Media abgegeben hatte.

Katharina Riehl (@kathirie) leitet seit April mit **Stefan Kornelius** (@KorneliusStefan) das Politik-Ressort der *Süddeutschen Zeitung*. Zuvor war sie für die Wochenendausgabe mit verantwortlich. Das *SZ*-Feuilleton wird seit Mai vom früheren *FAZ*-Autor **Nils Minkmar** (@nminkmar) verstärkt.

Werner Reuß, 57, wird den von ihm gegründeten, crossmedialen Programmbereich „Wissen und Bildung“ beim *Bayerischen Rundfunk* weitere fünf Jahre leiten. Der Rundfunkrat stimmte seiner Wiederberufung zu.



Foto: BR/Markus Konvalin

Mit **Karlheinz Kas**, der im Juni seinen 66. Geburtstag feiert, verabschiedet sich der dienstälteste *BR*-Hörfunk-Sportreporter vom Mikrofon. Bereits 1980 kam der gebürtige Mittelfranke zum *BR* und war mehrere Jahre für den TSV 1860 München zuständig. Seit 1995 kommentiert er Spiele der Fußball-Bundesliga. Seine markante Stimme ist durch die *ARD*-Radiokonferenz unter Fußballfans über Bayern hinaus bekannt.

Wolfgang Ainetter (@WAinetter), Ex-*Bild*-Journalist und zuletzt Sprecher von Bundesverkehrsminister Scheuer (CSU), ist seit März Sonderbeauftragter bei der Deutschen Bahn. Für Scheuers Ministerium hatte der gebürtige Österreicher ein „Neuigkeitenzimmer“ aka Newsroom eingerichtet.



Foto: Sebastian Mowka

Schon seit einigen Monaten gab es Spekulationen, dass **Jessica Pempel-Schulz** (mit *GQ*-Kreativdirektor André Pollmann, li., und *Pro Sieben*-Moderator Joko Winterscheid) Condé Nast verlassen könnte. Ihren Abgang kündigte sie nun für Ende Mai an. Die 1970 in Hamburg geborene Deutschlandchefin – und erste Frau auf diesem Posten – kam im März 2019 zum Magazinverlag nach München. Unter ihrer Führung wurde umgebaut und verschlankt. Redaktionen wurden zusammengelegt, 19 Mitarbeiter mussten gehen. Titel wie *GQ* und *Vogue* erscheinen seltener, dafür gibt es mehr Online-Berichterstattung. Zuletzt waren die Zahlen wieder positiver. Das Deutschlandgeschäft von Condé Nast wird künftig von London aus gesteuert.



Foto: RTL2/Moritz Jansen

Janique Johnson ist neue Hauptmoderatorin der *RTL2*-News, die der Grünwalder Sender seit 2019 von der *RTL* News GmbH in Köln produzieren lässt. Die 30-jährige Deutsch-Amerikanerin arbeitete als Redakteurin und Planerin u.a. für „Punkt 12“ (*RTL*). Neuzugang **Linda Mürtz** wird das News-Team bei Bedarf unterstützen.

Ruth Alexander, 53, verantwortet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Heckscher Klinikum für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Historikerin sammelte PR- und Redaktionserfahrung u.a. beim Diakoniewerk München-Maxvorstadt und bei *WELT* (vormals *N24*).



Foto: Seven_One/Martin Saumweber

Daniel Rosemann (@Rosemann Daniel), seit fünf Jahren verantwortlich für *Pro Sieben*, hat auch die

Führung des Schwestersenders *Sat.1* übernommen. Er folgt dort auf **Kaspar Pflüger**, der nach mehrmonatiger Elternzeit in neuer Aufgabe zurückkehrt und das internationale Produktionsgeschäft der Seven.One Entertainment Group vorantreiben soll.



Foto: Antenne Bayern/Stefanie Schwarz

Konrad Schwarz (@SchwarzKoni) kehrt zum 1. Juli zurück zu *Antenne Bayern* und übernimmt dort die Leitung der Programmgestaltung. Der 41-Jährige war bereits von 2006 bis 2020 bei der Privatwelle in verschiedenen Funktionen tätig, bis er als Operativchef zu Regiocast wechselte.

Johannes Hauner, 57, ist bei der *SZ* neuer Geschäftsführer für Digitale Medien. Er folgt auf **Stefan Hilscher**, der weiter Geschäftsführer des Süddeutschen Verlags bleibt.

Thomas Knieper, Professor für Digitale und Strategische Kommunikation an der Universität Passau, ist neuer

Vorstandsvorsitzender des Vereins Jugend Film Fernsehen (JFF). Er tritt die Nachfolge von **Frank Fischer** (LMU) an, der das Amt vier Jahre bekleidete. Als zweiter Vorsitzender wurde **Klaus Lutz** vom Medienzentrum Parabol in Nürnberg wiedergewählt.



Foto: BR/Markus Konvalin

Lisa-Sophie Scheurell (@Pardon_Podcast) ist neue Reporterin des *funk*-Formats „Die Frage“ an der Seite von **Frank Seibert**. Das Reportage-Format wird von PULS produziert. Die gebürtige Hamburgerin, Jahrgang 1996, ist Gastgeberin des „Pardon Podcast“.

Till Mayer, Redakteur beim *Obermain-Tagblatt*, ist für seine Porträts über Menschen, deren Leben durch Kriegsfolgen erschüttert wurde (www.erschuettert.org), mit dem Coburger Medienpreis ausgezeichnet worden.



Foto: Boczek (für Ehemann)

Karin Boczek (@kbczk) hat an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt die neue Juniorprofessur für Digitalen Journalismus übernommen. Sie selbst studierte an der TU Dortmund und promovierte 2019. Vor ihrer Berufung an die KU war sie Juniorprofessorin in Mainz mit Arbeitsschwerpunkt journalistische Innovationen sowie Social Media und Messenger Apps im Journalismus.

Holger Gertz (@Gertz68), Edelfeder der *Süddeutschen Zeitung*, ist Preisträger des 23. Journalistenpreises Bahnhof. Den 1998 von der Unternehmensgruppe Dr. Eckert gestifteten Preis erhält er für seine Seite-3-Geschichte „Zug der Zeit“ über den Münchner Hauptbahnhof. Mit einer „Lobenden Erwähnung“ hob die Jury zudem einen Artikel von **Eike Lenz** von der *Main-Post* hervor.

Text: Senta Krasser

Zu wenig und zu viel Transparenz

Die SZ mauert, ein Lokalblog startet durch und in Norddeutschland tönt einer laut

Von Thomas Mrazek

Schön und gut ist es, das Transparenz-Blog, das die SZ zum diesjährigen Tag der Pressefreiheit startete. „In unserem Transparenz-Blog geben wir Einblick ins Innenleben der *Süddeutschen Zeitung* und erklären unsere Arbeit“, schreibt die Chefredaktion (sz.de/transparenz). Die Kolleg*innen haben allerhand zu bieten, allein zum letztjährigen 75. Geburtstag der Zeitung wurden einige Artikel veröffentlicht, in denen Leser*innen Einblicke in deren Arbeitsalltag erhalten. Aktuell erläutern die Journalist*innen den Umgang mit Corona-Daten, die Möglichkeiten und Grenzen der Klimaberichterstattung, den Umgang mit Korrekturhinweisen und vieles mehr. Wirklich alles schön und gut? Nein, was fehlt wäre mehr Transparenz in Sachen Zukunft der *Süddeutschen Zeitung*, denn es muss dort bekanntlich rigoros gespart werden. Da hilft leider auch das Verdoppeln der Digitalabos im Corona-Jahr 2020 auf 180.000 nicht viel. Zu den Themen Sparen und Redaktionswandel herrscht immer noch beredtes Schweigen, wie im April die Verantwortliche des MedienMagazins des *Bayrischen Rundfunks*, Sissi Pitzer, monierte: „Außer Betriebsrat Franz Kotteder wollte niemand mit uns offen sprechen.“ Die SZ-Chefredaktion lehnte ein Gespräch mit dem BR-Journalisten Linus Lüring ab und verwies auf das Interview mit Judith Wittwer im April-Heft des *journalist* (Anreißertext unter: bjvlink.de/wittwer-sz). Lüring gelang dennoch ein hörenswerter Beitrag, in welchem er die vielschichtigen – durchaus auch positiven – Entwicklungen und die Probleme der Zeitung verdeutlichte: „SZ unter Druck. Erfindet sich die *Süddeutsche Zeitung* neu?“ (Dauer: sieben Minuten: bjvlink.de/unter-druck).

Ortswechsel vom Medienkonzern an der Isar zu einem als Einfrau-Projekt gestarteten Blog an die Pegnitz. Das *Lokalblog Nürnberg* (siehe Artikel aus dem Januar 2021: bjvlink.de/lokalblog) ist Vergangenheit – dass von der ehemaligen Redakteurin der *Nürnberger Nachrichten*, Alexandra Haderlein, 2020 gegründete Angebot ist nun unter einem neuen Namen auf dem Markt: *Relevanzreporter* (relevanzreporter.de). Auf dem Markt heißt in diesem Fall auch, dass die Nutzer*innen seit April für die dort publizierten Ar-



Neuer Name, schickes Design und kostenpflichtig: die Relevanzreporter Nürnberg.

Screenshot: Thomas Mrazek

tikel bezahlen müssen: Ab acht Euro monatlich können die Beiträge gelesen werden. Die Gründerin legt einen Teil ihrer Kalkulation offen: „Unsere Recherchen [sind] stets aufwändiger als Breaking-News-Journalismus und brauchen mehrere Tage bis (meist) Wochen – ein Beitrag kostet 800 bis 1000 Euro.“ Kostenlos gibt es neben Leseproben weiterhin einen Newsletter und seit Kurzem den Podcast „Nürnbergmorgen“. Jetzt dürfen wir gespannt sein, wie sich das einjährige Engagement von Haderlein und ihren Mitstreiter*innen und Unterstützer*innen, auszahlen wird.**

„Der Lokaljournalismus ist am Ende“

Wie wertvoll ein gutes Verhältnis zur eigenen Community ist, zeigt sich in Mecklenburg-Vorpommern. 2015 gründete in Greifswald Benjamin Fredrich mit mehreren Mitstreiter*innen das Printmagazin *Katapult* (katapult-magazin.de). Das Heft mit dem Untertitel „Magazin für Eis, Kartografie und Sozialwissenschaft“ erscheint vier Mal im Jahr, mittlerweile arbeiten 34 Menschen dort, 84.000 Abonnent*innen (Einzelheft 5,80 Euro) finanzieren das Heft. Der 33-jährige Gründer fungiert als Verleger, Chefredakteur und Herausgeber. Seine Idee beschreibt die *taz* so: „Journalismus mit Grafiken. Wohin die EU ihren Müll verschifft, Rechtsterrorismus in Deutschland (...) – Fredrich will Wissenschaft und Journalismus verbinden.“ Bei jüngeren Menschen kommt das Printprodukt offenbar besonders gut an, im Verlag werden auch Bücher gleicher Machart angeboten. Bei Facebook gefällt das Magazin 240.000 Nutzer*innen. Fredrich ist ein streitbarer Charakter, er legt sich gerne auch mit anderen Medienmacher*innen an und ist

dabei milde gesprochen nicht zurückhaltend, was seine Wortwahl und das öffentliche Zelebrieren von Streitigkeiten angeht. Auch die SZ musste hierbei Lehrgeld zahlen (bjvlink.de/katapult-sz).

Besonders kritisch sieht er die Arbeit des *Nordkuriers*, eine Art Platzhirsch auf dem Zeitungsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern; für Fredrich ist es „der fremdenfeindlich arbeitende *Nordkurier*“. Selbst in der Redaktion des *Nordkurier*, sind Kolleg*innen unzufrieden über den eher „Querdenker“-freundlichen Kurs des Blattes, wie die *taz* kürzlich berichtete (Anne Fromm: „Der Gute, der Böse, das Drama“: bjvlink.de/taz-katapult). Ende März versuchte Fredrich, seine Verärgerung über den *Nordkurier* konstruktiv zu nutzen: Er rief zu Spenden für die Gründung der Lokalzeitung *KATAPULT MV* (katapult-mv.de) auf. Innerhalb von vier Tagen hatte er 19.000 Euro, die monatlich gezahlt werden, akquiriert. Mittlerweile sind es schon 28.000 Euro von rund 3700 Abonnent*innen. Vier Mitarbeiter*innen wurden inzwischen eingestellt, gezahlt würden 3150 Euro brutto. Man wolle „die dringend notwendige journalistische Vielfalt in die Region zurückholen“, heißt es auf der Website der neuen Online-Zeitung, und: „Alles online, mit Karten, Daten, Grafiken und auch Fotos über MV.“ Mit Grafiken werden mögliche Wachstumspläne skizziert: „*KATAPULT MV* ist kein Nebenprojekt von *KATAPULT*, nein, wir werden DIE Lokal- und Regionalzeitung Mecklenburg-Vorpommerns!“ Im Juni soll das Angebot starten. „Der Lokaljournalismus ist am Ende. *KATAPULT MV* steht erst am Anfang“, verkündet Benjamin Fredrich.

** Hinweis in eigener Sache: Als Mitglied des BJV-Mentoring-Teams (bjv.de/bjv-mentoring) ist dem Autor Alexandra Haderlein persönlich bekannt, sie absolvierte das Programm 2019/2020 als Mentee.



Der Autor

Thomas Mrazek (@tmrazek) arbeitet als freier Journalist und Dozent in München, er betreut die Netzaktivitäten des BJV; thomas-mrazek.de.

Foto: Stefan Gregor

„Da gerät etwas ins Wanken“

In ihrem Siegerbeitrag „Unter Druck“ wollen die Journalistinnen Anne Fromm und Sarah Ulrich herausfinden, woher der Hass gegen Journalist*innen rührt

Von Michaela Schneider

„Ich merkte, dass da etwas passiert, das extrem gefährlich ist“, erinnert sich Sarah Ulrich zurück an den 7. November in Leipzig. Bei einer Querdenker-Demonstration werden vor den Augen der Polizei zahlreiche Journalist*innen angegriffen. Kolleg*innen werden beschimpft, bespuckt, bedroht, körperlich angegriffen. „Ich war nicht zum ersten Mal in einer Bedrohungssituation. So schlimm das klingt: Man hat sich daran gewöhnt“, sagt die 29-Jährige. Sie erzählt etwa, wie schon ein Kollege in ihrer unmittelbaren Nähe zu Boden getreten wurde. Und trotzdem macht der 7. November etwas mit der freien Journalistin: Das Gefühl, eingekesselt zu sein, löst bei ihr eine derartige Angst aus, dass sie anschließend das Gespräch mit einer Psychologin sucht. Und dass sie seither auf keine Demonstration mehr ging, um darüber vor Ort zu berichten.

Anne Fromm, zu dem Zeitpunkt festgestellte Medienjournalistin bei der *taz*, war selbst bei keinen Demonstrationen dabei. Doch Wochenende für Wochenende lagen neue Meldungen über Angriffe auf Journalist*innen auf ihrem Tisch. Und jedes Mal hatte sie das Gefühl, darüber wieder und wieder schreiben zu müssen. „Bei den Querdenkern handelt sich nicht um irgendwelche Demos. Hier geschieht die massive Radikalisierung einer Gruppe, die zu – wir wissen nicht was – führt“, sagt die 34-Jährige. Sie sieht darin eine massive Gefahr für die Demokratie.

Im Artikel „Unter Druck. Pressefreiheit in Gefahr“, der im Auftrag der *taz* entstand, gingen die beiden Journalistinnen entsprechend zweischrittig vor: Sie wollten die Erfahrungen auf der Straße schildern, wollten zeigen, wie es



Journalist*innen sehen sich auf Querdenker-Demonstrationen mit Anfeindungen, Angriffen und Hass konfrontiert.

Foto: PM Cheung/AdoraPress

Kolleg*innen wie etwa der Journalistin Andrea Röpke dort ergeht. Und sie wollten die Geschehnisse medienanalytisch beleuchten. Ausgezeichnet wurden sie dafür mit dem ersten Platz beim BJV-Wettbewerb zum Tag der Pressefreiheit.

Das Urteil der Jury:

„Der Beitrag dokumentiert nicht nur die Entwicklung und den Status quo in Deutschland und der Welt, sondern setzt sich auch mit den Hintergründen dazu auseinander. Eine fundierte und längst fällige Analyse – volle Punktzahl!“

Was ihn so lesenswert macht: Er geht einerseits unter die Haut und andererseits mit viel Hintergrund in die Tiefe. Woher stammt, historisch betrachtet, der Begriff „Lügenpresse“? Wo liegen die Unterschiede zwischen der Gewalt gegen Medienschaffende in den 1968ern und heute? Welche Rolle spielt die digitale Transformation? Und der Artikel sucht Antworten auf Fragen, die sich derzeit wohl viele

in der Medienbranche stellen: Warum wächst die Feindseligkeit gegenüber Medien in Deutschland? Und welche Auswirkungen hat das auf die Demokratie?

Kurzum: Woher rührt der Hass? „Es gibt nicht die eine Erklärung“, sagt Anne Fromm. So interessant wie erschreckend sei aber für sie gewesen, einschlägige Telegramm-Gruppen zu beobachten und zu sehen, wie schnell Hetze dort Fahrt aufnimmt – durch die Anonymität in den Gruppen; durch das vermittelte Bild „wir gegen oben“. Journalist*innen und Politi-

ker*innen würden dort als eine amorphe Masse wahrgenommen. Anders als Politiker*innen seien Journalist*innen bei Demonstrationen vor Ort und damit (an)greifbar, entsprechend konzentriert sich auf sie der Hass. „Was ich total erschreckend fand war, wie quasi legitim in diesen Gruppen Morddrohungen sind“, ergänzt Fromm.

Noch ein anderes fiel ihr bei der Recherche auf: Als sie Zahlen zu sammeln begann, unterschieden sich diese deutlich: „Ein Angriff auf Journalisten, das kann alles sein.“ 252 Angriffe auf Journalist*innen in Jahr 2020 nannte etwa die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen hin. Gleichzeitig hieß es aber wohl bei allen Stellen in diesem oder anderem Wortlaut: Man beobachte ein Ausmaß, wie man es noch nie erlebt habe.

Als in Leipzig „Legida“ Fuß fasste, habe es sich etabliert, nur noch im Team rauszugehen, minimal zu zweit, erzählt Sarah Ulrich. Manche Journalist*innen trügen vor Ort Helme. Fast noch wichtiger aber sei es, seine Adressdaten sperren zu lassen. „Mir ist es schon passiert, dass mein Foto auf einer Naziseite er-

schien. Für solche Fälle ist eine Sperrung wichtig.“ Das allerdings sei rein rechtlich nicht so leicht, denn dafür müsse man nachweisen können, dass eine Bedrohung vorliegt. Wie im Beitrag „Unter Druck“ beschrieben, sehen viele Journalist*innen zudem von Anzeigen ab aus Sorge, die Privatadresse könne über den Anwalt der Gegenseite in rechtsradikale Hände geraten. Ausführlich analysieren die Autorinnen, woher das Misstrauen vieler Pressevertreter*innen in die Polizei rührt.

Kleine Gruppe immer radikaler

Hass auf der einen Seite, ein so hohes Vertrauen in den Journalismus in großen Teilen der Bevölkerung auf der anderen: Auch das arbeiten die Autorinnen in ihrem Feature heraus und ziehen dafür die Erhebung von Infratest Dimap im Auftrag des *Westdeutschen Rundfunks* von 2020 heran. 80 Prozent der Deutschen halten demnach den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für sehr vertrauenswürdig, 74 Prozent stufen Tageszeitungen als glaubwürdig ein. Man müsse bedenken, sagt Sarah Ulrich, dass der zunehmende Hass von einer kleinen Gruppe ausgehe, die immer radikaler werde. „Von dieser dürfen wir uns nicht diktieren lassen, worüber wir zu berichten und wie wir zu arbeiten haben.“

Und Anne Fromm beobachtet noch etwas anderes: Journalismus werde teilweise behandelt wie ein Wirtschaftszweig. „Wir müssen zeigen, dass es um etwas anderes, nämlich um seine zentrale Funktion für die Demokratie geht. Da gerät etwas ins Wanken, das für alle zur Gefahr wird“, sagt sie. Zum Beispiel wenn, wie im Siegerbeitrag beschrieben, in bestimmten Regionen schon jetzt keine Journalist*innen mehr über Querdenker-Demonstrationen berichten, weil dort nicht für ihren Schutz gesorgt werden kann.



Siegerbeitrag: bjvlink.de/taz-druck

Zur Person



Die freie Journalistin **Sarah Ulrich**, 29 Jahre, ist Landeskorrespondentin der *taz* für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Als Schwerpunkte nennt sie soziale Bewegungen, Rassismus, rechte Gewalt, feministische Themen und moderne Formen der Kultur. Für die *taz* produziert sie auch den feministischen Podcast „We Care“. Ursprünglich stammt sie aus Mainz, heute lebt und arbeitet sie in Leipzig. Studiert hat sie Sozialwissenschaften und Gesellschaftstheorie. Mehr: www.sarahulrich.info

Foto: Martin Neuhof



Anne Fromm, 34 Jahre, arbeitete bis vor kurzem als Medienredakteurin im Gesellschaftsressort *taz2*, im April wechselte sie nun ins Investigativressort der *taz*. Sie wuchs in Erfurt auf und studierte anschließend Soziologie und Politikwissenschaft in Leipzig, Berlin und Schweden. Zur Redakteurin ausgebildet wurde sie an der Deutschen Journalistenschule in München. Seit 2014 arbeitet sie in Festanstellung bei der *taz*.

Foto: Kersten Augustin



Aktuelle Seminare

Die ABP bietet wieder erste Präsenz-Seminare an, zudem ein umfangreiches Webinar-Angebot. Es reicht von Kurzformaten (90 Minuten) bis hin zu mehrtägigen Kursen, thematisch von digitalen Tools bis zu gehirngerechtem Schreiben.

Sie finden unser laufend aktualisiertes Gesamtprogramm unter www.abp.de.

Einige Präsenz-Seminare:

- Instagram Storys (21.06.)
- Kommentieren (28.-30.06.)
- Texten für Social Media (01./02.07.)
- Change Kommunikation (05.-07.07.)

Einige Webinare:

- Die Kolumne (mit Anja Rützel, 17./18.06.)
- Moderieren von Online-Panels für Journalisten (22./23.06.)
- Für Kinder schreiben (23.06./24.06.)
- Datenjournalismus (06./07.07.)

Das Akademie-Programm 2020 bietet in mehr als 280 Volontärs-Kursen und Seminaren journalistische Aus- und Weiterbildung für Einsteiger und Redaktionsprofis.

Akademie der Bayerischen Presse

Domagkstr. 34 · 80807 München · Tel.: 089 49 99 92-0

Do you like it? [www.facebook.com/Akademie der Bayerischen Presse](https://www.facebook.com/Akademie%20der%20Bayerischen%20Presse)

„Jeder operiert mit der Pinzette“

Mit dem „Medienmagazin“-Beitrag „Hohenzollern gegen Journalisten: Jedes Wort zählt“ gewinnt *BR*-Journalist Christian Orth den zweiten Preis

Von *Michaela Schneider*

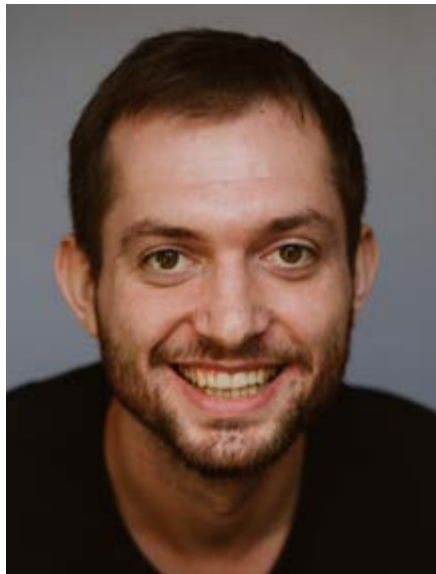
Gleich zu Beginn des „Medienmagazin“-Beitrags „Hohenzollern gegen Journalisten: Jedes Wort zählt“ macht Christian Orth, (fest-)freier Mitarbeiter beim *Bayerischen Rundfunk*, deutlich: Dieser könnte für ihn juristische Konsequenzen haben. Wegen falscher Berichterstattung hat Georg Friedrich Prinz von Preußen, Oberhaupt des Hauses Hohenzollern, schon zahlreiche Journalist*innen abgemahnt und verklagt. Als der Podcast im Sommer 2020 online ging, lagen fast 50 Entscheidungen vom Landgericht Berlin zu Abmahnungen und einstweiligen Verfügungen vor, die das Haus Hohenzollern erwirkt hatte. Beim BJV-Wettbewerb zum Tag der Pressefreiheit schaffte es Christian Orth mit seinem Beitrag auf den zweiten Platz.

Hand aufs Herz, hast Du darüber nachgedacht, die Finger von einer so heißen Recherche zu lassen?

Christian Orth: Ja. Aber erst, als ich schon so tief drin war, dass ich nicht mehr rauskam. Eine Kollegin hat mir das Thema mehr oder weniger zugeschustert und meinte: Mach doch mal einen Beitrag drüber. Ich nahm es an und hatte drei, vier Tage Zeit für die Umsetzung. Mit jedem Tag wurde mir bewusster: Um Himmels willen, was habe ich da angenommen? Weil mir klar wurde, bei allen Gesprächen on und off the record, welche Konsequenzen dieser Bericht nach sich ziehen könnte. Auch Jan Böhmermann sagt im „Neo Magazin Royale“, als er die Restitutions- und Entschädigungsansprüche der Hohenzollern aufgreift: Er sei zwar schon vom einem Fußballnationalspieler verklagt worden und Staatspräsidenten. Aber eine königliche Hoheit habe er noch nie gehabt. Jan Böhmermann wurde nicht verklagt, der Anwalt der Hohenzollern, Markus Hennig, begründet dies damit, dass bei Böhmermann „Satire eine Rolle spiele“.

Im Bewusstsein, dass Dir eine Klage drohen könnte: Wie gingst Du an die Recherche ran?

Es gab einige Kollegen, die über das Thema



Christian Orth.

Foto: Bianca Taube

berichteten. Sie sagten: Wenn man berichtet, muss jedes kleinste, kleinste Detail richtig sein, auf das es im Normalfall nicht ankommen würde. Wie wichtig diese Detailversessenheit in der Berichterstattung über die Hohenzollern ist, wurde mir immer bewusster. Bei meinen Re-

Das Urteil der Jury:

„Der Autor verdeutlicht auf unterhaltsame und auch für den Laien verständliche Weise, welche negativen Auswirkungen die geschilderte Klagefreudigkeit auf den kritischen Journalismus haben kann.“

cherchen ist mir generell wichtig: Ich will Dinge nicht im luftleeren Raum erzählen, sondern lasse immer erst einmal beide Seiten zu Wort kommen – und immer jemanden, der konkret betroffen ist. Ich suchte mir jemanden, der wirklich abgemahnt wurde. Und mir war ganz wichtig, auch den Anwalt der Hohenzollern, Markus Hennig, zu Wort kommen zu lassen.

„Jedes Wort zählt“ titelst Du in der Überschrift.

Was hieß das für Dich, als Du den Beitrag schriebst?

Natürlich gebe ich mir immer die größte Mühe. Aber als ich den Beitrag geschrieben habe, dachte ich über jedes Wort ganz stark nach. Ich ließ den Beitrag zudem von den Juristen des *BR* überprüfen. Auch in der An- und Abmoderation sowie beim Teasertext bei „BR24“ ist jedes Wort abgenommen und wurde mit dem klaren Hinweis an die Kollegen versehen, auch ja keines zu ändern. Denn eines habe ich vom Medienanwalt gelernt: Falsch ist falsch. Wir berichten über Menschen, sind aber nicht immer zu einhundert Prozent akkurat. Viele nehmen einem das übel. Man sollte noch viel präziser arbeiten als Journalist.

War es schwierig, den Anwalt der Hohenzollern für ein Interview zu gewinnen?

Nein, eigentlich gar nicht. Sein Vorzimmer organisierte den Termin für mich. Im Gespräch zeichnete er sich auch selbst auf. Das machen wir inzwischen fast immer so, weil die Tonqualität dann meistens besser ist. Ich glaube, er war danach nicht so glücklich mit dem Interview. Ich wies ihn darauf hin, dass ich bei seinen Zitaten gar nichts geschnitten hatte. Am Ende des Telefonats sagte er, er sei mit seiner Performance nicht zufrieden gewesen ... Was zum ersten Mal in meinem Leben passiert ist: Der *Deutschlandfunk* hatte meinen Beitrag gehört und wollte ihn ebenfalls senden. Ich fragte bei Markus Hennig an, ob er die Zitate auch dafür freigebe. Er verneinte, war aber zu einem zweiten Interview bereit, das dann im *Deutschlandfunk* lief.

*Wie schwierig war es, Interviewpartner*innen zu finden?*

Ich sprach mit zwei, drei Kollegen, dann traf ich relativ schnell auf Thomas Schuler. Das war, als hätte ich die Büchse der Pandora geöffnet. Er schrieb mir auf meine Anfrage gleich mehrere E-Mails. Ich merkte aber schnell in der Recherche: Jeder operiert mit der Pinzette, jeder

ging mit großer Vorsicht an die Geschichte. Selbst „Frag den Staat“-Projektleiter Arne Semsrott sagt, er überlege sich ganz genau, wie er welches Wort im Interview formuliert. Obwohl er derjenige ist, der den „Prinzenfonds“ gegründet hat, um betroffenen Journalisten zu helfen. Selbst hier merkt man: Die Methode des Medienanwalts wirkt.

Gesendet wurde dein Beitrag im Juli 2020. Bekamst Du denn nun anschließend Post vom Anwalt?

Obwohl ich mir sicher war, dass im Beitrag definitiv kein Fehler war, schwang immer ein wenig die Befürchtung mit, dass da noch was kommen könnte. Ganz seltsames Gefühl ... Aber ich habe bis heute nichts gehört. Ich habe aber auch begriffen, in welchem Luxusumfeld ich mich bewege: Mit den Hausjuristen des BR im Hintergrund; mit der Möglichkeit, ein Thema selbst nach größerer Recherche im Ernstfall doch sein zu lassen. Im Notfall hätte ich den

Rückhalt eines Medienhauses gehabt – und nicht auf den Prinzenfonds zurückgreifen müssen. Die Situation freier Journalisten ist da ganz anders – und da habe ich nochmal einen ganz anderen Respekt bekommen vor dem Dasein als Freier.

Sorgst Du dich um die Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland?

Ja. Weil ich zum Beispiel auf Außendrehn immer öfter Anfeindungen erlebe. Ich war mit dem BR-Auto auf der Autobahn unterwegs und es fuhr jemand mehr oder minder langsam, bei 130 Stundenkilometern, an mir vorbei, und zeigte mir den Mittelfinger. Auch auf der Straße werden Leute aggressiver, attackieren mit Worten und kommen einem gerade in Coronazeiten unglaublich nah. Ich spüre, es gibt in Teilen eine Radikalisierung. Aus meiner Sicht haben wir im Journalismus aber auch ein Problem. Es gibt Kollegen, die ihre Rolle als Journalisten sehr aktivistisch

interpretieren – und nicht mehr wirklich bereit sind, die andere Seite zu hören.



Siegerbeitrag: bjvlink.de/hkg-pressefreiheit (ab Minute 9.55)

Mehr zum „Prinzenfonds“: bjvlink.de/prinzenfonds21

Zur Person

Christian Orth, 29 Jahre, arbeitet als Reporter, Moderator und Redakteur für „#BR24Live“, für das Youtube-Format „Lohnt sich das?“ und in der Politikredaktion des BR. Der gebürtige Augsburger hat in München und Cincinnati Politik- und Kommunikationswissenschaft studiert. Schon während des Masterstudiums arbeitete er als freier Mitarbeiter beim Bayerischen Rundfunk, im Anschluss absolvierte er dort das trimediale Volontariat.

„Ein Zeichen für die Pressefreiheit“

47 Einreichungen aus dem ganzen Bundesgebiet – offizielle Preisverleihung im Juni

Die Idee hinter dem Wettbewerb zum Tag der Pressefreiheit: Mit dem zum siebten Mal bundesweit ausgeschriebenen Preis will der BJV das Thema der Pressefreiheit an die Öffentlichkeit bringen und sie für dieses wichtige Grundrecht sensibilisieren.

Die Einreichkriterien: Eingereicht werden konnten Beiträge aus dem gesamten Bundesgebiet, die innerhalb der letzten zwölf Monate in den Bereichen Print, Audio, Video, Online, Fotografie und Karikatur entstanden sind. Bewerben konnten sich auch Journalist*innen, die kein Mitglied im Deutschen Journalisten-Verband sind.

Die Jury: Die Jurymitglieder sichteten zunächst sämtliche Beiträge und bewerteten diese für sich nach einem vorgegebenen Punktesystem. Mehrere Stunden lang wurde dann in einer Jurysitzung – coronakonform per Videokonferenz – über die Beiträge mit den höchsten Punktzahlen diskutiert, bis die Gewinner feststanden. In der Jury wirkten mit: BJV-Vorsitzender Michael Busch, die stellvertretende BJV-Vorsitzende Andrea

Roth, Schriftführerin Anne Webert und die Vorsitzenden der Fachgruppen Bild, Thomas Geiger, sowie Online, Thomas Mrazek.

Das Preisgeld: 1. Platz 1500 Euro; 2. Platz 750 Euro; 3. Platz 500 Euro. Sonderpreis „Junger Journalismus“ 1000 Euro. Die drei regulären Preise finanziert der BJV, dieser hat alle Preisgelder im Vergleich zu den Vorjahren erhöht. Der Sonderpreis „Junger Journalismus“ wird gestiftet von der Presseversorgung.

Der neue Sonderpreis: Erstmals gab es 2021 die Sonderkategorie „Junger Journalismus“. BJV-Pressereferentin Maria Goblirsch sagt dazu: In den vergangenen Jahren hätten regelmäßig Studierende sehr gute Beiträge eingereicht, die es in der Jurybewertung weit schafften, jedoch am Ende mit Blick auf die starke Konkurrenz aus renommierten Redaktionen knapp am Siebertreppchen vorbeischrammten. Die hohe Qualität der Beiträge junger Kolleg*innen wollte man deshalb mit einem eigenen Sonderpreis würdigen.

Die Beiträge 2021: Insgesamt wurden in diesem Jahr 47 Beiträge eingereicht, 27 davon in der Kategorie „Junger Journalismus“. Unter den Einreichenden waren nahezu genauso viele Frauen wie Männer. Der BJV-Vorsitzende Michael Busch betonte nach der Jurysitzung die hohe Qualität der Wettbewerbsbeiträge 2021: „Dieser bundesweite Wettbewerb setzt mit den ausgezeichneten Arbeiten ein Zeichen für die Pressefreiheit. Es freut mich besonders, dass wir in diesem Jahr so viele junge Journalistinnen und Journalisten auszeichnen können.“

Die Preisverleihung: Die offizielle Preisverleihung ist im Juni geplant. In welcher Form dies geschehen soll, stand bei *BJVreport*-Andruck noch nicht fest und hängt vor allem auch von der Infektionslage ab. Entstehen soll voraussichtlich wie auch schon im Vorjahr ein Video, in dem die Beiträge wie auch die Preisträger*innen vorgestellt werden.

(mic)



Mehr zum diesjährigen Wettbewerb unter bjv.de/Pressefreiheit21



Hautnah beim Kampf um die Demokratie dabei

17 angehende Journalist*innen begleiteten für die „Hong Kong Diaries“ zwei Wochen lang aus der Ferne acht Protagonist*innen. Deren Sicherheit hatte oberste Priorität

Ausgezeichnet mit dem European Newspaper Award, nominiert für den Grimme Online Award – und nun ein dritter Platz beim BJV-Wettbewerb zum Tag der Pressefreiheit: Dass die „Hong Kong Diaries“ des 17-köpfigen Journalist*innen-Teams so große mediale Aufmerksamkeit erreichen würden, hatte Leonie von Randow nicht erwartet. Die meisten schauten derzeit eher auf Corona denn nach Hongkong. Die 27-Jährige gehört zur Abschlussklasse der „FreeTech – Axel Springer Academy of Journalism and Technology“ in Berlin, zusammen mit ihren Kommiliton*innen setzte sie das Projekt als „Masterpiece“ im letzten Ausbildungsjahr um.

Zwei Wochen lang nahmen die Jungjournalist*innen per Chat, Videos, Fotos und Sprachnachrichten am Leben von acht Menschen aus Hongkong teil, die dort täglich um die Demokratie kämpfen. „So zeigen sie uns, wie es sich anfühlt, Freiheit zu verlieren“, ist auf www.hongkong-diaries.de zu lesen. 17 Terabyte Datenmaterial und mehr als 5000 Dateien erreichten das Team in zwei Wochen. Das Thema „Hong Kong Diaries“ hatte die Axel-Springer-Akademie den 17 Schüler*innen der Abschlussklasse vorgegeben inklusive einem Budget. In Sachen Umsetzung hatten sie anschließend freie Hand. Klar war, dass eine Reise nach Asien – unabhängig von der kaum vorhandenen Chance, ein Journalistenvisum zu bekommen – mitten in der Pandemie nicht möglich sein werde.

Acht multimediale Tagebücher

Am 30. Juni 2020 hatten die chinesischen Behörden das Nationale Sicherheitsgesetz in Hongkong in Kraft gesetzt. Es schränkt seither Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit massiv ein, heißt es im 20-minütigen Dokumentarfilm, der als Teil des Projekts entstand. Daneben lassen die Journalist*innen die Protagonist*innen in acht multimedialen Tagebüchern in Chatprotokollen, Video- und Tonaufnahmen sowie ergänzt um Fotos und Hintergrundinformationen ihre Tageserlebnisse ab dem 30. September dokumentieren. Den Studenten Owen etwa, der als inoffizieller Pressesprecher zwölf inhaftierter Hongkonger gilt und sich mit den Worten „ich hoffe, dass ihr für immer an unserer Seite

steht“ an die deutschen Journalist*innen wendet; den Menschenrechtsaktivisten Johnson; die Lokalpolitikerin Clara. Ergänzt werden die „Hong Kong Diaries“ zudem um die interaktive Karte „Map the Movement“, die das Tech-Team der Akademie erstellt hatte.

Dass sich unter den Protagonist*innen niemand findet, der pro China spricht, scheiterte

Das Urteil der Jury:

„Die Hong Kong Diaries zeigen in beeindruckender und bildstarker Weise, wie sehr Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und eine funktionierende Demokratie beziehungsweise deren Niedergang, zusammenhängen. Der Film zeichnet sich durch seine innovative Machart und eine außerordentliche Bildgestaltung aus.“

laut Leonie von Randow am Ende auch „an der Angst, dass uns eventuell jemand verpfeift“. Denn der Schutz der acht Hongkonger hatte von Beginn an oberste Priorität, im schlimmsten Fall hätte ihnen Gefängnis drohen können. Ausgestattet wurden sie mit „sauberen“ Handys und Kamertechnik, jeder wurde genau gecheckt, um nicht auf eine „Undercover-Mission“ der chinesischen Behörden hereinzufallen.

Unter „Making of“ ist zudem auf der Website zu lesen: „Sensible Daten und Details durften weder per Mail noch per WhatsApp oder Slack ausgetauscht werden. Jede Videokonferenz, jedes Telefonat, jede Datei – alles, was einen der Hongkonger identifizierbar macht, musste geheim bleiben. (...) Jede Datei, die wir aus Hongkong bekamen, durfte nur lokal auf verschlüsselten Festplatten gespeichert werden. Keine Server, keine Cloud-Lösungen.“ Teilweise seien die echten Namen nicht einmal innerhalb der Redaktion laut ausgesprochen worden, stattdessen vergab man Tarnnamen und taufte manche Figuren mehrmals um.

Trotzdem geraten die Protagonist*innen immer wieder in heikle Situationen – und die Zuschauer*innen sind bei Videoaufnahmen hautnah dabei. „Sind Sie Reporterin? Verletzen Sie nicht die Privatsphäre der Leute!“, geht ein Polizist Lokalpolitikerin Clara an. Selbst bei Demonstrati-

onen gegen die Diktatur bleiben Kameras beim gewaltsamen Eingriff der Polizei an. Jonas Feldt aus dem 17-köpfigen Journalist*innen-Team erzählt zudem, dass die Axel-Springer-Akademie die eigenen Sicherheitsvorkehrungen nochmal hochfuhr. Nur ein Zufall, dass jemand aus China versuchte, sich in den iCloud-Dienst einer Kollegin einzuloggen? Der Schutz der Protagonist*innen ist das eine, Jonas Feldt sagt auch: Im Moment würde er selbst keinen Flug mit Stopover über Hongkong riskieren.

„Ich bin durch die Recherche noch viel sensibler geworden. Man überlegt noch einmal genauer, was Randinformationen bedeuten, wenn jemand anonym bleiben möchte“, sagt Leonie von Randow. Bis jetzt beschäftigt die 27-Jährige auch, wie es den Protagonist*innen, denen sie zwei Wochen lang derart nahe kam, nach der Recherche weiter erging. Kontakte wurden bewusst abgebrochen, um die acht Hongkonger zu schützen.

Geschärft haben die „Hong Kong Diaries“ auch noch einmal ihren Blick auf Pressefreiheit im eigenen Land. „Ist es Selbstzensur, wenn man sich überlegt, worüber man schreibt?“, fragt von Randow. Sie sei sensibilisiert, man müsse den Anfängen wehren. *Michaela Schneider*



www.hongkong-diaries.de

Über die „FreeTech“

Die „FreeTech – Axel Springer Academy of Journalism and Technology“ vereint inzwischen unter einem Dach eine Journalistenschule (die bisherige Axel-Springer-Akademie) sowie nun auch ein Programm für Tech-Talente. Die Ausbildung an der traditionsreichen Journalistenschule in Berlin dauert drei Jahre, Phasen an der Akademie und in verschiedenen Redaktionen wechseln sich ab. Die 17 angehenden Journalist*innen im „Team27“ des Abschlussjahrgangs sind zwischen 20 und 30 Jahre. Für die Umsetzung ihres gemeinsamen „Masterpiece“ hatten sie zwei Monate Zeit. Ob sie auch noch beim „Grimme Online Award“ einen Preis einfahren werden, entscheidet sich beim Voting am 17. Juni.

Vom Wert der Unabhängigkeit

Erstmals lobte der BJV den Sonderpreis „Junger Journalismus“ aus. Diesen gewannen zwei Studenten aus Mittweida für ihr Dossier zur „Google News Initiative“

„Guter Journalismus darf nur seinen Lesern verpflichtet sein, keinen amerikanischen Großkonzernen mit einer zweifelhaften Historie in Steuerzahlungen. Wer Google-Geld nimmt, gibt ein Stück Unabhängigkeit auf“, schreibt Moritz Schloms in seinem Kommentar „Man bekommt im Leben nichts geschenkt“. Sein Kommilitone Leon Heyde indes fordert auf, die Augen aufzumachen: „Die Förderprogramme der Suchmaschine sind kaum an Gegenleistungen gebunden, die Konditionen sind günstig und die Konkurrenz groß.“ Überschieben hat er seinen Meinungsbeitrag mit „Keine Zeit für Eitelkeiten“.

In ihrem Medien-Dossier zum Thema „Finanzierung von Journalismus – was ist uns Unabhängigkeit wert?“, bestehend aus einem Hintergrundbericht zur „Google News Initiative“ sowie einem Pro- und einem Kontra-Kommentar, hinterfragen die beiden Studenten bei *medienMittweida*, ob durch die Millionen-Förderungen, die Google deutschen Zeitungsverlagen zukommen lässt, deren Unabhängigkeit in Gefahr gerät. Dafür wurden sie mit dem erstmals ausgelobten Sonderpreis „Junger Journalismus“ ausgezeichnet. Wie aber kamen die Beiden auf Fragen, die sich Journalist*innen ganz klar stellen sollten, die jedoch von kaum einer Redaktion thematisiert werden?

Studie zum Medienmäzen

Im Zuge ihres Medienmanagement-Studiums in Mittweida ging es am Rande um die Studie der Otto-Brenner-Stiftung „Medienmäzen Google. Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnet“. Durchgeführt hatten diese die beiden *netzpolitik.org*-Journalisten Ingo Dachwitz und Alexander Fanta und dafür auch Redaktionen befragt. Die meisten schienen keine allzu großen Probleme darin zu sehen, Fördergelder des Internetgiganten entgegenzunehmen. Hintergrund: 2015 hatte Google das europäische Medienförderprogramm „Digital News Initiative“ (DNI) gestartet und über vier Jahre europaweit Verlage mit einem Gesamtbudget von 150 Millionen Euro gefördert, darunter auch deutsche Häuser wie die *ZEIT* oder die *FAZ*.

Seit 2018 wird das Projekt global weitergeführt unter dem neuen Namen „Google News Initiative“. Gefördert werden Verlagshäuser, Kon-

gresse, Forschungsinstitute oder auch Nachwuchsjournalist*innen.

„Leon hatte die Studie zuerst auf dem Schirm und sprach mich an. Ich wollte mich einlesen und stellte fest: Es gibt nicht viel. Das machte mich stutzig, weil man meinen sollte, dass so ein Thema viel, viel intensiver besprochen wird“, erinnert sich Moritz Schloms. Zudem stießen die Studenten darauf: Im Mai 2020 hatte die Redaktion des studentischen Magazins *medienMITT-*

Das Urteil der Jury:

„Die Autoren haben sehr intensiv, äußerst verständlich und nachvollziehbar aufgeschrieben, welches Verhältnis zwischen Google & Co. auf der einen Seite und dem unabhängigen Journalismus auf der anderen Seite, besteht. Sie haben sich einem Thema gewidmet, das nicht nur die Finanzierung des Journalismus beleuchtet, sondern auch darlegt, welch enormes Gefahrenpotenzial für die Pressefreiheit besteht. Ein Stück, das aus Sicht der Jury gelesen werden muss.“

WEIDA selbst an einem virtuellen Training von NMT Netzwerk Medien-Trainer teilgenommen – und damit ebenfalls Fördergelder der Google News Initiative in Anspruch genommen. „In dem Moment sagten wir: Das ist so weit verbreitet, aber in der Berichterstattung völlig unterrepräsentiert. Jetzt haben wir auf jeden Fall einen Grund, uns damit auseinanderzusetzen.“ Die beiden Studenten arbeiteten im Zuge eines Praxismoduls in der Redaktion der *medienMITTWEIDA* mit – und machten sich an die Arbeit.

Zur Person

Leon Heyde, 21 Jahre, kommt aus Leipzig. Er studiert Medienmanagement an der Hochschule Mittweida mit der Vertiefung „Media und Business. Bei *medienMITTWEIDA* engagierte er sich von 2019 bis 2021 als Ressortleiter im Ressort Medien wie auch als Redakteur. Ob er sich beruflich eher im Journalismus beheimatet sieht oder lieber im Bereich Public Relations/Unternehmenskommunikation arbeiten würde, hat der 21-Jährige für sich noch nicht entschieden.

Moritz Schloms, 22 Jahre, studiert ebenfalls in Mittweida Medienmanagement. Seit vier Semestern arbeitet er inzwischen im Redaktionsteam bei *medienMITTWEIDA* mit, seit diesem Semester ist er Chefredakteur des studentischen Magazins. Für ihn steht fest, dass er später als Journalist arbeiten möchte. Fürs Studium Medienmanagement im sächsischen Mittweida entschied er sich, um für sich ein breiteres Bild der Branche aus dem Studium mitzunehmen, als dies bei einem reinen Journalistikstudium wohl der Fall gewesen wäre.

In unmittelbarer Gefahr sieht Moritz Schloms die Pressefreiheit in Deutschland nicht. Aber ein Problem bestehe für ihn durchaus darin, wenn sich Redaktionen den großen Tech-Konzernen ausliefern. „Vor allem, wenn man nicht darüber redet und solche Dinge nicht transparent macht“, sagt er. Führe er sich die Finanzierungskrise des Journalismus vor Augen und sehe er, wie rapide Printabonent*innen verloren gingen und wie wenig Online-Abonent*innen nachkämen, stellt sich der 22-Jährige die Frage: Wie könnte das Geschäftsmodell der Zukunft aussehen? „Ich glaube daran, dass guter Journalismus eigentlich nur seinen Lesern verpflichtet sein darf und niemand von außen reinreden sollte. Da wäre es schön, wenn die Zahlungsbereitschaft steigen würde.“ Nur: Seine Generation habe leider gelernt, dass man Online-News und Journalismus kostenlos bekomme. „Da kann man nur hoffen, dass sich Qualität doch durchsetzt“, sagt er, fügt allerdings hinzu: Besonders optimistisch sei er nicht.

„Denkt man komplett in der Theorie und sieht es als journalistisches Ideal, ist es natürlich schlecht, dass die Verlage Geld von Google annehmen“, so Leon Heyde. Aber es sei nun mal die Realität, dass seit Jahrzehnten Printkund*innen verloren gingen, Anzeigenerlöse abnähmen und die Zahlungsbereitschaft gering sei. „Keiner will so wirklich helfen, Und die, die helfen, sind dann auch noch die Bösen“, sagt er, ergänzt: „Deshalb, denke ich, kann man auch die Meinung vertreten: Nehmt das Geld, macht dies transparent und versucht Strukturen herzustellen, so dass Verlag und Redaktion klar getrennt bleiben.“

Michaela Schneider

Kontrollierte Kommunikation

Selbst innerhalb Europas wird es immer schwerer, als Auslandskorrespondent*in frei zu berichten. Das zeigen Berichte aus Polen, Ungarn, der Türkei und der Ukraine.

Von Alois Knoller



Kaum war der Bericht in den ARD-Tagesthemmen ausgestrahlt worden, bestätigte Sloweniens Ministerpräsident Janez Jansa alle darin geäußerten Befürchtungen, die Pressefreiheit in dem EU-Staat sei akut gefährdet. Dem Münchner ARD-Korrespondenten Nikolaus Neumaier warf Jansa in seinem Tweet *#lyingforliving* („Lügen für den Brotterwerb“) Zensur im Stil der „Prawda“ und des „Stürmers“ vor (siehe *Officestory*, Seite 34 und 35). Der *Bayerische Rundfunk* wies die Vorwürfe von Jansa als „völlig haltlos und böswillig diffamierend“ zurück.

Der slowenische Zwischenfall wirft ein bezeichnendes Licht auf die Schwierigkeit, als ausländischer Korrespondent selbst aus bestimmten europäischen Ländern frei zu berichten. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2021 der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ spreizen sich schon innerhalb der EU die Bewertungen in großem Abstand. Zwischen den vier skandinavischen Musterknaben und Slowenien (um vier Plätze abgestiegen auf Rang 36), Polen (zwei Plätze zurück auf Rang 64) und Ungarn (drei Plätze zurück auf Rang 92) ist viel Luft. Aber selbst Deutschland ist wegen zunehmender Angriffe auf Journalist*innen um zwei Plätze auf Rang 13 abgefallen.

Kolleg*innen in Ungarn und Polen, mit denen der *BJVreport* sprach, erleben eine nahezu vollständige Informationsblockade seitens der nationalen Regierungen. Stephan Ozsváth, zunächst ARD-Korrespondent und jetzt freier Rundfunkjournalist mit Sitz in Wien, kriegt in Budapest nahezu keinen Regierungsvertreter vors Mikrofon. Meistens gibt es – immerhin – schriftliche Antworten auf seine Anfragen. „Die sind oft nicht befriedigend, aber das ist halt so.“ Ministerpräsident Viktor Orbán gewähre nur sehr handverlesenen ausländischen Journalist*innen ein Interview. Auf Pressekonferenzen werden einzelne Korrespondent*innen, obwohl sie sich angemeldet hatten, auf der Teilnehmerliste geflissentlich ignoriert. Weil er selbst Ungarisch spricht, hat er dennoch seine Zugänge zu Informationen. „Ich höre auch

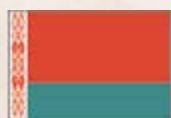
die Zwischentöne in einem Gespräch und kann die Medien im Land lesen und hören. Das ist auf jeden Fall ein Vorteil. Ich kann auch Leute auf der Straße ansprechen. Eine Zeitlang war das schwierig, da sind die Leute sehr vorsichtig gewesen bei öffentlichen Äußerungen“, erzählt Stephan Ozsváth.

Ausschau nach ungarischen Kennzeichen

Wegen der Corona-Pandemie war auch die Einreise nach Ungarn erschwert. „Also bin ich ins österreichische Burgenland gefahren und habe auf Supermarkt-Parkplätzen Ausschau nach ungarischen Kennzeichen gehalten. Schon hatte ich meine O-Töne. Man muss in diesen Zeiten kreativ sein.“ Nie habe er nach Akkreditierung gefragt. „Ich war immer so dort. Das Problem ist allerdings, dass jeder, der nicht so tickt wie Präsident Orbán, sofort ausgemeindet wird. Man sei vom Ausland gesteuert. Stephan Ozsváth hat selbst schon erlebt, dass sich ungarischen Diplomaten an ARD-Anstalten mit Beschwerden und dem Ruf nach einem Maulkorb wandten. „Deshalb ist es in meinen Augen notwendig“, betont Nikolaus Neumaier ebenfalls mit Blick auf Orbán, „dass wir die Recherchewege zum Teil der Berichterstattung machen.“

Auch für Florian Hassel, den Korrespondenten der *Süddeutschen Zeitung* in Warschau, laufen Nachfragen an offizieller Stelle meistens ins Leere. „Von der Kaczyński-Regierung antwortet eigentlich niemand; ich habe in sechs Jahren nur einmal mit dem heutigen Ministerpräsidenten Morawiecki, der damals noch Finanzminister war, ein Interview geführt – und noch eines mit dem Wissenschaftsminister, der nicht zur PiS-Partei gehört. Ich zähle die Anfragen, die ich bei Regierung und Partei stelle, schon gar nicht mehr.“ Die Opposition sei offener, sagt Hassel. „Wenn ich im Land herumfrage bei Städten, die von der Opposition gesteuert werden – und das sind fast alles Großstädte, haben diese Politiker kein Problem, mit mir zu sprechen.“

Drastisch schildert Hassel die Zustände: „Die polnische Regierung und die Regierungspartei PiS sind in ihrer Kommunikation moderner als die deutsche. Auf den Websites der



Katerina Gordeeva

berichtet seit 2017 als Fotografin für das größte belarussische Nachrichtenportal *tut.by* aus Grodno und Umgebung

„Laut Gesetz müssen Journalist*innen auf Kundgebungen Westen mit der Aufschrift „Presse“ tragen, diese blaue Weste macht dich zur Zielscheibe. Oft wurde ich festgenommen – angeblich zur Ausweiskontrolle, aber eigentlich, um mich am Arbeiten zu hindern.“

Journalist oder Journalistin zu sein, bedeutet seit der Präsidentschaftswahl am 9. August tägliche Anspannung und Gefahr. Sie tun alles, damit wir uns ständig umdrehen, damit wir die Kontrolle spüren. Journalist*innen werden auf Protestmärschen festgenommen, über die sie berichten, kommen für 24 Stunden in Untersuchungshaft. Manche werden verhaftet und strafrechtlich verfolgt. Meine *tut.by*-Kollegin

Katerina Borisjewitsch bekam sechs Monate, die *Belsat*-Journalistinnen Dascha Tschulzowa und Katerina Andrejewa jeweils zwei Jahre Haft, nur weil sie ihre Arbeit machten.

Du weißt nie, was kommt, wenn es an der Tür klingelt, wenn laute Schritte zu hören sind im Treppenhaus. Ein Kollege scherzt, wenn man dich bis acht Uhr nicht abgeholt hat, kannst du entspannen. In der Regel kommen sie im Morgengrauen. Jeder Tag beginnt mit einer kleinen Umfrage in unserem Journalistenchat: Alle da, alles gut? Dann geht's an die Arbeit. Für die Wahrheit, bis zum Sieg!“

(mgo)

Quelle: Journalisten helfen Journalisten e.V.

Regierung etwa sind Stellungnahmen schneller und zugänglicher als in Deutschland. Nur sind es sehr oft Propaganda-Verlautbarungen.“ Kompensieren kann Florian Hassel die Lücke noch mit Informationen der „sehr guten“ *Gazeta Wyborcza*, der polnischen *Newsweek*-Ausgabe und des Wochenmagazins *Polityka*. „Wenn die weg wären, möchte ich mir nicht ausmalen, wie man noch an Informationen kommt.“ Die *Gazeta Wyborcza* habe noch 25 Regionalbüros in jeder größeren polnischen Stadt. „Das rettet uns Korrespondenten, wenn man nicht selber losfahren kann.“ Die Bevölkerung sei oft skeptisch gegenüber Journalist*innen. „Selbst bei einer Demonstration für das Abtreibungsrecht gegen die Regierung wollte mir kaum jemand mit vollem Namen antworten. Das ist nicht nur gegenüber ausländischen Journalisten so, sondern auch wenn der führende private TV-Sender die Leute zu unverfänglichen Themen interviewt.“

Noch schwerer hat es Katharina Willinger, die als ARD-Korrespondentin aus der Türkei, dem Iran und Zypern berichtet. Für ihre journalistische Arbeit benötigt sie sowohl in der Türkei (jedes Jahr neu zu beantragen) als auch im Iran eine Arbeitserlaubnis. Dennoch kämen Kontrollen durch die Polizei immer wieder vor – „vor allem auf Demonstrationen oder im kurdisch geprägten Süd-Osten der Türkei“, schildert die 34-Jährige ihre Arbeitsbedingungen. „Im Iran sind wir mit der zusätzlichen Herausforderung konfrontiert, dass mein Team und ich dort für jeden Dreh außerhalb Teherans eine Sondergenehmigung der Behörden einholen müssen. Das ist zeitaufwendig und spontanes Arbeiten wird dadurch sehr erschwert – einfach losfahren, wenn wir eine Geschichte haben, die direkt umgesetzt werden müsste, ist in den seltensten Fällen machbar“, erzählt Katharina Willinger.

Dazu kommt die Angst in der Bevölkerung, offen Kritik an politischen oder gesellschaftlichen Problemen zu üben. Im Iran werde der Unmut aufgrund der schlechten wirt-

schaftlichen Lage über „die da oben“ immer größer. Kritik am Revolutionsführer in Teheran zu äußern, das würde vor der Kamera eines ausländischen Fernsehsenders niemand riskieren. In der Türkei, so Willinger, gebe es immer noch eine starke und mutige Opposition. „Daher ist es nicht ganz so schwer, Gesprächspartner mit unterschiedlichen Meinungen zu Themen zu finden.“ Doch das harte Vorgehen gegen die politische Opposition ist allgemein bekannt „und immer öfter wird auch Menschen aus der Zivilbevölkerung der Prozess wegen Präsidentenbeleidigung gemacht“. Auch die Arbeit ausländischer Korrespondent*innen werde sowohl in der Türkei als auch im Iran sehr genau beobachtet. Willinger: „Es ist schon vorgekommen, dass uns am Telefon klar zu verstehen gegeben wurde, unser Vorhaben nicht weiter voranzutreiben.“ Wichtig sei es dann, dass man im Team berät, wie man weiter vorgeht, nicht nur um sich, sondern auch um Interviewpartner zu schützen. Manchmal muss man die

Füße stiller halten, als man möchte. „Nach einer Weile starten wir einen zweiten oder dritten Anlauf. Zensieren lassen wir uns nicht“, sagt Katharina Willinger bestimmt.

Aus München erhält sie schon vor dem Einsatz jede Unterstützung. „Wir achten sehr genau auf die Rahmenbedingungen für Journalisten im Ausland“, sagt Eva Corell, die BR-Redaktionsleiterin für die Auslandsstudios. „In Zusammenarbeit mit der Medienakademie haben die ARD-Anstalten ein Vorbereitungsseminar für den Auslandseinsatz entwickelt, das für Journalisten mit regelmäßigen Vertretungseinsätzen verpflichtend ist.“ Wenn es die künftige Berichtsregion erfordert, schicke man die angehenden Korrespondent*innen auch zu einem Krisentraining – organisiert von der Bundeswehr, vom Roten Kreuz oder der Europäischen Rundfunkunion. Zusätzlich organisiert der BR Seminare für bestimmte Risiko-Szenarien, wie etwa das Verhalten bei Naturkatastrophen oder bei gewalttätigen Demonstrationen. Zur Beratung und Begleitung bei schwierigen Auslands-Ein-

„Zensieren lassen wir uns nicht!“

Katharina Willinger, ARD-Korrespondentin für Türkei, Iran und Zypern



Frederica Angeli

italienische Journalistin, die durch ihre Berichte über die römischen Mafia bekannt wurde

„Ich lebe seit acht Jahren unter Personenschutz und das rund um die Uhr. Dazu ist es gekommen, weil ich zu einer Zeit, als es noch keiner konnte, über die römische Mafia berichtet habe. Als ich diese investigativen Recherchen begonnen habe, konnte ich mir nicht vorstellen, dass es so enden würde. Ich habe immer noch Angst, denn in meiner Situation geht die Angst nie ganz weg. Aber ich bin mir sicher, die richtige Entscheidung getroffen zu haben.“

Wie können sie an Informationen über das organisierte Verbrechen, über den Waffenhandel in Osteuropa oder über illegale Hundekämpfe kommen, wenn sie

bewaffnete Leute um sich haben müssen, wo immer sie auch hingehen? Das funktioniert nicht. Ich wurde sowohl in meinem beruflichen Leben wie auch im Privatleben bestraft.

Ich sehe, dass die demokratischen Grundsätze außer Kraft gesetzt werden. Heute ist klar, wie das bei der römischen Mafia und der Ndrangheta funktioniert. Sie sind in der Lage, wen auch immer sie wollen, zu bestechen, um in das Wirtschaftssystem eines Staates zu kommen und ihr Geld zu waschen. (mgo)

Quelle: Presseseminar des Europäischen Parlaments zum Welttag der Pressefreiheit 2021, bjvlink.de/press

sätzen hat das Funkhaus einen Vertrag mit einer Firma, die über Sicherheitsrisiken weltweit informiert, berät und logistische Hilfe in Krisenfällen organisiert. „Diese Firma war zum Beispiel daran beteiligt, den 2013 in Syrien angeschlossenen Reporter Jörg Armbruster in Sicherheit zu bringen“, erzählt Eva Corell.

Eine Grundregel lautet: An einem Außen-Standort oder in einem Auslandsstudio ist niemand allein, sondern immer Teil eines Teams. „Es muss immer eine Begleitung durch ortskundige und vertrauenswürdige Personen, etwa einheimische Journalisten, sichergestellt sein“, fordert Eva Corell. Aber selbst auf scheinbar sicherem Terrain kann eine Situation schnell eskalieren. „Beim Sturm auf das Kapitol in Washington am 6. Januar behielt die lokale Produzentin der ARD die gewaltbereiten Demonstranten im Blick. Sie warnte die Korrespondentin und den Kameramann mitten in einer Live-Schaltung vor der Gefahr – die Schalte wurde abrupt unterbrochen, das Team brachte sich in Sicherheit.“

Für Till Mayer aus Bamberg ist die Ukraine fast eine zweite Heimat geworden. Zum siebten Mal reist der Journalist und Fotograf als Informationsdelegierter des Roten Kreuzes in das krisengeschüttelte osteuropäische Land. Offiziell beim Militär akkreditiert gelangt er bis zum Schützengraben in vorderster Front. Mit Helm, Schutzweste und Erste-Hilfe-Pack wird er Augenzeuge des humanitären Notstands, den er in Artikeln und Ausstellungen dann den Deutschen näherbringt. Beschränkungen seiner Freiheit als Berichterstatter habe er nie erlebt, erzählt Mayer. Allerdings sei er auch nicht im politischen Geschäft unterwegs. Anders als die mutigen einheimischen Journalist*innen, die unter hohem persönlichen Risiko zu den korrupten Machenschaften von Politikern und Oligarchen recherchieren („ich zolle ihnen höchsten Respekt“), hält Mayer mit der Kamera fest, wie die Menschen in den Kriegsgebieten im Osten des Landes leben – „ohne Schuld zuzuweisen“.

Abschließend ein Blick über Europas Grenzen. China macht es ausländischen Journalist*innen immer schwerer,

ungehindert aus dem Land zu berichten. „Wie nie zuvor wird man unter Druck gesetzt, wenn man vor Ort recherchiert“, erzählt die Pekinger SZ-Korrespondentin Lea Deuber dem *BJVreport*. „Immer häufiger intervenieren die lokalen Behörden, indem sie uns entweder begleiten oder Gesprächspartner bedrohen oder Recherchen behindern. Wir spüren den Versuch der chinesischen Regierung, alles unter Kontrolle zu behalten.“ An Wissenschaftler*innen sei der Appell ergangen, grundsätzlich nicht mehr mit ausländischen Journalist*innen zu sprechen. Und in der Bevölkerung mache die chinesische Regierung Stimmung in dem Sinne, dass ausländische Journalist*innen dem chinesischen Volk nichts Gutes wollen. Sie neiden uns, sagt die staatliche Propaganda, den großen Erfolg und den Aufstieg Chinas in die Weltspitze. „Man merkt, dass die Leute deutlich weniger offen gegenüber Journalisten sind“, registriert Lea Deuber.

Oft nur noch Kurzzeitvisa

Für ausländische Korrespondent*innen kommt als Druckmittel der strikt kontrollierte Zugang nach China hinzu. Deuber: „Journalistenvisa laufen in der Regel ein Jahr, doch die chinesische Regierung vergibt im Augenblick oft Kurzzeitvisa zwischen einem, drei und sechs Monaten, sodass man immer wieder um Verlängerung bitten muss. Im letzten Jahr hat China zudem die Vergabe von Journalistenvisa massiv eingeschränkt. Sie hat 2020 weltweit fast keine vergeben. Zurückkehrende Korrespondenten können keine Nachfolger schicken. Die Zahl der ausländischen Journalisten in China ist auf ein historisches Tief gefallen. Der Vorwand ist Corona.“

Staatliche Überwachung ist in China gang und gäbe. Die Kommunikationsmittel sind keine sichere Plattform. „Die Behörden wissen genau, wen ich kontaktiere und was diese Leute mir sagen.“ Es gebe auch immer wieder Momente, wo Polizei einen erwartet, wenn man vor Ort recherchiert. „Davon kann sie eigentlich nur wissen, wenn sie unsere Kommunikation abgefangen hat“, erklärt sich die Korrespondentin diese Reaktion. Sie müsse sich stärker überlegen, ob sich ihr Gesprächspartner in Gefahr gibt.



Nikolay Staykov

bulgarischer Investigativer Journalist und Aktivist in der Anti-Korruptionsbewegung

„Nachdem ich Fragen an einen ehemaligen Richter (und den ersten Teil einer Dokumentation über angebliche Korruption unter hochrangigen Beamten, die Red.) geschickt hatte, erhielt ich Drohanrufe, in denen von meinem eigenen Trauergottesdienst die Rede war. Das geschah, offensichtlich organisiert, alle 30 Minuten, über 24 Stunden hinweg. Es kam zu Vandalismus an meinem Haus und dem meiner Eltern, mit einer eindeutigen Botschaft „wir wissen, wo Du wohnst“. Die Reaktion der Strafverfolgungsbehörden war gleich Null.“

Es gibt in den bulgarischen Medien eine Mehrheit, die den Strafverfolgungsbehörden gegenüber wohlgesonnen ist. Sie sind identisch mit den regierungstreuen Medien.

Leider ist mein Eindruck, dass investigative Journalisten und die Staatsanwaltschaft nicht auf der gleichen Seite stehen, was die Abwehr von Korruption und organisiertem Verbrechen angeht.

(mgo)

Quelle: Presseseminar des Europäischen Parlaments zum Welttag der Pressefreiheit 2021, bjvlink.de/press.

Eingeschüchtert, verprügelt, ermordet

EJF-Präsident Bjerregård schaut mit Sorge auf Europas Pressefreiheit

Von Maria Goblirsch

Er erzählt im Interview mit dem *BJVreport* von einem Krieg der Worte, kaltblütigen Morden und korrupten Strafverfolgungsbehörden: Mogens Blicher Bjerregård, Präsident der Europäischen Journalisten Föderation.

*Die Angriffe auf Journalist*innen in Europa haben 2020 zugenommen. Wie schlecht steht es in Europa um die Meinungs- und Medienfreiheit?*

Mogens Blicher Bjerregård:

Die Kriminalisierung von Journalisten hat zugenommen. Regierungen liefern sich einen rhetorischen Wettlauf, um ihre Angriffe auf die Presse zu rechtfertigen. Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša hat Journalistinnen als Prostituierte beschimpft und es gibt auch in anderen Ländern zu viele Beispiele für diesen Krieg der Worte. Diese Kriminalisierung führt zu immer mehr Übergriffen auf Journalistinnen und Journalisten, und in schlimmen Fällen zum Mord. Das muss sofort aufhören. Es ist erschreckend, zu sehen, was in Ländern wie Belarus oder der Türkei geschieht, wo Journalisten im Gefängnis sitzen, verprügelt und gefoltert werden, nur weil sie ihre Arbeit gemacht haben. Aber auch in den westeuropäischen Ländern sehen wir, wie



EJF-Präsident Mogens Blicher Bjerregård.

Foto: Jakob Carlsen

Journalisten zusammengeschlagen und eingeschüchtert werden.

Als eine Ursache für die Zunahme an Angriffen wird die fehlende Strafverfolgung genannt. Was kann hier getan werden, damit Verbrechen aufgeklärt und Täter abgeschreckt werden?

Die fehlende Aufklärung und Strafverfolgung sind in der Tat ein großes Problem. Wir wissen, dass Daphne Caruana Galicia in Malta, Ján Kuciak in der Slowakei und jüngst Giorgos Karaivaz in Griechenland bedroht wurden und ihnen viele schlimme Dinge passierten, bevor sie kaltblütig ermordet wurden. Was aber passiert, wenn man Täter nicht vor Gericht bringt

und nicht aufklärt, wer die Hintermänner einer Tat waren? Dann bleibt es nur ein kleines Risiko für die Täter. Aber für Journalisten ist es hochgradig gefährlich, in diesen Ländern ihren Job zu machen und investigativ zu recherchieren. Wir müssen Wege finden, dass solche Fälle schnell aufgeklärt und nicht vertuscht werden können, weil Strafverfolgungsbehörden korrupt sind. Hier brauchen wir neben nationalen Aktionsprogrammen einen internationalen Ansatz, auch, weil solche Taten oft international verstrickt sind. Das steht ganz oben auf der Agenda der EJF.

Zur Person

Der Däne Mogens Blicher Bjerregård ist seit 2013 Präsident der Europäischen Journalisten Föderation (EJF). Seit 1999 ist er auch Präsident des dänischen Journalistenverbandes. Zuvor war er als Journalist bei der dänischen Rundfunkgesellschaft *DR* sowie bei der Zeitung *Bornholmeren* und beim lokalen Fernsehsender *TV Svendborg* tätig.

Die EJF vertritt über 320.000 Journalist*innen in 72 Journalistenorganisationen (unter anderem dem DJV) und in 45 Ländern und arbeitet nach ihrer Satzung als regionale Gruppe der Internationalen Journalisten Föderation (IJF). Die EJF wurde 1994 gegründet, um die Interessen der Journalistenverbände zu vertreten. Sie hat ihren Sitz in Brüssel.

Während der Covid-19-Pandemie gibt es mehr Angriffe auf die Presse, aber auch Versuche der Zensur.

In der Pandemie haben einige Regierungen in Europa Vorschriften verabschiedet, die den Zugang zu Informationen erschweren. Das geschieht in einem Ausmaß, das völlig inakzeptabel ist. So werden Regeln zum Infektionsschutz dazu missbraucht, um Journalisten den Zugang zu Krankenhäusern zu verwehren. Sie wurden sogar mit Geldstrafen belegt oder für zwei Wochen in Quarantäne geschickt, nur weil sie ihren Job machen wollten. Dabei ist es wichtig, dass die Presse gerade in Zeiten der Pandemie unabhängige Informationen erhält.

*Auch hierzulande werden Journalist*innen während Demonstrationen beschimpft oder an der Berichterstattung*

gehindert. Wie bewerten Sie die Pressefreiheit in Deutschland?

Es gibt auch in Deutschland eine bisher nie dagewesene Zahl von Angriffen auf Journalisten auf der Straße oder bei Demonstrationen. Dies verschärft sich noch in der Corona-Pandemie durch Menschen, die sich ausgegrenzt fühlen. Journalisten werden als auf der Seite der Regierung stehend angesehen, deshalb gibt es derzeit so viele Aggressionen gegen die Presse. Hier ist Medienkompetenz gefragt, und das nicht nur an Schulen, sondern für alle Bürger. Diese müssen erkennen, wie wichtig der professionelle Journalismus für die Vermittlung von verlässlichen Informationen ist.

*Strategische Klagen und rechtliche Schritte werden gegen Journalist*innen und Medien eingesetzt, um sie einzuschüchtern und sie dazu zu bringen, Recherchen und Veröffentlichungen einzustellen. Wie gängig ist dieses Taktik heute in Europa? Und wie lässt sich das stoppen?*

Es ist in Europa ein viel größeres Problem, als es sich die Leute vorstellen können. In Kroatien sind fast 1000 Klagen anhängig. Oder: Daphne Caruana Galicia sah sich mit 40 Klagen konfrontiert, bevor sie umgebracht wurde. Auch in Polen häufen sich solche Fälle. Das Prinzip ist immer das gleiche: Kritische Journalisten werden mit rechtsmissbräuchlichen Klagen überzogen, um sie einzuschüchtern und ihre öffentlich vorgebrachte Kritik zu unterbinden. Die SLAPPs (SLAPP für strategic lawsuit against public participation, die Red.) nehmen dramatisch zu. Journalisten können nicht mehr arbeiten, riskieren ihren Job durch überzogene Geldforderungen, was eine kritische Medienlandschaft untergräbt. Was wir brauchen, ist eine Regelung, die verhindert, dass Journalisten vor Gericht gezerrt werden können, obwohl sie ihre Recherchen und ihre Arbeit korrekt erledigt haben. Die EU erarbeitet gerade eine Anti-SLAPP-Richtlinie, was wir von der EJV zusammen mit anderen Gewerkschaften und Civil right Organisationen vehement gefordert hatten. Die EJV ist Mitglied der EU-Expertengruppe.

*Die wenigen noch unabhängigen Medien in Ländern wie Ungarn oder Serbien finanzieren sich über Crowdfunding, also die Spenden von Nutzer*innen. Ist das ein Modell, das durch Zusammenarbeit auf internationaler Ebene noch mehr Erfolg haben könnte?*

Ja, unbedingt. Wie erfolgreich das funktionieren kann, zeigt das Beispiel des ungarischen Nachrichtenportals *telex.hu*, das im Oktober 2021 startete. (Infos auf Seite 20). Mehr als 34.000 Einzelspenden kamen in kurzer Zeit zusammen, um die Unabhängigkeit des Portals vor staatlichen Einflüssen und die Existenz der rund 80 Mitarbeiter zu sichern. Ich bin davon überzeugt, dass wir in Europa und innerhalb der EU ein stärkeres System zur Finanzierung der in ihrer Unabhängigkeit bedrohten Medien schaffen müssen, um Pluralismus auf der lokalen, natio-

nen und europäischen Ebene zu gewährleisten. Aber diese öffentliche Förderung privater Medien muss so gestaltet sein, dass man Politiker auf Distanz halten kann und sie die Medien nicht beeinflussen können. Es gibt bereits Beispiele in Europa, wo das gut funktioniert. Aber es gibt auch Stimmen in Ungarn, der Tschechischen Republik oder Polen, die sagen, wir wollen keine öffentlichen Gelder, weil das unsere Unabhängigkeit gefährdet. Darüber müssen wir offen diskutieren.

*Der Bericht der Partnerorganisationen des Europarates sieht dringenden Handlungsbedarf, was die Sicherheit der Journalist*innen angeht. Was ist hier zu tun?*

Die Regierungen und die Behörden der Länder müssen gemeinsam mit den Medienvertretern Mechanismen schaffen, um Journalisten besser zu schützen. Dazu müssen wir die gleiche Sprache sprechen, wenn es um die Rolle der Presse geht. Es muss sichergestellt sein, dass Journalisten Angriffe melden können und Hinweisen auch nachgegangen wird. Die EU-Kommission ist dabei, eine Empfehlung der Kommission zur Gewährleistung der Sicherheit von Journalisten in der EU zu entwerfen. Unabhängig davon hat die EJV eine Sicherheitsbewertung für Journalisten entwickelt und bietet Schulungen an.

*Oft veröffentlichen Journalist*innen Berichte ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit und Unversehrtheit, um damit als Erste draußen zu sein.*

Hier müssen sich die einzelnen Journalisten des Risikos bewusster werden, das sie eingehen. Und die Medienunternehmen haben eine wichtige Aufgabe darin, ihre Mitarbeiter einschließlich der freien Journalisten zu schützen und deren Risiko durch entsprechende Vorkehrungen zu minimieren. Der Spruch, dass zum journalistische Beruf ein gewisses Risiko gehöre, ist nicht akzeptabel.

Alarmierende Zahlen und Fakten

Im Jahr 2020 verzeichnete die „Plattform für die Sicherheit von Journalisten“ des Europäischen Rates insgesamt 201 Angriffe auf die Pressefreiheit in 47 Ländern. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 40 Prozent. 52 Mal wurden gewalttätige Angriffe gemeldet. Die Länder, die am meisten von physischer Gewalt betroffen sind, sind Russland, gefolgt von Italien, Serbien und dem Vereinigten Königreich. Dazu kamen 70 Fälle von Belästigung und Einschüchterung. Am stärksten betroffene Länder sind hier Frankreich vor Slowenien, der Türkei, der Ukraine und Polen. Der EJV-Generalsekretär Ricardo Gutiérrez berichtete, dass in Belarus derzeit elf Journalist*innen im Gefängnis seien, nur weil sie ihre Arbeit machten. Im Jahr 2020 habe es dort 480 Fälle von illegalen Verhaftungen und 62 Fälle von physischer Gewalt gegen belarussische Journalist*innen gegeben. 69-seitiger Bericht (in Englisch) unter bjvlink.de/annual

Nix mit „Tu felix Austria“

Die Pressefreiheit in Österreich leidet auch unter der konservativen/grünen Regierung unter politischem und ökonomischem Druck

Von Thomas Mrazek

Als „besorgniserregend“ beschreibt Rubina Möhring, Präsidentin der österreichischen Sektion von Reporter ohne Grenzen (RoG), den aktuellen Zustand der Pressefreiheit in Österreich. Die 71-Jährige, die 2010 nach jahrzehntelanger Tätigkeit für den ORF – zuletzt als Redaktionsleiterin bei ORF 3sat – ausschied, engagiert sich immer noch vielfältig im Journalismus. Wo kriselt es am meisten? Ein wesentliches Problem in ihrem Land sei, dass es nur 14 Tageszeitungen gibt, das seien auch für ein kleines Land zu wenige: „Nun steht zur Diskussion, dass die Regierung die *Wiener Zeitung* einstellen will, das ist die älteste Tageszeitung der Welt [gegründet 1703, TM] – eine ausgezeichnete Zeitung.“ Das liberale Blatt ist im alleinigen Besitz der Republik Österreich. Bundeskanzler Sebastian Kurz hat andere Pläne mit der Zeitung: Sie soll die „neue zentrale elektronische Verlautbarungsstelle und Informationsplattform des Bundes“ werden, zitiert *Der Standard* am Welttag der Pressefreiheit Kurz. Mit Journalismus hätte die *Wiener Zeitung* dann nichts mehr zu tun. Aber noch kämpfen vor allem Journalist*innen für den Erhalt (*Hashtag: #unverzichtbarseit1703*).

Am staatlichen Tropf

Die Zeitungen seien mehrheitlich im Besitz von konservativ ausgerichteten Verlegern, sagt Möhring, was für eine konservative Regierung naturgemäß nicht ungünstig sei. Auch die Informationsfreiheit der Bürger*innen leide darunter, weil sie sich nicht vielfach informieren und ein differenziertes Bild machen könnten. Zu den nicht konservativ ausgerichteten und eher „kritisch ausgerichteten“ Medien zählt sie den *Standard* („liberal, aber vorsichtig“) als überregionale Tageszeitung, die Wiener Wochenzeitung *Falter* und das boulevardeske Digitalmedium *Zackzack.at*.

Neben der fehlenden Vielfalt sei vor allem die Presseförderung problematisch, sie führe zur „finanziellen Abhängigkeit der Medien gegenüber der Regierung“, fasst es der Wiener Kommunikationswissenschaftler Fritz Hausjell zusammen. Der Forscher ist als Experte an der Erstellung des Rankings der Reporter ohne Grenzen beteiligt. Dass Österreich sich dabei stetig verschlechterte, liege vor allem an den

verstärkt ausgezahlten Regierungsinseraten. Die 2012 eingeführte Meldepflicht für diese staatlichen Leistungen habe nicht zu mehr Transparenz beigetragen, hier werde nur festgehalten, wie viel öffentliche Einrichtungen an Medien entrichtet haben. „Es gibt aber keine Parameter, an denen man die sachliche Richtigkeit überprüfen kann. So hat man halt

den Eindruck, es werden die Freunde der Regierung alimentiert und diejenigen, die sich mit der Politik kritisch auseinandersetzen, bekommen dann geringere oder gar keine Aufträge.“ Hausjell fordert daher Reformen bei der Medienförderung: „Die Gelder müssen transparent und gerechter verteilt werden. Regionale und Minderheitenprogramm sowie die freien Radio- und TV-Sender müssen besser gefördert werden“, sagte er in den *Salzburger Nachrichten*.

Im Gespräch mit dem *BJVreport* erzählt Hausjell von einem Interview mit einer Journalistin, in dem es um den Einstieg mit jeweils 24,5 Prozent des umstrittenen Immobilien-Spekulanten René Benko bei der *Kronenzeitung* und dem *Kurier* im November 2018 ging. Benko gehört zum Berater- und Freundeskreis des Bundeskanzlers Kurz. Hausjell äußerte, dass das Engagement von medienfremdem Kapital per se schlecht sei und holte dann weiter aus: Es sei ein Schritt zur „Orbanisierung der Medien“, diktierte er der Kollegin aufs Band. Diese Aussagen erschienen dann nicht in der Publikation. Wer die *Krone* [*Kronenzeitung*, T.M.] habe, der habe die Meinungshoheit, sagte Heinz-Christian Strache im Ibiza-Video, welches die *Süddeutsche Zeitung* und der *Spiegel* im Mai 2019 veröffentlichten (hier zitiert aus einem SZ-Artikel von Oliver das Gupta in der SZ vom 24. Juni 2020).

Ortswechsel nach Linz, dort arbeitet Eike Kullmann als Redakteur bei den *Oberösterreichischen Nachrichten* und engagiert sich unter anderem als Vorsitzender der Journalistengewerkschaft in der gpa-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (djp)). „Beschämend“ sei das Ergebnis Österreichs im Pressefreiheits-Ranking. Auch nach dem Ende von Türkis/Blau (der ÖVP-/FPÖ-Koalition) sei man durch die neue Türkis/Grüne Regierung nicht weiter vorangekommen. „Es gibt nach wie vor sehr viel Druck auf Journalisten, das betrifft durchaus auch den Herrn Bundeskanz-



ler, der ganz gerne auch mal Redakteure anruft:“ Zwar habe die Regierung in der Corona-Krise den Medien finanzielle Unterstützung gewährt, diese Hilfen seien allerdings auch „sehr eigenwillig über die Medien gestreut worden“. Zudem hätten Journalist*innen dann öfters zu hören bekommen: „Ihr seid ohnehin von der Regierung bezahlt.“ Wie könnte denn die Medienförderung besser gestaltet werden? „Wir fordern schon lange, dass es endlich mal eine Qualitätsförderung geben soll, das heißt, dass klare Kriterien für eine Förderung erstellt werden, ob Gesetze oder Regelungen

für Kollektivverträge, wie freie Journalisten behandelt werden, wie die Anerkennung des Presserats erfolgt.“ Bei freien Journalist*innen gebe es immer wieder Probleme wegen der Honorarvereinbarungen, die nicht eingehalten werden. Auf dem kleinen österreichischen Markt sei es noch schwieriger für die Freien zu bestehen, vom möglichen Einklagen der Rechte ganz abgesehen. „Die derzeitige Medienförderung ist mehr eine Vertriebsförderung, die ist zwar auch wichtig, hat aber nichts mit einer qualitativ vollen Unterstützung der journalistischen Arbeit zu tun.“ Laut dem Bericht der Reporter ohne Grenzen seien die Millionenhilfen während der Corona-Krise vor allem auch den Boulevardzeitungen zugekommen. Die Medienförderung sei gegenüber diesen Publikationen „sehr großzügig“, sagt RoG-Vertreterin Möhring, die Höhe sei von den gemeldeten Druckauflagen abhängig. Auffällig sei bei diesen Medien dann auch das Wohlverhalten oder Auslassen von Themen, „die der Regierung nicht so gut gefallen“. Möhring lobt die hohe „öffentlich-rechtliche Qualität“ von kleinen Privatsendern, die auch Minderheitenprogramme machen. Doch diese Angebote erhielten nur eine „Bettelförderung“, da sie nicht ganz so massenwirksam seien, wie beispielsweise das zur *ProSiebenSat1*-Gruppe gehörende *Puls 4*. Wenn diese Programme besser unterstützt würden, könnten sie auch mehr für die Integration leisten.

Keinerlei staatliche Unterstützung erhielt der *Österreichische Rundfunk*, *ORF*, obwohl es Einbußen durch zurückgehende Werbeeinnahmen und vor allem durch Beitragsausfälle gab; im Nachbarland hat Corona eine Wirtschaftskrise und steigende Arbeitslosenzahlen verursacht. Rubina Möhring, monierte, dass der *ORF* während der harten Zeit der Corona-Krise „wie ein Staatsfernsehen“ benutzt wurde. Vom Beginn der Krise im März 2020 bis in den Frühsommer hinein, habe es permanent Auftritte des „Viererkabinetts, bestehend aus vier Herren aus der Regierung“ in Sondersendungen im *ORF* gegeben. Fragen von Journalist*innen waren dabei nicht erlaubt oder wurden rausgeschnitten, nur selten konnten *ORF*-Redakteur*innen Fragen stellen. Für sie als Außenstehende sei dies beklemmend gewesen, sagt Möhring.

Und wie empfindet ein freier Journalist die Pressefreiheit in Österreich? Michael Bonvalot arbeitet frei in Wien, seine Schwerpunkte sind Rechtsextremismus, Migration und Sozialpolitik. Er schreibt unter anderem regelmäßig für *fm4.orf.at* sowie *Vice.com*. Seine Arbeit finanziert er auch über Spendenaufrufe auf seiner Website (*bonvalot.net*), die im letzten Jahr 320.000 Zugriffe zählte. Er kann davon leben, sagt er im Gespräch. Bonvalot ist ein Journalist, den man im positiven Sinne streitbar nennen kann: Er kämpft für seine Rechte und wenn es sein muss geht er

auch mal gegen die Polizei vor Gericht, wie er auf seiner Website ausführlich dokumentiert. Bei den Corona-Protesten in Wien erlebte er ähnliche Repressalien

wie die Kolleg*innen hierzulande. Mittlerweile würde er durch seine konsequente Haltung auch von der Polizei besser akzeptiert. Auch Bonvalot kritisiert die übermäßige Förderung von „Gefälligkeitsjournalismus“ in seiner Heimat. Hier gibt es aber auch Positives zu vermelden, mit der Wiener Medieninitiative der Wirtschaftsagentur werden qualitative Innovationen von großen Häusern (bis zu 100.000 Euro) wie auch Ideen von Start-ups (bis zu 10.000 Euro) gefördert. Insgesamt stellte die Stadt Wien für diese im November 2019 gestartete Initiative 7,5 Millionen Euro bereit. Die Auswahl der Geförderten erfolgt durch eine internationale Jury, der unter anderem der Weimarer Professor Christopher Buschow angehört. Der freie Journalist Michael Bonvalot konnte auch schon von dieser Unterstützung partizipieren. In dieser Initiative kann man auch einen positiven Impuls für die Pressefreiheit in unserem Nachbarland sehen.



Links und mehr zum Thema: bjv.de/österreich

Zahlen und Fakten

„Österreich bei Pressefreiheit so schlecht wie noch nie“, titelte die *Wiener Zeitung*: Im Ranking der Reporter ohne Grenzen belegt das Land 2021 den 17. Platz und ist mit „zufriedenstellend“ in der gleichen Kategorie wie Deutschland. Wobei im Jahr 2020 noch der 18. Platz – allerdings mit einem höheren Punktwert – belegt wurde. 2012 belegte die Alpenrepublik noch den fünften Platz.

Weniger Journalismus: Rund 5350 angestellte Journalist*innen und 600 bis 900 Freie arbeiten laut „Der österreichische Journalismus-Report“ (2020) in Österreich. 2006 waren es noch 25 Prozent mehr Angestellte. Wie viele Kolleg*innen in seiner Journalistengewerkschaft organisiert sind, mag deren Vorsitzender, Eike Kullmann, aus taktischen Gründen nicht sagen, nur so viel: „Wir sind gut organisiert.“

„Und die Titanic fährt vorbei“

Wie Europas Regierungen Macht über die Medien in ihren Ländern übernehmen

Von Maria Goblirsch

Wie bringt man unabhängige Medien am effektivsten und subtilsten unter Kontrolle? Indem der Staat oder regierungsfreundliche Oligarchen diese Unternehmen selbst besitzen oder übernehmen. Redakteur*innen werden massenhaft entlassen, die wenigen unabhängig gebliebenen Medien wirtschaftlich ausgeblutet. Wie das funktioniert, zeigt das Beispiel von Ungarn und Polen.

Es gibt in Ungarn heute rund 500 regierungsnahe Medien unter dem Dach der Stiftung KESMA, denen nur etwa zweieinhalb Dutzend unabhängige gegenüberstehen. „Das ist so, als wenn Sie in einer Nusschale sitzen und die Titanic fährt vorbei“, sagt der Journalist Stephan Ozsváth. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird aus dem Staatshaushalt finanziert, er und Ungarns einzige Nachrichtenagentur MTI wurden in die staatliche Medienholding MTVA integriert. „Was diese Medien abliefern, hat nichts mehr mit Journalismus zu tun.“ Viele deutsche und auch österreichische Investoren hätten sich aus dem ungarischen Medienmarkt zurückgezogen. In diese Lücke seien die Fidesz-Oligarchen gesprungen und hätten diese auf Linie gebracht. „Heute muss man klar feststellen: Einen Medienmarkt im ursprünglichen Sinn gibt es in Ungarn nicht mehr“, so Ozsváth.

Was sich in Ungarn abspielt, lässt sich auch in anderen europäischen Staaten beobachten. So sei die Russische Föderation ein extremes Beispiel für die Vereinnahmung der Medien durch Kräfte, die mit der Staatsmacht verbunden sind, haben die Partnerorganisationen des Europäischen Rates in ihrem Jahresbericht 2021 festgestellt. Dort stehen heute die zehn größten russischen Fernsehsender unter der Kontrolle des Kremls oder mit ihm verbundener Geschäftsleute.

Aber auch in Ländern wie Polen, der Türkei, Serbien, Aserbaidschan oder Bulgarien wird die Pressefreiheit durch ein Phänomen massiv eingeschränkt, das im Englischen als „Media

Capture“ bezeichnet wird (*Kasten auf der folgenden Seite*). Die mit staatlicher Unterstützung praktizierte Übernahme von Medien als Mittel, um unabhängigen Journalismus zu untergraben, breitet sich vor allem in osteuropäischen Staaten aus. Regierungen nutzen wirtschaftliche, aber auch regulatorische und gesetzgeberische Möglichkeiten, um die Marktposition zu erschüttern oder ganz vom Markt zu verdrängen. Das klare Ziel: Den Zugang zu Informationen zu kontrollieren und zu manipulieren, um politischen und wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen. Das alles vollzieht sich zunächst jenseits der internationalen Aufmerksamkeit.

Seit Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei 2010 an die Macht kamen, wurden die Medien in einer Salomitaktik scheinbarweise eingenommen. Die regionale Presse ist seit 2017 vollständig im Besitz Orbán-freundlicher Unternehmer. Kritische Medien wie die überregionalen Zeitungen *Népszabadság* und *Magyar Nemzet* wurden eingestellt, große Nachrichtenportale in den Besitz Orbán-naher Investoren gebracht.

Im Jahr 2020 quittierten fast 100 Redakteur*innen von *index.hu*, Ungarns größter unabhängiger Online-Nachrichtenseite, den Dienst, weil die Unabhängigkeit der Seite nicht länger garantiert werden konnte. *index.hu*-Chefredakteur Szabolcs Dull witterte politische Einflussnahme und hatte erklärt, dass er ge feuert werde und dass man sein Schweigen habe kaufen wollen. Monate zuvor hatte ein Pro-Orbán-Geschäftsmann eine Mehrheitsbeteiligung an dem Unternehmen erworben, das die Werbung von *index.hu* verwaltete.

Zwei Monate später dann der nächste Schlag gegen die Pressefreiheit: Der ungarische Medienrat gab bekannt, dass er die Lizenz von *Klubrádió*, Ungarns populärem, letzten unabhängigen Radiosender, nicht verlängern würde. Das Stadtgericht in Budapest wies im Februar 2021 eine Klage des Senders gegen die Entscheidung der staatlichen Medienaufsichtsbehörde ab. Der Medienrat hatte die Versagung der Verlängerung mit zwei



Veronika Munk

Co-Chefredakteurin *telex.hu* und frühere stellvertretende Chefredakteurin von *index.hu*

„Der ungarische Staat und die Regierung versuchen, unsere Arbeit auf verschiedene Weise zu erschweren, manchmal unmöglich zu machen. Zum Beispiel beantworten sie unsere Fragen nicht, kritische Journalisten werden oft nicht zu Pressekonferenzen zugelassen. Ungarn liegt nach 15 Jahren des kontinuierlichen Niedergangs nun auf Platz 92 der Rangliste von Reporter ohne Grenzen zur Pressefreiheit. 2006 lag es noch auf

Platz 10. Die freie Presse in Ungarn ist in einem sehr schlechten Zustand.

Solidarität und gemeinschaftliches Agieren der unabhängigen Medien in Europa wären wirklich von Nutzen. Das Problem ist, dass wir in unserem Berufsalltag so viele Schwierigkeiten haben, das wir nicht dazu kommen, für die größeren Ziele zu kämpfen. (mgo)

Quelle: Presseseminar des Europäischen Parlaments zum Welttag der Pressefreiheit 2021, bjvlink.de/press

geringfügigen Verstößen gegen das ungarische Medienrecht begründet. Dabei handelte es sich um Angaben über die Anzahl von ungarischen Musiktiteln im Programm. Die UKW-Frequenz von *Klubrádió* erlosch im Februar, seither sendet *Klubrádió* nur noch im Internet, erreicht dort aber nach eigenen Schätzungen rund 80 Prozent seiner Hörer*innen nicht mehr. Statt einer kleinen Geldbuße den ganzen Sender abzuschalten – so funktioniert Orbáns Taktik, die Pressefreiheit in Ungarn zu beschneiden. Die gute Nachricht aber sei, so Stephan Ozsváth, dass überall, wo etwas dicht gemacht wird, etwas Neues entstehe. Vieles laufe über Online-Portale. So entstand aus *index.hu* das Portal *telex.hu*, die Nutzer halten diese Medien am Leben. Auch das große Nachrichtenportal *origo.hu* wurde von seinem einstigen Besitzer, der Deutschen Telekom, verkauft und betreibt nun regierungsfreundliche Berichterstattung. Einige aus der Redaktion gründeten die Investigativ-Werkstatt *direkt36.hu*.

Die ungarische Regierung setzt alles daran, unabhängige Medien wirtschaftlich auszubluten. Eine perfide Methode ist es, sie von Werbeeinnahmen abzuschneiden. Denn einer der größten Akteure auf dem Werbemarkt ist die Regierung, die selbst oder über staatsnahe Firmen Anzeigen schaltet – aber nicht in den unabhängigen Medien. Im Juli 2021 beendet die ungarische Post den Zustelldienst für Wochenzeitungen. Der Grund ist offiziell Unwirtschaftlichkeit. Kritiker sehen darin jedoch eine weitere Maßnahme gegen unabhängige Medien.

Orbáns Modell nach Slowenien exportiert

Längst investieren ungarische Oligarchen auch in slowenische Medien, ebenso in Serbien und Nordmazedonien. „So entsteht ein rechtspopulistischer Hub in der Region, der mit Blick auf die Osterweiterung der EU ausgesprochen gefährlich werden kann“, warnt Korrespondent Ozsváth.

Die Situation der Medien in Slowenien lasse sich nicht mit der in Ungarn vergleichen, sagt Marko Lavrenčič, Journalist bei *Ljubljanske novice* (*ljn novice.si*). Auch, wenn es zutreffe, dass die ungarische Regierung einige kleinere Medien gekauft habe, die der Regierung in Lubljana nahestehen. Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša habe aber keine mit Orbán vergleichbare politische Macht, auch die Gesetzgebung in seinem Land sei eine andere. „Was Janša mit Orbán teilt, ist seine Abneigung gegen bestimmte Medien.“

Journalist*innen könnten nach seiner Überzeugung frei berichten. Ein Weg, Druck auszuüben, sei der finanzielle Zufluss, den die Medien über Abonnements oder Werbung erhielten. Rechte politische Parteien behaupteten, die Berichterstattung in Slowenien sei zu unausgewogen, da diese überwiegend links orientiert seien. Sie gründeten eigene Medien, um den Markt zu beeinflussen und ihre Themen zu platzieren. Dazu investierten sie etwa in den TV-Sender *Nova 24TV* und einige kleinere Zeitungen, unterstützt von Politikern aus Ungarn. Doch „diese Medien haben keine große Reichweite“.

Auch in Polen funktioniert das System der „Media capture“.

Die Organisation Reporter ohne Grenzen hat das Land daher auf Platz 64 von 180 auf ihrer Rangliste der Pressefreiheit gesetzt, 2015 belegte Polen noch Platz 18. Die Ende 2015 ins Amt gekommene Regierung der Nationalkonservativen (PiS) hat den öffentlich-rechtlichen Rundfunk unter ihre Kontrolle gebracht. Mehr als 200 Journalist*innen wurden entlassen, zur Kündigung gezwungen oder degradiert. Nun sind private Medien an der Reihe.

PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński zieht die Strippen und feuert die Diskussionen um die sogenannte „Repolonisierung“ und „Dekonzentration“ der polnischen Medienlandschaft an. Mit dieser Repolonisierung soll der noch hohe Anteil ausländischer Investoren auf dem Medienmarkt beschränkt werden.

Dazu zählt der regierungskritische Fernsehsender *TVN*, der in US-amerikanischem Besitz ist. Der Axel-Springer-Verlag gibt gemeinsam mit dem Schweizer Ringer den *BILD*-Ableger *Fakt* heraus.

Ende 2020 kündigte der polnische staatlich kontrollierte Petro-Chemiekonzern PKN Orlen die Übernahme von *Polska Press* an, die zuvor im Besitz der Verlagsgruppe Passau stand. Der Deal bescherte der PKN Orlen die Kontrolle über 20 der 24 regionalen Tageszeitungen Polens – und den Zugang zu fast 17,5 Millionen Nutzern der Online-Portale bei *Polska Press*. Dazu kommen noch 120 Zeitschriften. Anders als in Ungarn gibt es in Polen noch eine ganze Reihe privater unabhängiger Medien. Die sollen nun über ein neues Mediengesetz unter Druck gesetzt werden, das die Einführung einer Steuer auf die Werbeeinnahmen vorsieht.

„Das zielt in erster Linie besonders auf die großen Internetfirmen. Zahlen müssten aber auch traditionelle Medien, denen es ohnehin oft bereits schlecht geht“, erklärt Jan Pallokat, Korrespondent im *ARD*-Studio Warschau, in einem Beitrag für den *BR*. Ein Teil des Geldes solle in einen „Fonds zur Förderung der Kultur und des nationalen Erbes in den Medien fließen.“ Kritiker lesen daraus die Absicht heraus, das Geld vor allem jenen Medien zuzuleiten, die die Parteilinie verbreiten“, so Pallokat. Von der geplanten Steuer ausgenommen wäre *Telewizja Polska* (*TWP*), das unter der Kontrolle des Rates Nationaler Medien stehende öffentlich-rechtliche Fernsehen. *TWP* wird aus Steuergeldern subventioniert. Allein im Jahr 2020 waren dies 445 Millionen Euro.

„Was Janša mit Orbán teilt, ist seine Abneigung gegen bestimmte Medien.“

Marko Lavrencic, Journalist in Slowenien

Was Media Capture bedeutet

Absprachen zwischen der politischen Klasse und den Eigentümern von Medien haben nach Einschätzung der EJP ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht und zu einem Phänomen geführt, das im Englischen als „Media Capture“ bezeichnet wird. Dabei handeln die meisten oder alle Nachrichtenvermittler als Teil eines Kartells aus Regierung und Unternehmen, das den Informationsfluss kontrolliert und manipuliert, um so ihren uneingeschränkten und exklusiven Zugang zu öffentlichen Ressourcen zu schützen.

Internationale Solidarität zeigen

Warum bei BJV und DJV das Thema Pressefreiheit weit oben auf der Agenda steht

Von Johannes Michel

Einsatz für Europas Pressefreiheit: Auf europäischer Ebene ist der Bayerische Journalisten-Verband aktuell stark in zentralen Netzwerken vertreten. Andrea Roth, stellvertretende BJV-Vorsitzende, führt die „Kommission Europa im DJV“, Miriam Leunissen ist dort ihre Stellvertreterin. Bei der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF) ist Andrea Roth Nachrückerin für den Vorstand und Leiterin der Expertengruppe Arbeitsrecht, Leunissen ist im Netzwerk der Internationalen Journalisten-Föderation (IJF) aktiv. Zudem gibt es im BJV die Fachgruppe Europa, mit Markus Mauritz als Vorsitzendem. Doch wie genau sieht das BJV-/DJV-Engagement für Pressefreiheit in Europa aus?

„Meine ersten Jobs waren EU-Projekte. Und da habe ich sehr schnell festgestellt: Wir leben auf einer Insel der Seligen.“ Miriam Leunissen kämpft seit Jahren für bessere Rahmenbedingungen und verweist auf die Bedeutung eines freien Journalismus für die Demokratie. Für sie ist es wichtig, das Engagement nicht nur auf Campaigning zu begrenzen, sondern auch aktuelle politische Themen aufzugreifen – Fake News und Social Media sind nur zwei Beispiele. Dabei gilt es, Themen zu identifizieren und auf Personen zuzugehen, die etwas bewegen könnten. Und: „Wir müssen unsere Kolleg*innen immer wieder motivieren, das Thema Pressefreiheit aufzugreifen.“

Die Einschläge kommen näher

Das sieht Andrea Roth genauso. „Wir reden immer von Solidarität. Die muss man aber auch mit Leben füllen.“ Und natürlich ist die Freude groß, wenn etwas zurückkommt, wie zum Beispiel Dankesbriefe aus Belarus im Nachgang zur BJV-Aktion vor dem Konsulat in Würzburg im März, durchgeführt von der Fachgruppe Europa. „Wir können mehr machen als Pressemitteilungen zu versenden“, sagt Andrea Roth. Viele Kolleg*innen in Belarus beobachteten die Aktion, sie stieß dort auf mediale Aufmerksamkeit. „Vom Ausland wahrgenommen zu werden, das ist eine der wenigen Chancen, die die Kolleg*innen dort in der aussichtslosen Lage haben, in einem Land, in dem ein Diktator massiv in die Menschenrechte und die Pressefreiheit eingreift.“ Und in der Tat wirkte der Druck: In Kooperation mit der EJF schrieben zahlreiche Länder an ihre Regierungen und forderten diese auf, die Verletzung von Menschenrechten und Pressefreiheit offen zu verurteilen. Auch der DJV wandte sich an Kanzlerin Angela Merkel.

Pressefreiheit gerät aber nicht nur in weit entfernten Ländern in Gefahr, sondern auch im eigenen Land. Ob Ein-

schüchterung von Reporter*innen, körperliche Angriffe, Mobbing, Verlust von Rechtsstaatlichkeit, Verhinderung investigativer Arbeit, Stärkung von Staatsmedien – Beispiele gibt es zuhauf. Leunissen: „Wir müssen in Europa anfangen und zeigen, dass manche Dinge einfach nicht gehen – immer im Bewusstsein, dass die Einschläge näherkommen.“

Wichtig ist daher die Zusammenarbeit mit übergeordneten Organisationen wie EJF oder IJF. „Die Gleichzeitigkeit, also etwa Aufrufe in sozialen Medien, Briefe an inhaftierte Journalist*innen, Artikel in Zeitungen zur gleichen Zeit in vielen Ländern, übt schon einen gewissen Druck auf Regierungen aus“, sagt Andrea Roth. Dahinter stecken viel Organisation und Gremienarbeit. Geplant sind in Zukunft auf DJV-Ebene auch wieder Gespräche mit Europa-Abgeordneten und auf BJV-Ebene Pressereisen nach Brüssel oder Straßburg, um offen über die Anliegen der Journalistenverbände inklusive Pressefreiheit zu diskutieren.

Das Aufrütteln der Öffentlichkeit ist auch für Markus Mauritz ein zentraler Punkt: „In den zurückliegenden Jahren haben wir beispielsweise durch Flashmobs oder ähnliche Veranstaltungen das Thema aufgegriffen.“ Warum solches Engagement nicht ausbleiben darf, bringt Mauritz auf den Punkt: „Ob sich Europas Autokraten von solchen Demonstrationen beeindrucken lassen? Wir wissen es nicht! Aber der entscheidende Aspekt ist doch der, wie denn diese Welt aussähe, wenn wir kommentarlos alle Diktatoren gewähren ließen.“

Weitere wichtige Organisationen

Reporter ohne Grenzen: Die Organisation gibt jährlich die viel beachtete „Rangliste der Pressefreiheit“ heraus. Eine Übersicht zu den zahlreichen Aktivitäten, auch zur „Pressefreiheit in der Corona-Krise“, findet sich unter reporter-ohne-grenzen.de.

Journalisten helfen Journalisten (JhJ): JhJ wurde 1993 gegründet, als der Krieg in Ex-Jugoslawien auch unter Journalist*innen erste Opfer gefordert hatte. Heute hilft JhJ in Not geratenen Journalist*innen in Kriegs- und Krisenregionen weltweit. www.journalistenhelfen.org

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF): Zu den Hauptaktivitäten der Non-Profit-Organisation zählen die Erfassung von Verstößen gegen die Presse- und Medienfreiheit, die Öffentlichkeitsarbeit und praktische Hilfe für Journalist*innen. www.ecpmf.eu

PEN Deutschland: PEN ist zwar eine Schriftsteller*innen-Organisation, hat aber auch zahlreiche Kontakte zum Journalismus. www.pen-deutschland.de

Werden Sie Unterstützer

Unterstützen auch Sie die Arbeit des Bayerischen Journalisten-Verband e.V. mit Ihrer Anzeige im Pressestellen-Verzeichnis und bieten Sie damit Journalisten den Service, Sie schnell zu finden! Angebote und Mediadata erhalten Sie bei **Mediasüd, Robert Macher, Tel. 091 81 / 29 99-477**

BILDUNG / WISSENSCHAFT



Hanns Seidel Stiftung



Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstraße 33 | 80636 München
Tel. (089) 12 58-473 | E-Mail: presse@hss.de

Hubertus Klingsbögl
Pressesprecher

www.facebook.com/HannsSeidelStiftung
www.twitter.com/HSSde
www.instagram.com/stiftung fuerdemokratie
www.youtube.com/HannsSeidelStiftung

www.hss.de

Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung

FINANZEN



Dr. Gerald Schneider
Pressesprecher

Türkenstraße 22-24 · 80333 München
Tel. 0 89/28 68-34 01 · Mobil: 0176/10 16 84 03
Fax 0 89/28 68-34 05
E-Mail presse@gv-bayern.de
www.gv-bayern.de

IHRE ANSPRECHPARTNER

Kerstin Hebeler
Ansprechpartnerin B2B
Telefon: +49 (89) 20307 1314
kerstin.hebeler@interhyp.de

Britta Barlage
Ansprechpartnerin B2C
Telefon: +49 (89) 20307 1325
britta.barlage@interhyp.de

Julia Meyer
Ansprechpartnerin Corporate
Telefon: +49 (89) 20307 1330
julia.meyer@interhyp.de

Caroline Neider
Ansprechpartnerin Österreich
Telefon: +43 (1) 2530710 151
caroline.neider@interhyp.de

Interhyp AG
Domagkstraße 34
80807 München
www.interhyp-gruppe.de



Corporate Communications Center
Technische Universität München



Fiorina Schulz
Abteilungsleitung
(kommissarisch)
Arcisstraße 21
80333 München
Tel. +49 89 289 22391
fiorina.schulz@tum.de
www.tum.de

Klaus Becker
Sprecher des Präsidenten
(kommissarisch)
Arcisstraße 21
80333 München
Tel. +49 89 289 22798
klaus.becker@tum.de
www.tum.de



**Sparkassenverband
Bayern**

Eva Mang

Pressesprecherin
Vorstandsstab

Karolinenplatz 5, 80333 München
Telefon: +49 89 2173-2009
Mobil: +49 170 2208491
E-Mail: eva.mang@svb-muc.de

PUNKT- LANDUNG

Ihr Eintrag in der Rubrik PRESSE-
STELLEN verschafft übers ganze Jahr
Kontakt zu Journalisten, Redakteuren
und Mitarbeitern in den Medien, zu
Pressesprechern in nahezu allen Be-
reichen, präsentiert Sie auf den Punkt
in der Wirtschaft und bei Behörden,
erreicht Politik und Kirche, Soziales
und Bildungswesen – und mehr.

Zeigen auch Sie Flagge im Medienmagazin *BJVreport*:
1/8 Seite (86 x 60 mm) in allen sechs Ausgaben pro Jahr
= 1.450,- EUR.

**Der nächste *BJVreport* (alle zwei Monate) erscheint
am 09.08.2021, Anzeigenschluss ist am 09.07.2021.**

Anzeigenmarketing:

Mediasüd, Robert Macher, Telefon 091 81 / 29 99-477,
Fax 091 81 / 29 99-479, robert.macher@mediasued.de

MESSEN / AUSSTELLUNGEN



Kathrin Winkler
Pressereferentin

Juliane Heißer
Pressereferentin

**AFAG Messen und
Ausstellungen GmbH**
Messezentrum 1
90471 Nürnberg
☎ (0911) 9 88 33 - 555
☎ (0911) 9 88 33 - 245
✉ presse@afag.de
www.afag.de

KAMMERN



Pressestelle

Dagmar Nedbal
Leiterin der Pressestelle,
Bayerisches Ärzteblatt,
Internet

Bayerische Landesärztekammer
Mühlbaurstraße 16
81677 München
Telefon: 089 4147-714
Fax: 089 4147-713
Mobil: 0172 7516157
E-Mail: presse@blaek.de
www.blaek.de

VERSICHERUNGEN



**NÜRNBERGER
VERSICHERUNG**

Ulrich Zeidner
Leiter Unternehmenskommunikation

Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg
Telefon 0911 531-6221
Ulrich.Zeidner@nuernberger.de, www.nuernberger.de



**Bayerische
LandesZahnärzte
Kammer**

Isolde M. Th. Kohl

Leiterin Geschäftsbereich Kommunikation
Telefon 089 230211-130
Telefax 089 230211-108
E-Mail ikohl@blzk.de

Bayerische Landes Zahnärztekammer
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Flößergasse 1, 81369 München
Internet: www.blzk.de, www.zahn.de

ENERGIE

VER | **SICHER** | UNGS |
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Maximilianstraße 53
80530 München
www.vkb.de

Claudia Scheerer
Pressesprecherin
Tel.: 089 2160 3050
Mobil: 0160 58 27 868
claudia.scheerer@vkb.de

Stefan Liebl
Stellvertr. Pressesprecher
Tel.: 089 2160 1775
Mobil: 0151 64 91 20 73
stefan.liebl@vkb.de

bayerngas

Dirk Barz

Leiter Kommunikation & Marketing

✆ +49 (0)89 7200-339
☎ +49 (0)89 7200-260
🌐 www.bayerngas.de
✉ dirk.barz@bayerngas.de

📍 **Bayerngas** GmbH
Poccistraße 9
80336 München

**Ist Ihr Eintrag
noch aktuell?**

Bitte prüfen Sie Ihren Pressestellen-Eintrag in jeder Ausgabe. Text- und Farbkorrekturen, Logo-Änderungen erledigen wir gerne für Sie – nach Ihren Vorgaben und kostenlos! Ihr BJV-Kontakt für Anzeigen und Pressestellen-Einträge: Mediasüd, Robert Macher, Tel. 091 81/2999-477, 091 81/2999-479, robert.macher@mediasued.de

**Dr. Christian Blümm**

Bereichsleiter Marketing
und Kommunikation

**erdgas
schwaben**

erdgas schwaben gmbh
Postfach 10 15 26 | 86005 Augsburg
Bayerstraße 43 | 86199 Augsburg

Telefon +49 821 9002-361
Telefax +49 821 9002-365

christian.bluemm@erdgas-schwaben.de
www.erdgas-schwaben.de

ENERGIE

bayernwerk

Maximilian Zängl

Leiter
Unternehmens-
kommunikation
Pressesprecher

Bayernwerk AG
Lilienthalstraße 7
93049 Regensburg
T 09 41-2 01-78 20
F 09 41-2 01-70 23
M 01 79-1 38 98 27
maximilian.zaengl
@bayernwerk.de
www.bayernwerk.de

VERKEHR

Bayernhafen GmbH & Co. KG

Linzer Straße 6 · D-93055 Regensburg

Karin Moro
Unternehmenskommunikation
Tel.: 0941 79504-10
k.moro@bayernhafen.de

www.bayernhafen.de



Aschaffenburg – Bamberg – Nürnberg – Roth – Regensburg – Passau



Lechwerke

**Ansprechpartner
für die Presse**

Lechwerke AG · Schaezlerstraße 3
86150 Augsburg · www.lew.de
presse@lew.de

Rufbereitschaft T +49 821 328-1651

Dr. Thomas Renz
Leiter Kommunikation
T +49 821 328-1862
thomas.renz@lew.de

Ingo Butters
Pressesprecher
T +49 821 328-1673
ingo.butters@lew.de

Luisa Rauenbusch
Pressesprecherin
T +49 821 328-1654
luisa.rauenbusch@lew.de



Heiko Linder
Leiter Konzernkommunikation

Elisabeth Seitzinger
Pressesprecherin
Am Plärrer 43, 90429 Nürnberg
Telefon 0911 271-3613
Telefax 0911 271-3152
E-Mail: elisabeth.seitzinger@stwn.de
www.vag.de

N-ERGIE

Heiko Linder
Leiter Konzernkommunikation

Michael Enderlein
Pressesprecher
Telefon 0911 802-58071
E-Mail: michael.enderlein@n-ergie.de
Am Plärrer 43, 90429 Nürnberg, www.n-ergie.de



**Verkehrsverbund
Großraum Nürnberg GmbH**

Manfred Rupp
Pressesprecher
Tel. 0911 27075-43
manfred.rupp@vgn.de
Rothenburger Str. 9, 90443 Nürnberg
www.vgn.de

NETZE



Dipl.-Journ.
Cornelia Benesch

Stabsstelle GF-A
Kommunikations-
management Netz



schwaben netz gmbh
Postfach 10 24 12 | 86014 Augsburg
Bayerstraße 45 | 86199 Augsburg

Telefon +49 821 455166-360
Telefax +49 821 455166-299

cornelia.benesch@schwaben-netz.de
www.schwaben-netz.de

**Werden Sie
Unterstützer**

Unterstützen auch Sie die Arbeit des Bayerischen Journalisten-Verband e.V. mit Ihrer Anzeige im Pressestellen-Verzeichnis und bieten Sie damit Journalisten den Service, Sie schnell zu finden! Angebote und Mediadaten erhalten Sie bei **Mediasüd, Robert Macher, Tel. 091 81 / 2999-477**

UNTERNEHMEN



AUDI AG
Kommunikation
85049 Ingolstadt

Telefon: +49 841 89-0
Telefax: +49 841 89-92068
E-Mail: audi-kommunikation-
unternehmen@audi.de
Internet: www.audi-mediacycenter.com

Dirk Arnold
Leiter Kommunikation

Telefon: +49 841 89-92033
E-Mail: dirk.arnold@audi.de

Antje Maas
Unternehmen

Telefon: +49 841 89-34084
E-Mail: antje.maas@audi.de

Jörg Lindberg
Produkt, Technologie, Motorsport

Telefon: +49 841 89-43355
E-Mail: joerg.lindberg@audi.de

UNTERNEHMEN

Leiter Communications

Thomas Bauer
OMV Deutschland GmbH
Halminger Str. 1
84489 Burghausen

Tel. +49 (8677) 960-2200
Fax +49 (8677) 960-62200
Mobil +49 160 90762882

thomas.bauer@omv.com
www.omv.de

**BMW GROUP****Maximilian Schöberl**

Konzernkommunikation und Politik
Telefon: +49(0)89-382-37446
E-Mail: Maximilian.Schoeberl@bmwgroup.com

Postanschrift
BMW AG
D-80788 München

Alexander Bilgeri

Konzernkommunikationsstrategie,
Konzernaussagen, Kommunikationskanäle
Telefon: +49(0)89-382-19175
E-Mail: Alexander.Bilgeri@bmw.de

Hausanschrift
BMW Haus
Petuelring 130
80788 München

Nikolai Glies

Unternehmens-, Produkt- und
Innovationskommunikation
Telefon: +49(0)89-382-47712
E-Mail: Nikolai.Glies@bmwgroup.com

Telefon: +49(0)89-382-0
Fax: +49(0)89-382-25858
E-Mail: presse@bmw.de

Internet: www.press.bmw.de

St. Theresien-Krankenhaus Nürnberg**Anja Müller**

Leiterin Unternehmenskommunikation

Telefon 0911 5699-201
Telefax 0911 5699-447
Mobil 0171 5659262

Mommsenstraße 24
90491 Nürnberg
www.theresien-krankenhaus.de

anja.mueller@theresien-krankenhaus.de

DIEHL

Verw.-Betriebswirt (VWA)

Michael Prymelski

Generalbevollmächtigter Konzernkommunikation

Diehl Stiftung & Co. KG
Stephanstraße 49, 90478 Nürnberg
Telefon +49 947-2492
info@diehl.com, www.diehl.com

StWN

Städtische Werke Nürnberg GmbH

Heiko Linder

Leiter Konzernkommunikation

Elisabeth Seitzinger

Pressesprecherin

Am Plärrer 43, 90429 Nürnberg
Telefon 0911 271-3613
Telefax 0911 271-3152

E-Mail: elisabeth.seitzinger@stwn.de
www.stwn.de

**Thomas Weimann**

Leiter Unternehmenskommunikation

E-T-A Elektrotechnische Apparate GmbH
Industriestraße 2-8, D-90518 ALTENDORF
Telefon 09187 10-0
Telefax 09187 10-397
www.e-t-a.de

Telefon 09187 10-227
Telefax 09187 10-448
E-Mail Thomas.Weimann@e-t-a.de

Ist Ihr Eintrag noch aktuell?

Bitte prüfen Sie Ihren Pressestellen-Eintrag in jeder Ausgabe. Text- und Farbkorrekturen, Logo-Änderungen erledigen wir gerne für Sie – nach Ihren Vorgaben und kostenlos!

Ihr BJV-Kontakt für Anzeigen und Pressestellen-Einträge:
Mediasüd, Robert Macher, Tel. 091 81 / 2999-477,
091 81 / 2999-479, robert.macher@mediasued.de

Werden Sie Unterstützer

Unterstützen auch Sie die Arbeit des Bayerischen Journalisten-Verband e.V. mit Ihrer Anzeige im Pressestellen-Verzeichnis und bieten Sie damit Journalisten den Service, Sie schnell zu finden! Angebote und Mediadata erhalten Sie bei **Mediasüd, Robert Macher, Tel. 091 81 / 2999-477**

UNTERNEHMEN



Die wbg Nürnberg ist die führende kommunalverbundene Unternehmensgruppe der Wohnungswirtschaft in der Metropolregion Nürnberg.

Dieter Barth

Leiter Unternehmenskommunikation,
Presseprecher

Telefon: 09 11 / 80 04 - 139
Telefax: 09 11 / 80 04 - 201
barth@wbg.nuernberg.de

Glogauer Straße 70
90473 Nürnberg
www.wbg.nuernberg.de



Wir gestalten Lebensräume.

VERBÄNDE



Dr. Josef Wallner, Dipl.-Volkswirt

Wirtschaftspolitik | Öffentlichkeitsarbeit

Bayerischer Bauindustrieverband e.V.
Oberanger 32/VI | 80331 München
Telefon +49 89 235003-33
Fax +49 89 235003-71
j.wallner@bauindustrie-bayern.de
www.bauindustrie-bayern.de



Bayerischer Jagdverband e.V.

Isabel Koch
Leitung Kommunikation

Hohenlindner Str. 12 | 85622 Feldkirchen
Tel. 089 990 234-38 | Fax 089 990 234-38
Mobil 0151 28836926
E-Mail isabel.koch@jagd-bayern.de
www.jagd-bayern.de

SOZIALES



unabhängig. solidarisch. stark.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege,
Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de

Nürnberger Volksfest

Bayerns zweitgrößtes Volksfest
Frankens Erlebnisvolksfest

Süddeutscher Verband reisender Schausteller
und Handelsleute e.V. • Sitz Nürnberg
Peter Budig • Pressesprecher

Bayernstraße 100
90471 Nürnberg
T Büro: 0049.911.21 08 66 45
T Mobil: 0049.179.59750 45
F 0049.911.46 57 67

info@sueddeutscher-schaustellerverband.de
www.volksfest-nuernberg.de
www.sueddeutscher-schaustellerverband.de



Bitte beachten Sie folgende Termine

Ausgabe BJVreport	Anzeigen- und Redaktionsschluss	letzter Termin für Druckvorlagen	Erscheinung Auslieferung
4/2021	9. Juli	26. Juli	9. August
5/2021	17. September	4. Oktober	18. Oktober
6/2021	19. November	6. Dezember	20. Dezember

Alle Termine vorläufig, geringe Verschiebungen sind möglich.

Anzeigenmarketing *BJVreport*:
Mediasüd, Robert Macher, Telefon 091 81 / 2999-477,
091 81 / 2999-479, robert.macher@mediasued.de

Corona in Lateinamerika

Infos, Experten und Fotos zur Situation Lateinamerikas zum kostenlosen Download:
www.adveniat.de/presse

Influencer – eine Gefahr für die Demokratie?

Wie die politische Meinungsbildung von Jugendlichen beeinflusst wird

Von Ronja Goj

Es war an einem Tag im September 2020. Das Smartphone liegt schwer in seinen Händen. Schwarz ist es. Spiegelglatt die Oberfläche. Er starrt darauf. Sucht. Landet auf dem Symbol einer App. Viereckig ist es, an den Ecken abgerundet. Seine Farben fließen von lila, zu orange ins gelb. Darauf aus weißen, klaren Linien ein Viereck. Mit einem Kreis darin. Rechts im Eck ein dicker Punkt. Instagram. Sein Daumen berührt den Touchscreen, drückt auf die App – Deaktivieren – Löschen.

Linus Hartmann. Er ist 17 Jahre alt, geht in die zwölfte Klasse eines Würzburger Gymnasiums und ist ausgestiegen. Ausgestiegen aus den Sozialen Medien. Hat seinen Instagram-, Facebook-, Youtube-Account gelöscht. Damit dürfte er eine Ausnahme sein, denn laut der JIM-Studie 2020 nutzen fast drei Viertel der Jugendlichen Instagram mindestens mehrmals in der Woche. Linus Hartmann verweigerte sich. Dem Hagel, dem Bombardement an Meinungen, das dort auf ihn hereinprasselte. „Es gibt Themen, da gibt es kein richtig oder falsch“, erklärt er. Damals bezog er die meisten Nachrichten zum Weltgeschehen aus dieser Quelle. So wie 56 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, die laut Reuters Institute Digital News Report 2020 Soziale Medien als Ressource für Nachrichten nutzen. Fast ein Drittel bezeichnete sie sogar als wichtigste Nachrichtenquelle.

„Hallo, meine Hübschen...“

Doch warum sind es Influencer*innen, die bei jungen Menschen so gut ankommen? Nicht Journalist*innen? Da sind zum Beispiel LeFloid, Rezo, Lisa Sophie Laurent, Tilo Jung. Die in den Sozialen Medien ihre politische Meinung äußern. Stellung nehmen, sich positionieren. Die kritisieren, ins Lächerliche ziehen, monologisieren. Über Parteien, Gesetze, Politik, Gesellschaft. Sie begrüßen ihre Follower mit einem überdrehten „Hallo meine Hübschen“ oder dem kantigen „Jo, in diesem Video geht es um ...“. Sie strahlen in die Kamera, gestikulieren mit großen Handbewegungen. Reden schnell, aufgebracht, sarkastisch, zuckersüß. Inszenieren sich, sind selbstbewusst. Machen auf beste Freundin, auf Kumpel. Auf cooler, lässiger Typ von nebenan. Der genau-



Wenn in der Gesellschaft meinungsgefärbte Beiträge schwerer wiegen als Fakten, gerät am Ende auch die Demokratie in Gefahr. In unserer Fotomontage bleiben wir lieber optimistisch – und geben dem seriösen Journalismus mehr Gewicht.

Fotomontage: Stefan Gregor/Rudi Stix

so gern zockt, der gleiche Fitnessfreak ist, wie man selbst. Die große Schwester, die Schminke-tipps verrät. Influencer*innen identifizieren, solidarisieren sich mit ihrer Zielgruppe, den Jugendlichen. Sind immer vermeintlich auf Augenhöhe. Auf du-und-du. „Rezo hat seine Follower in der digitalen Welt. Nicht als Sprecher der ‚Tages-schau‘. Er spricht die Sprache der Jugendlichen. Bereitet das anders auf. Schaut aus deren Blickwinkel auf die Welt. Deswegen hören sie ihm zu, wenn er sich politisch äußert“, sagt Sabine Resch. Sie ist Professorin für Modejournalismus an der AMD Akademie Mode & Design in München, Fachbereich Design der Hochschule Fresenius.

Doch Posts von Influencer*innen sind oft keine journalistischen Nachrichten. Es sind Meinungen. Wie ein Leporello faltet sich darunter stets verlässlich die Kommentarspalte auf. Vollgestopft mit Herzchen, Daumen und noch mehr Meinungen. Doch wie stark lassen sich junge Menschen leiten von deren Meinung, Einstellung, politischen Statements?

Influencer*innen sprechen ihre Follower direkt an. Fragen um Rat, nach eigenen Erfahrungen, Meinungen. Animieren zur Interaktion. Motivieren freundlich, aber bestimmt: „Schreibt mir gerne in die Kommentare.“ Langsam bauen sie eine parasoziale Beziehung zu den Jugendlichen auf. Bezug, Nähe, Intimität. Gemeinschaft, Community entsteht. Ein Spinnennetz, bei dem die unsichtbaren Fäden bei den Influencer*innen zusammenlaufen.

Empathie als Nährboden

Der Nährboden der Influencer*innen – Empathie. Der Dünger – Authentizität, Echtheit, die sie ausstrahlen. Die Blüte – Expertise, Vertrauenswürdigkeit, Glaubwürdigkeit, die sie nicht besitzen müssen, aber die ihnen von den Follower*innen zugesprochen wird. „Jeder kann mitsprechen. Das ist als authentische Kommunikation anzusehen. Die ist offenbar anschlussfähiger, weil es leichter zu kommentieren ist, als ein Experten-satz, der auf besserem Wissen basiert. Experten-

wissen ist kein Argument mehr“, sagt Prof. Dr. Elke Wagner, Professorin für spezielle Soziologie und qualitative Forschung am Institut für Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität Würzburg. Der Gewinn, die Frucht für Influencer*innen, der Verlust für Journalist*innen – Einfluss. Das belegte bereits 2019 die Postbank Jugend-Digitalstudie. Mehr als die Hälfte der befragten 16- bis 18-Jährigen gab an, ein bestimmtes Produkt aufgrund von Influencer-Werbung gekauft zu haben. Influencer*innen gelingt es, Informationen zu beeinflussen, Einstellungen, Menschen. Einstellungsänderungen herbeizuführen. „Influencer betreiben persuasive, überredende Kommunikation. Sie machen Werbung. Sie sind immer in einem subjektiven Modus“, sagt Prof. Resch. All das macht sie zu digitalen Meinungsführern. Darüber regt sich Linus Hartmann auf: „Diese Beeinflussung stürzt auf junge Menschen ein, die sich null Gedanken machen. Da ist null Reflexion!“ Ähnlich sieht es Robert Hecklau. Er ist erster Redakteur in der „Netz|Werk|Statt“ beim *Saarländischen Rundfunk*: „Jugendliche werden den ganzen Tag aus der Werbewirtschaft zugeballert und überflutet mit Informationen.“

Journalist*innen besitzen kein Monopol mehr bei der Informationsbildung, bei der Meinungsbildung. Stehen nicht mehr allein auf dem Podest. Doch, wie gefährlich, kritisch ist es, wenn Meinungen zu Fakten werden? Wenn Jugendliche Influencer*innen glauben und nicht Journalist*innen?

Kritisch, wenn die Aufgabe des Journalisten ist, Themen zur öffentlichen Kommunikation bereitzustellen. Wenn das für politische Willensbildung in demokratischen Gesellschaften vorausgesetzt wird, findet Amelie Duckwitz in ihrem Journal „Influencer als digitale Meinungsführer“, in dem sie Bezug nimmt, auf Jürgen Harbermas und Manfred Rühl. Kritisch, weil sich junge Menschen in der Orientierungsphase befinden. Sich leicht beeinflussen lassen. Kritisch, wenn sich Jugendliche über werbefinanzierte Influencer*innen über das Weltgeschehen informieren. Kritisch, weil Jugendliche Meinungen kopieren, sich keine eigene Meinung bilden. „Influencer sind mittlerweile in allen Bereichen des Lebens eine Instanz und können eine riesen Macht haben“, sagt Robert Hecklau.

Linus Hartmann erzählt von vielen Schulkolleg*innen, die sich nicht für Politik interessieren. „Wenn alle Influencer, denen sie folgen, sagen, dass es schlecht ist, übernehmen sie die Meinung aus dem Internet“, erklärt er. „Viele

merken das nicht. Auch nicht, dass sie eine starke Meinung aufgetischt bekommen.“ Trotzdem würden sie realisieren, wie voreingenommen sie sind, wenn er sie darauf anspreche. Anders der kleine Teil politisch Interessierter unter seinen Freunden. Die denken, sie würden die einzig wahre Meinung vertreten. „Die leben in einer Blase. Sie bekommen die Ereignisse in den Sozialen Medien immer konnotiert. Sie lassen sich ihre Meinung bilden“, sagt er. Prof. Dr. Wagner bestätigt das: „Ich glaube, dass das zu Lerneffekten führen kann. Dass sich Jugendliche nach

„Viele merken nicht, dass sie eine starke Meinung aufgetischt bekommen.“

Linus Hartmann, 17 Jahre

dem richten, was die meisten Likes hat. Influencer sind umso erfolgreicher und bekannter je mehr Likes sie haben. Das ist ein Orientierungswert, der sie für gut befördert.“

Problematisch für die Demokratie, findet Wagner. Weil die Sozialen Medien wie eine öffentliche Pinnwand sind. Weil ihre Infrastruktur die Polarisierung in der Gesellschaft sichtbar macht. Die gesellschaftliche Spaltung befeuert. „Die Orientierung an der großen Zahl der Likes führt dazu, dass man ein populistisches Demokratieverständnis hat und das ist problematisch für ein Rechtsstaatsverständnis, das auf Legitimation durch Verfahren fußt.“ Zwar gibt es bisher wenige politische Influencer – und wie stark die politische Beeinflussung ist, ist bisher unerforscht. Doch Prof. Sabine Resch ist sich sicher: „Das hat Einfluss auf die Demokratie. Das haben wir in Amerika unter Trump gesehen.“

„Wir müssen in den Sozialen Medien vertreten sein, um das Feld nicht den Influencern zu überlassen, die nicht nach den Maßstäben der Aufklärung arbeiten, sondern danach, womit sie das meiste Geld verdienen“, sagt Robert Hecklau. „In Social-Media-Zeiten haben wir eine Million Stellschrauben, an denen wir drehen können. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass unser Content die Leute erreicht.“

Da ist zum Beispiel „FUNK“, das Content-Netzwerk von ARD und ZDF, das unterschiedliche Formate produziert. Das vertreten ist in den Sozialen Medien und junge Menschen ansprechen will. Ohne Werbung, Produktplatzierungen und finanziellen oder politischen Einfluss. Nur so können Journalist*innen seriös recherchieren, fundiert arbeiten, unabhängig sein.

„Privatmedien haben ein Interesse der Werbewirtschaft treu zu bleiben“, sagt Robert Hecklau. „Wir Öffentlich-Rechtlichen können uns davon frei machen und kritisch unterwegs sein.“

Da ist auch „offen un' ehrlich“. Ein Format, das Influencer*innen durchleuchtet, Fakes aufdeckt, neueste Produkthypes prüft. „Das Thema war im Journalismus ein blinder Fleck. Es gab nahezu kein Format, das sich kritisch mit der Influencer-Szene beschäftigt hat“, sagt Robert Hecklau. Jahrelang hätten Influencer*innen Dinge in die Kamera gehalten und Behauptungen aufgestellt ohne, dass dies einer hinterfragt hätte. Und die Jugendlichen seien blind nachgelaufen. „Ich glaube, dass es unter Jugendlichen ein großes Bedürfnis gibt, dass Influencer von journalistischer Seite eingeordnet werden.“ Das Format will Transparenz erzeugen, zum Nachdenken und Reflektieren anregen. Es will Diskussion anstoßen sowie mit der Community in Dialog treten.

Die Chance des Journalismus: Sich durch Professionalität zu differenzieren. Seine Funktion für die demokratische Öffentlichkeit erfüllen, indem er journalistische Qualitätskriterien einhält, schreibt Duckwitz dazu. Denn ohne Journalismus keine Demokratie. Und: „Wenn Inhalte so aufbereitet sind“, sagt Resch, „kann man junge Menschen auch für analoge Medien gewinnen.“

Back to the roots

Wie bei Linus Hartmann. Die „Tagesschau“ – mittlerweile ein Ritual. Jeden Abend kurz vor dem Schlafen sitzt er auf dem Bett. Schräg gegenüber die Kommode mit dem großen Fernseher darauf. Über ihn streamt er die „Tagesschau“ aus der Mediathek. Heute ist ihm bewusst, dass er Nachrichten gefiltert durch die Brille der Sozialen Medien konsumierte. Dass ihm das Smartphone eine vorgefertigte Meinung auf edlem Screen servierte. Dass ihn das beeinflusste. „Ich wollte keine Filter-, keine Blasenbildung“, erklärt er. Er wollte sich aus neutralen Fakten einen eigenen Standpunkt formen. Darum informiert er sich heute über die „Tagesschau“, den *Spiegel*, die *ZEIT*.



Die Autorin

Ronja Goj absolvierte ihr Studium des Ressortjournalismus an der Hochschule in Ansbach. Sie arbeitet als freie Journalistin für diverse Medien, seit 2017 als Onlineredakteurin bei *Pfarrbriefservice.de* und ist als Dozentin tätig. Foto: Michael Keßler



„Gemeinsam kann man unheimlich viel erreichen“

Crowdfunding-Kampagne zeigt: Viele glauben an das neue *Grafikmagazin*

Von Thomas Mrazek

In der Corona-Krise ein hochwertiges und relativ teures Printmagazin zu gründen – das klingt eigentlich ziemlich verwegen. Mitte 2020 kündigte der Grünwalder Stiebner Verlag an, dass er seine Monatszeitschrift *novum – World of Graphic Design* nicht weiterführen werde; das 1924 gegründete Magazin sollte nur noch bis Januar 2021 erscheinen und mit einem anderen Heft kooperieren. Für die Mitarbeiter*innen, die zum Teil schon Jahrzehnte an diesem optisch sehr edlen Heft arbeiteten, war das ein Schock. Der Arbeitsmarkt in diesem Segment ist überschaubar.

Vier Kolleg*innen raufte sich zusammen, ein Art Director, ein Marketingspezialist sowie die Journalistinnen Sonja Pham und Christine Moosmann, die schon über 20 Jahre für *novum* arbeitete, zuletzt als Chefredakteurin. Die Marke *novum* vom Verlag abzukaufen, kam nicht in Frage, die Preisvorstellungen seien zu hoch gewesen, sagt Moosmann. „Erstmal sind wir in Urlaub gegangen, jeder sollte für sich bis Ende August entscheiden, wie es weitergehen könnte“, erzählt Pham. Dann war man sich einig: „Wir haben wirklich Lust drauf – wir gründen unser eigenes Heft.“ So entstand die Idee für das *Grafikmagazin*.

Freilich hieß das, dass man alle Dinge, die mit einer Gründung zusammenhängen „von der Pike auf lernen musste“, so Pham.

Als große Stütze erwies sich dabei eine Kolumnistin der *novum*, die Rechtsanwältin Andrijana Kojic, die zur Gründung einer Unternahmergesellschaft (UG) für den Verlag riet. Neben ihrer Arbeit für die *novum* beschäftigten sich die Gründer*innen bis zum Jahresende mit ihrem neuen Projekt: dem Phoenix Verlag für Grafikdesign UG. „Das war sportlich“, lacht Pham, die in dieser Phase ein Kind zur Welt brachte. Der Name Phoenix wurde als Reverenz an die Geschichte der *novum* gewählt, im Berliner Verlag Phoenix Druck erschien das Heft in den 1920er Jahren erstmals, erzählt Moosmann. Vom Handwerk des Verlegers hatte man indes keine Ahnung und musste sich von vielen Menschen beraten lassen, schildert die *Grafikmagazin*-Chefredakteurin. Stark unterstützt habe sie dabei etwa der Verband Druck und Medien, ebenso die Druckerei, in welcher die *novum* entstanden ist und die auch das neue Magazin druckt, F&W aus Kienberg.

Über das Kompetenzteam Kultur- und Krea-

tivwirtschaft der Stadt München, *#kreativmuenchen*, gelang es, an sehr günstige, aber auch repräsentative Büroräume in der Innenstadt zu kommen. Über die Kooperation von *#kreativmuenchen* mit der Crowdfunding-Plattform „Startnext“ konnte eine Crowdfunding-Kampagne für das *Grafikmagazin* gestartet werden (startnext.com/grafikmagazin). „Es gibt viele Leute, die an diese Idee glaubten“, schildert Pham, die als stellvertretende Chefredakteurin fungiert. 8000 Euro wollte man von Mitte Dezember bis Ende Januar einnehmen – 534 Unterstützer*innen sorgten für eine Fundingsumme von 35.688 Euro. Anfang März war das *Grafikmagazin* mit einer Auflage von 4000 Exemplaren mit seiner ersten Ausgabe auf dem Markt. Gut die Hälfte habe man verkauft, man sei besser als erwartet gestartet, sagt Moosmann. Die zweite Ausgabe ist jetzt auch erhältlich. Dass das Heft handwerklich einwandfrei ist, versteht sich fast von selbst. „Wenn ein Team gut aufgestellt ist, kann man gemeinsam unheimlich viel erreichen“, resümiert Moosmann. Das *Grafikmagazin* erscheint sechs Mal jährlich, ein Einzelheft kostet 19,80 Euro. Eindrücke unter grafikmagazin.de

Vorschuss für fiktive Betriebskosten

Darauf sollten Freie beim Beantragen der Neustarthilfe achten

Im Soforthilfe-Dschungel von Ländern und Bund als Soloselbständige*r den Überblick zu behalten, ist alles andere als einfach. Als die Fachgruppe freie Journalist*innen jüngst über das Soloselbständigenprogramm des Freistaats Bayern informierte, blieben Fragen zur Bundeshilfe für künstlerische Berufe, der „Neustarthilfe“, offen. Neu war für viele, dass unter Umständen beide Hilfen auch parallel in Anspruch genommen werden können.

Bei einer „FREIstunde EXTRA“ gab BJV-Anwalt Jakob Bürner deshalb Hintergrundwissen an die Hand. Die Neustarthilfe geht von einem fiktiven Betriebskostenumfang aus, der dann auch direkt ausgezahlt wird.

Antragsberechtigt ist, wer hauptberuflich selbstständig ist, das heißt, man muss seinen Umsatz aus mindestens 51 Prozent der selbst-

ständigen Tätigkeit erzielen. Man darf noch keinen Antrag im Zuge der Überbrückungshilfe III oder der Neustarthilfe gestellt haben. Und der Beginn der selbstständigen Tätigkeit muss vor dem 1. Mai 2020 erfolgt sein. Die Hilfe existiert laut Bundesregierung, um erhebliche Umsatzrückgänge zu kompensieren, die Rede ist regelmäßig von einem Umsatzrückgang von mindestens 60 Prozent. Bürger betont: Dies sei jedoch keine Antragsvoraussetzung. Allerdings droht bei einem möglicherweise nur geringen Umsatzrückgang, dass ein großer Teil des Geldes oder auch der komplette Betrag wieder zurückgezahlt werden muss. Der Betriebskostenvorschuss wird nach der Beantragung im gesamten Betrag ausgezahlt, in der Regel geschieht dies zügig. In der zweiten Jahreshälfte muss der Soloselbständige dann bis spätestens 31. Dezember 2021 die tat-

sächlichen Umsätze des ersten halben Jahres eintragen. Anhand dieses Betrags wird errechnet, inwieweit ein Teil des Vorschusses oder auch das gesamte Geld zurückgezahlt werden muss.

Die Höhe des Vorschusses für den Antragszeitraum Januar bis Juni 2021 berechnet sich wie folgt: Um den Referenzumsatz 2019 zu bestimmen, wird der durchschnittliche monatliche Umsatz des Jahres 2019 zugrunde gelegt. Der Referenzumsatz für die sechs Monate beträgt in der Regel 50 Prozent des Gesamtumsatzes im Jahr 2019. Davon wiederum werden 50 Prozent aber maximal 7500 Euro erstattet. Bislang nicht veröffentlicht ist, wie hoch die anteilige Rückzahlung ausfällt bei einem Umsatzrückgang von weniger als 60 Prozent. Gestellt werden kann der Antrag auf die Neustarthilfe bis Ende August, nötig ist dafür das Elsterzertifikat. *Michaela Schneider*

Oh, mein/e Go(e)tt*in...

Wer Probleme mit dem Blutdruck oder gar Herz-Rhythmus-Störungen hat, sollte an dieser Stelle das Lesen des Standpunktes einstellen und auf die nächste Seite blättern. Denn allein das Reizwort „Gendern“ – und darum wird es im Folgenden gehen – verursacht bei dem/der einen oder anderen bereits Schnappatmung.

Da wagt es doch die Nachrichtensprecherin Petra Gerster in der Heute-Sendung sozial-geschlechtlich zu moderieren, also auf Neudeutsch: zu gendern. Und schon bricht die Welt scheinbar zusammen. Es wird sich auch in Journalist*innenkreisen nicht mehr über die Coronakrise unterhalten, über Flüchtlinge, über die großen Probleme dieser Welt, sondern man debattiert über das gesprochene große „I“, über Sternchen, über die Bedeutung einer verhunzten Sprache und die Integration sozial benachteiligter Gruppen.

Oder es meldet sich ebenfalls ein Journalist, der moniert, dass er sich nicht angesprochen fühlt, wenn das DJV-Medienmagazin mit dem Titel *journalistin* bei ihm im Briefkasten liegt. Er verlangt die maskuline Ausgabeform und möchte das bis auf den Titel ansonsten völlig identische Produkt nicht mehr beziehen. Er fühlt sich nicht mehr angesprochen! Das ist auch nur bedingt Aufgabe eines Titels. Es fehlt für die Annahme der Ansprache an dieser Stelle nämlich eine Präposition, also „Für den Journalisten“ respektive „Journalistin“. Oder vereinfacht ausgedrückt: Die *Brigitte* lesen auch Menschen, die nicht Brigitte heißen und manchmal sogar Männer sind. Die *journalistin* grenzt mit dem Titel einfach nur das Feld ein, mit dem sich das Magazin auseinandersetzt. Da haben wir es uns in Bayern mit dem *BJVreport* natürlich ein Stück weit einfacher gemacht ...

Zurück zum Gendern. Ich beobachte etwas Unschönes bei diesen Auseinandersetzungen: Es gibt nur noch eine Meinung. Entweder ist Gendern hui oder es ist pfui. Bei beiden Lagern, die sich äußern, gibt es offensichtlich überwiegend die fanatische Ansichtswiese. Die einen argumentieren mit dem Verlust der Muttersprache, dem Verhunzen des über Jahre gewachsenen Wortbildes und der damit verbundenen literarischen Kultur; die anderen erklären nachdrücklich, dass diese Gesellschaft auseinanderbrechen wird, wenn die Sprache sich nicht geschlechter-

neutral entwickeln wird, dass die Verhinderer des Genderwunsches letztlich rassistisch und unbelehrbar seien. Schwarz-Weiß-Denken statt einer bunten Diskussionswelt mit vielen Schattierungen.

Was mich ebenfalls überrascht, wenn nicht sogar stört, ist die immer wieder aufkommende Diskussion, dass bestimmte Gruppen sich zu diesem Thema nicht äußern dürfen. Männer dürfen (wenn sie nicht für das Gendern sind) erst einmal gar nix sagen und eine, wenn vorhandene Meinung, für sich behalten. „Typisch Mann“, ist da noch die netteste Qualifikation. Geht umgekehrt auch: Verfechter*innen, zu meist die Verfechterinnen, müssen sich gefallen lassen als Sprachemanzen ihren Kampf zu führen. Verlernen wir bei dieser Diskussion, die eine Gleichberechtigung fordert, dieselbe auf einem anderen Gebiet zu verlieren? Die Sprachverbote werden zu Denkverboten?

Wie ich das denn handhabe? Ich bin ein Freund dessen, bei der Rede einfach beide Gruppen anzusprechen. „Liebe Kolleginnen und Kollegen ...“ Ernsthafterweise habe ich da schon die Kritik erhalten, dass alleine die Reihung diskriminierend sei. Das lasse ich mal so stehen. Im Geschriebenen ist es mir ehrlicherweise egal. Ich kann mit „I“, mit „*“, mit Devis – da richte ich mich auch ein Stück weit nach dem Organ, für das ich schreibe. Ansonsten bin ich, und da schließt sich der Kreis, eher an den Inhalten der Äußerungen oder der Texte interessiert. Aber es tut mir als Mann definitiv nicht weh, wenn ich gendergerecht kommuniziere.



Michael Busch
ist Vorsitzende des Bayerischen
Journalisten-Verbands

Foto: Stefan Gregor

Eindrücke aus Kongo

Vor dem Tag der Pressefreiheit erzählt Judith Raupp von Medien zwischen Angst und Versagen

Angriffe auf Journalist*innen in Deutschland häufen sich. In der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen ist Deutschland erstmals aus der Spitzengruppe herausgefallen und von Rang elf auf Platz 13 abgestiegen. Auf die Situation in EU-Ländern wie Polen oder Ungarn schaut man hierzulande längst mit Sorge. Dass beim Blick auf die Reporter-ohne-Grenzen-Karte in Afrika große Teile des Kontinents rot leuchten, spielt in deutschen Medien indes nur sehr selten eine Rolle. Die Fachgruppe freie Journalist*innen ermöglichte Kolleg*innen nun einen Einblick in die Arbeitssituation einer Journalistin in einem afrikanischen Land: „Medien im Kongo – Zwischen Angst und Versagen“ hatte sie den Abend kurz vor dem Tag der Pressefreiheit (3. Mai) überschrieben.

BJV-Mitglied Judith Raupp schaltete sich aus Goma im Osten der Demokratischen Republik Kongo zu. Sie lebt dort seit inzwischen einem Jahrzehnt, bildet Radiojournalisten aus

und berichtet aus der Region unter anderem für die *Süddeutsche Zeitung* und die *Deutsche Welle*. Carl Wilhelm Macke, der mit Raupp seit Jahren in engem Kontakt steht, erzählte zudem über die Arbeit der Organisation „Journalisten helfen Journalisten“.

Gewalt, Einschüchterung, Verhaftungen

In der Rangliste der Reporter ohne Grenzen belegt die Demokratische Republik Kongo Platz 149 von 180. „In keinem anderen Land südlich der Sahara verzeichnet Reporter ohne Grenzen mehr Verletzungen der Pressefreiheit: Dazu gehören Gewalt, Einschüchterung, willkürliche Verhaftungen, Medienschlüssungen und Plünderungen. Angriffe auf Journalist*innen bleiben in der Regel ungestraft“, heißt es im aktuellen Länderbericht.

Raupp erzählte, wie ein Lied im Radio dazu führen kann, dass der Chefredakteur durchs Fenster fliehen muss, um einer Verhaftung zu

entgehen. Sie schilderte eindrücklich, wie gefährlich Kolleg*innen leben, die über Landbesitzfragen oder Korruption berichten. Viele tauchten eine Weile im Ausland unter, für manche werde es auch dort zu gefährlich. „Große internationale Sender kommen und machen tolle Storys“, erzählte Raupp. Dabei arbeiteten sie mit Einheimischen zusammen. Und gerade sie lebten anschließend extrem gefährlich. Die direkten Angriffe auf Journalist*innen betrachtet Raupp mit Blick auf eine freie Presse jedoch längst nicht als das größte Problem im Land. „Kein Radio bezahlt Gehalt, die Leute haben keine Verträge“, berichtete sie. Das mache Journalist*innen entsprechend anfällig für Korruption. Raupp nahm kein Blatt vor den Mund: „Journalisten wissen oft nicht mehr, was richtiger Journalismus ist.“ *Michaela Schneider*



Mehr im ausführlichen Artikel auf der BJV-Website: bjvlink.de/kongo

„Spannend, packend, bildhaft“

Die abp zeichnet das Multimedia-Stück „Wir können auch ohne Plastik“ aus

Die Journalistinnen Fenna Bleyl und Natalie Schermann erhalten für ihr Multimedia-Stück „Wir können auch ohne Plastik“ den Multimedia-Preis der Akademie der Bayerischen Presse (abp). Joshua Kocher wurde mit dem Reportagepreis für seinen Artikel „Besuch aus dem Jenseits“ ausgezeichnet. Die Beiträge entstanden während Fortbildungen der abp. Der BJV

ist neben dem Verband Bayerischer Zeitungsverleger (VBZV) und dem Verband der Zeitschriftenverlage in Bayern (VZB) einer der drei Träger der Akademie der Bayerischen Presse. Vergeben wurden die mit jeweils 1000 Euro dotierten und vom Freundeskreis der abp gestifteten Preise heuer für die Jahre 2020 und 2021. Im Vorjahr entfiel die Preisvergabe pan-

demiebedingt, nun hatte Akademiedirektor Robert Arsenschek mit seinem Team eine digitale Preisvergabe auf die Beine gestellt und dazu neben den Laudatoren und Gewinnern ZDF-Ikone Claus Kleber zum Live-Interview geladen.

Mehr dazu im Artikel von Michaela Schneider: bjvlink.de/abp-preise21

„Hinter den Schlagzeilen“ und „Writing with Fire“

Sehenswerte Dokumentarfilme über investigativen Journalismus waren jüngst beim DOK fest in München zu sehen. Die Filme der Preisträger*innen will das Filmfestivalteam im Herbst auch im Kino zeigen – und der Streifen „Hinter den Schlagzeilen“ des Dokumentarfilmers Daniel Sager soll unabhängig davon in Deutschland und Österreich auf der großen Leinwand laufen. Im Mittelpunkt stehen die Redakteure Frederik Obermaier und Bastian Obermayer und die Ibiza-Affäre. „Auch wenn der Film zwei Jahre auf 90 Minuten verdichtet und elektronische Musik mystische Stimmung

verbreitet, erzählt er doch ruhig, fast schon distanziert, wie sorgfältig das Rechercheteam vorgeht. Wie sie Informationen zusammensetzen, wie viele Gespräche sie führen, wie sie zweifeln und dann Belege suchen und prüfen – und am Ende noch gemeinsam mit dem Juristen diskutieren und das Gesetzbuch aus dem Regal ziehen“, schreibt Angelika Knop in ihrer Kritik auf der BJV-Website. Angesehen hat sie sich zudem die Dokumentation „Writing with Fire“ über die reine Frauenredaktion von Khabar Lahariya in Indien.

Mehr: bjv.de/schlagzeilen

Der Vorstand unterwegs

Das Thema Impfpriorisierung von Journalist*innen ist endlich abgeschlossen. Der Weg war nicht nur für den Vorstand lang und diskussionsreich. Viele Gespräche, noch mehr gewechselte schriftliche Worte. Zeitintensiv, aber letztlich positiv abgeschlossen. Wenn auch es im Anschluss (wenige) kritische Stimmen gab, die diese Priorisierung als völlig unnötig bezeichnen. Der Vorstand meint, dass man jenen, die außerhalb des Homeoffice oder der Redaktion arbeiten, eine gute Möglichkeit gegeben hat, letztlich selber zu entscheiden, ob man sich impfen lassen will oder nicht. *Michael Busch*

Journalisten nun doch mit Priorität geimpft

Seit Mai können Journalist*innen in Bayern die Corona-Schutzimpfung mit erhöhter Priorität erhalten. Der Freistaat ordnete Journalist*innen jetzt der Gruppe der Vertreter einer sogenannten kritischen Infrastruktur zu. Mitarbeitende solcher Einrichtungen seien von grundlegender Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen. Die Priorisierung betrifft alle Beschäftigten von Radio- und Fernsehanstalten sowie von Printmedien und Onlinemedien. Wer bereits bei einem Impfzentrum (*impfzentrum.bayern*) angemeldet ist und dies noch nicht getan hat, kann die Priorisierung dort von 4 auf 3 erhöhen. Der Bayerische Journalisten-Verband hatte dies bereits seit Dezember gefordert. Mit den Worten „Journalisten sind ebenso wenig priorisiert wie wir Politiker“ hatte Bayerns Medienminister Florian Herrmann eine priorisierte Impfung im vorigen *BJVreport* noch abgelehnt. „Die Vernunft setzt sich durch!“, kommentierte BJV-Vorsitzender Michael Busch die Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung dann bei Facebook. BJV-Geschäftsführer Dennis Amour sagte: „Nun ist der Begriff systemrelevant nicht nur daher gesagt, sondern wahrgenommen worden.“ Die Kolleginnen und Kollegen seien bei der aktuellen Berichterstattung eben einem erhöhten Risiko ausgesetzt.

Pressefoto Bayern startet erst im Juni in Nürnberg

Eigentlich sollte die Ausstellung Pressefoto Bayern ab dem 22. April im Museum für Industriekultur in Nürnberg gastieren. Doch wegen hoher Inzidenzzahlen in der Stadt blieben die Museen dort geschlossen. So musste auch die Eröffnung der Bilderschau verschoben werden. Die Museumsleitung plant nun, die besten 80 Pressefotos des abgelaufenen Jahres ab voraussichtlich 11. Juni im Galerieraum des Museums zu zeigen. Die Ausstellung soll dann bis Mitte August in Nürnberg zu sehen sein. Ob sich das so realisieren lässt, hängt aber weiterhin von der aktuellen Entwicklung der Infektionszahlen ab. Infos zu Öffnungszeiten und aktuellen Corona-Auflagen unter *museen.nuernberg.de* (*mg*)

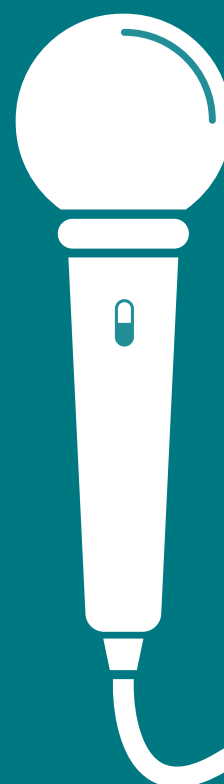
BJV-Verbandstag auf Herbst geschoben

Die Mitgliederversammlung des Bayerischen Journalisten-Verbands wird mit Blick auf die Unwägbarkeiten in der derzeitigen Pandemiesituation nun doch auf Herbst (Ende September oder Anfang Oktober) verschoben. BJV-Vorsitzender Michael Busch spricht von einer Hybridveranstaltung. Das heißt: Stattfinden soll eine ein- oder zweitägige Präsenzsitzung mit gleichzeitiger Möglichkeit zur digitalen Teilnahme. Sollte eine Präsenzveranstaltung am beschlossenen Termin pandemiebedingt doch nicht möglich sein, ist eine rein digitale Mitgliederversammlung geplant, wie sie etwa auch der Landesverband Nordrhein-Westfalen inzwischen inklusive Wahlen über die Bühne gebracht hat. Der Ort und ein genauer Termin stehen noch nicht fest. (*mic*)

ANZEIGE

DREHMOMENT. DER PODCAST

Hören Sie mal rein unter:
www.drehscheibe.org/podcast.html



Aus Lokalredaktionen für Lokalredaktionen

Wie sie leben, wie sie arbeiten – der *BJVreport* besucht prominente Mitglieder in ihrem Büro. Unter bjv.de/officestory finden Sie alle bisher veröffentlichten Officestories

„Wir sind nicht der Balkan, wir sind Mitteleuropa“

Seit Oktober ist Nikolaus Neumaier als *ARD*-Chefkorrespondent fürs Fernsehen in Wien zuständig für zwölf Länder. Der Druck auf Medien ist groß. Die Themenvielfalt auch.

Von Daniel Hinz



Im Fernsehstudio der *ARD* in Wien verbringt Nikolaus Neumaier viel Zeit. Reine Schreibtischarbeit ist das aber nicht. Für Geschichten in Südosteuropa – sei es Nordmazedonien, Slowenien oder Rumänien – ist er dann auch mal drei Tage oder länger unterwegs. Foto: Karin Straka

Recherche über die Mafia. Terroranschlag in Wien. Und jetzt auch noch persönliche Angriffe auf ihn. Die meisten würden bei so einem Start schlucken. Eine Schonfrist? „Sowas brauche ich nicht.“ Nikolaus Neumaier sieht das ganz gelassen. Seit Oktober 2020 ist er nun *ARD*-Chefkorrespondent fürs Fernsehen in Wien.

In den Tagen vor dem Interview ist Neumaier äußerst schwer zu erreichen. Zuvor wurde er diffamiert, beleidigt und persönlich beschimpft. Als „Der Stürmer“ und „Prawda-Journalist“. Dabei ist er weder kommunistisch noch nazistisch. (Neumaier ist einfach nur katholisch.) Angegriffen hatte ihn der slowenische Ministerpräsident Janez Janša und seine Entourage auf Twitter. „Das endet auch wieder“, sagt Neumaier. Mit ihm sitzt ein ganz erfahrener, professioneller Journalist – wie man sich einen Auslandskorrespondenten im Idealtypus vorstellt – vor der Videoplattform Zoom im Home Office in Wien: hartgesotten, überlegt,

durchsetzungsstark. Er ist zuständig mit seinem fast fünfzehnköpfigen Team für die Berichterstattung über Österreich und Südosteuropa. Für zwölf Länder mit mehr als 65 Millionen Einwohnern.

„Ich finde Hörfunk sehr faszinierend, weil es bis heute ein extrem schnelles Medium ist.“

Nikolaus Neumaier

Über 30 Jahre ist Neumaier nun beim *BR*. Über 30 Jahre Erfahrung sammelte er auch mit schwierigen, teils populistischen Politiker*innen in Berlin und München in der Politikberichterstattung. Jetzt also in Mitteleuropa und der Balkanregion. Neumaier will die Janša-Situation nicht erneut anheizen und gibt sich gelassen. „Wir haben journalistisch sauber gearbeitet, sein Regierungs-

sprecher ist ja sogar im kritisierten Beitrag zu Wort gekommen.“ Ok. Abgehakt. Neumaier weiß, welche Kämpfe er auf sich nimmt und welche er besser bleiben lässt. Ab 1. Juli wird Janša die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen.

Neumaier sagt von sich selbst, dass er kein ausgebildeter Balkanexperte sei. Er sucht die Herausforderung, blickt dafür „über den Tellerrand“ und ergreift die Gelegenheit, auch über neue Themen aus dieser vielfältigen Region zu berichten. „Wir stellen hier in Wien fest, dass manchmal so ein Bild der Balkanstaaten entstanden ist, dass es nur noch um Korruption, Mord, Totschlag und gescheiterte Staaten geht: Dieses Bild wollen wir nicht bedienen.“ Es gebe auch andere Entwicklungen. Naturparks, wirtschaftlichen Aufschwung, Bekämpfung von Kriminalität. Spannende Geschichten, die andere Seiten zeigten.

Und der Beruf als Korrespondent? Ist sein Traumjob, ja. Der gebürtige Straubinger möchte

aber keine Legendenbildung betreiben: „Ich habe mit 15 oder 16 in der Schülerzeitung angefangen zu schreiben, aber es wäre zu hoch gegriffen, wenn ich behaupten würde, ich hätte es damals schon gewusst.“ Nach seinem Zivildienst und einem Überbrückungssemester Geschichte und Politikwissenschaft in München ging Neumeier fürs Journalistik-Studium nach Eichstätt. Er lernte dort praktischen Journalismus – sie agierten dort de facto als Lehrredaktion „mit wahnsinnigen Möglichkeiten“, etwa mit einem eigenen Fernsehstudio.

Gegen Ende des Studiums arbeitete Neumaier bereits als freier Mitarbeiter für den BR, in der Wirtschaftsredaktion und für die „Korrespondenten in Bayern“, einer Art bayerischen Nachrichtenagentur, die es heute nicht mehr gibt. In der Nacht des Mauerfalls arbeitete er an den letzten Sätzen seiner Diplomarbeit. In dieser politischen Umbruchszeit expandierte der *Bayerische Rundfunk*. Wie Neumaier trieb es mehrere Klassenkolleg*innen zum BR, andere gingen zum *Spiegel*, zum ZDF – Auslandskorrespondent in Peking und Tokio Uwe Röllig etwa. Die meisten sind bis heute Journalist*innen, viele beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der Kontakt hält an.

Kurze Zeit später dann das Angebot vom BR: Herr Neumaier, möchten Sie als Korrespondent nach Oberfranken gehen, nach Hof? Sommer 1990. Neumaier sah dies als Chance, aus Hof, Bayreuth, Thüringen, Sachsen und aus Tschechien zu berichten. Um Themen musste er oft kämpfen. Ob er dachte, dort zwölf Jahre zu bleiben? „Sicherlich nicht.“ Nach acht, neun Jahren wollte er etwas Neues. „Es war trotzdem sehr schön. Unsere Tochter ist da geboren.“ Unvergesslich für ihn bleiben auch die Internationalen Hofer Filmtage und die Bayreuther Festspiele.



Eine Schonfrist bekam Nikolaus Neumaier beim Amtsantritt nicht. Foto: Karin Straka

Warum ich im BJV bin

„Die Entscheidung war relativ schnell klar und bewusst getroffen. Ich wollte nicht zu einem Verband, bei dem Journalisten nur eine Sparte von vielen sind. Der BJV ist von Journalisten für Journalisten. Und ich finde es wichtig, gerade für Kollegen, die nicht in so einer privilegierten Situation sind wie ich, dass man – selbst wenn es nur eine Frage ist – beim BJV anrufen kann und dort Unterstützung erfährt. Deshalb finde ich es richtig und bin natürlich solidarisch und bleibe dem BJV treu.“

Mit dem Wechsel nach Berlin ins Hauptstadtstudio, 2002, wurde plötzlich jedes Thema relevant. „Theoretisch wollen 60 Hörfunk-Redaktionen etwas von einem“, erinnert sich Neumaier. Fünf Jahre Bundestag, Ausschüsse, Plenarsitzungen. „Die Nachrichtenquelle direkt vor der Nase“, sagt er. Im Laufe der Jahre hätte er sich dabei die Kompetenzen angeeignet, politische Vorgänge einzuordnen. Gerade wenn er an den Machtkampf zwischen Söder und Laschet denkt: „Es macht wahnsinnig Spaß, sowas journalistisch zu begleiten“, findet Neumaier. In seiner Stimme klingt Euphorie an. Auf die fünf Jahre Berlin folgte ein kurzes Zwischenspiel in Nürnberg, daraufhin leitete er elf Jahre lang die Landespolitik-Redaktion in München. Ende 2020 zog es ihn nun ins Auslandsstudio nach Wien. Und das hat eine völlig andere Dimension, über Deutschland hinaus.

Bombenanschläge, Brandanschläge und Schüsse auf Redaktionsgebäude. Drohungen gegen und Schüsse auf Journalist*innen: Diese Ausuferungen in Montenegro zeigen im extremen Ausmaß, wie schlecht es um die Pressefreiheit in Südosteuropa steht. „Das eine ist Systematik. In Ungarn etwa werden Medien zentralisiert, das sieht man etwa bei der juristisch fragwürdigen Sendelizenz-Entziehung von Klubrádió. Die Fidesz-Partei von Viktor Orbán versucht, aktiv Einfluss zu nehmen“, erklärt Neumaier. Auch in Bulgarien oder Rumänien werden Medien angegriffen. Diskreditierung, Nichtbeachtung und die „Keule“ des nationalen Interesses. Ihr, die Medien, gerade die öffentlich-rechtlichen, müsst als ungarische Medien im Sinne Ungarns berichten. Wer das nicht tue, begehe Verrat. Das sind die Kaliber, mit denen geschossen wird.

Das andere wäre der indirekte Einfluss über Medienkonzerne, die im Interesse der Regierung Druck ausüben und die wenigen unabhängigen

journalistischen Plattformen angreifen. Die ARD als ausländisches Medium sei nicht so stark von den Repressalien betroffen. Aber auch Neumaier und sein Team spüren den Druck. Entweder die amtlichen Pressestellen reagieren überhaupt nicht. Oder nach dem Motto: „Morgen können sie kommen oder gar nicht.“ Diese Masche ziehe sich durch die südosteuropäischen Ämter. Auch viele Menschen dort wären weniger bereit, mit Journalist*innen zu reden. Wegen Druck aus der Gesellschaft, was könnten die Nachbar*innen sagen, vermutet Neumaier. Auf der anderen Seite gibt es gerade die, die reden wollen. In Slowenien hat er das so erlebt. Er traf auf Menschen, die sagen, die Richtung, in die das Land geht, gefällt uns nicht.

Es müsse über Katastrophen, Einschränkung der Pressefreiheit genauso wie über Initiativen und positive Entwicklungen berichtet werden. „Die Menschen spüren einen Frust. In Slowenien und Ungarn sagen viele: Wir sind nicht der Balkan, wir sind Mitteleuropa. Ich glaube, die Menschen haben eine enge Beziehung zu ihrer Nation, zu der Natur und auch zu Europa.“ Diese Seite zu zeigen, sei für ihn genauso wichtig. Man fühlt Neumaiers Empathie für Region und Menschen.

Kunst als Protestform

Wie in vielen Bewegungen ist die Kunst ein zentraler Bestandteil des Protests in Südosteuropa. Neumaier erzählt vom serbischen Künstler Nikola Macura, der aus Militärschrott wie Raketenwerfern Instrumente baut. Ein ernster Hintergrund in der kriegsgeplagten Region. Gleichzeitig wird eine Botschaft transportiert: Neuanfang. Zusammenfinden. Musik statt Krieg. Andere positive Beispiele zeigen sich auch in den Recherchen zur Holzmafia in Rumänien, wo es jahrelang nicht voran ging, jetzt aber gegen den illegalen Holzeinschlag ermittelt werde. In dieser Aufgabe, die Balance zwischen Politik und Menschen abzubilden, sieht Neumaier sich als Südosteuropa-Korrespondent.

Die Frage danach, wo es ihn als Korrespondent noch hintreiben könnte, stellt sich Neumaier deshalb aktuell überhaupt nicht. „Ich bin sehr zufrieden in Wien und möchte das hier weiterhin gut machen.“ Er will Themen anpacken. Südosteuropa kennenlernen. Mit noch mehr Menschen in Kontakt treten.



Der Autor
Daniel Hinz (@danielhinz) ist Journalist in Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule in München. Vom BJV erhält er ein Stipendium. Er schreibt frei, unter anderem für die FAZ. Foto: David-Pierce Brill

Die Münchner Abendzeitung trägt die rote Laterne

Aktion Fotografen haben Namen 2021: Jeder zweite Fotovermerk ist falsch

Von Maria Goblirsch

Zum zweiten Mal fand die Aktion „Fotografen haben Namen“ im April unter den Auflagen der Corona-Pandemie statt. Wir fragten unter anderem: Wie spiegeln sich Kurzarbeit in den Redaktionen und der Ausfall vieler Sport- oder Kulturveranstaltungen in den Tageszeitungen? Sind weniger oder mehr Fotos im Blatt, wie häufig werden von außen zugeliessene Bilder anstelle der Fotos eigener Mitarbeiter*innen veröffentlicht?

Der BJV checkte im Rahmen der DJV-Aktion über 2000 Fotos in 24 bayerischen Tageszeitungen darauf, ob die in der Ausgabe vom 23. April 2021 veröffentlichten Bilder mit einem korrekten Fotovermerk versehen waren, und stellte eine Rangliste auf (siehe Tabelle). Auf den Strichlisten notierten die Zähler auch, wie viele Agentur- und Symbolfotos und von Pressestellen oder Institutionen wie Feuerwehr oder Polizei gelieferte Aufnahmen veröffentlicht wurden. Fazit: Die Zahl der insgesamt erschienenen 2140 Fotos entsprach 2021 der aus dem Vorjahr (2421). Unterschiede ergaben sich, nach oben und unten, bei einzelnen Blättern.

„Negativ fällt im zweiten Corona-Jahr auf, dass die Zahl der PR-Fotos zunahm. Also Bilder mit Vermerken wie ‚Brauerer‘, ‚Stadt xy‘, ‚Bauamt‘, ‚Tiergarten‘ oder den Namen von Unternehmen“, sagt Thomas Geiger, Vorsitzender der Fachgruppe Bildjournalisten im BJV.

Er hält es für fraglich, ob sich dieser Trend nach dem Ende der Corona-Pandemie ändern wird. Wer erst einmal gewohnt sei, Bilder kostenlos und ohne Aufwand von Kommunen und Institutionen geliefert zu bekommen, werde das gern beibehalten.

Deutlich mehr Stockfotos

Für bedenklich hält Geiger auch, dass sich in der Ausgabe vom 23. April deutlich mehr Stockfotos finden. Das sind unter anderem Symbolfotos aus Datenbanken wie zum Beispiel Adobe-Stock, oder Colourbox, die nach Einschätzung des Fachgruppenchefs nicht journalistisch arbeiten. Aber zum Teil auch von imago. Bei dieser Agentur habe sogar die Bayerische Staatskanzlei einen eigenen Kanal, „das läuft dann als Journalismus“ kritisiert Thomas Geiger. Und selbst die dpa versende immer mehr „Handouts“ von Unterneh-



Der BJV checkte im Rahmen der DJV-Aktion „Fotografen haben Namen“ über 2000 Fotos in 24 bayerischen Tageszeitungen.

Foto: Thomas Geiger

men, also PR-Fotos, im Blatt dann oft nur mit dem Vermerk „Foto: dpa“.

Auch solche Bilder müssen zusätzlich den Namen des Fotografen oder der Fotografin tragen, also beispielsweise: Foto: „dpa, Anton Meier“. Sonst ist der Bildvermerk nicht korrekt. (Ausnahme: Der Fotografierende verzichtet ausdrücklich oder möchte nicht, dass sein Name genannt wird). In Paragraph 13 Urheberrechtsgesetz heißt es: „Der Urheber hat das Recht auf Anerkennung seiner Urhebererschaft am Werk.“ Dieses Recht darf auch nicht durch Allgemeine Geschäftsbedingungen oder individuelle Verträge mit den Fotograf*innen abgeändert werden.

Bildjournalist*innen, deren Foto ohne ihren Namen veröffentlicht wurde, müssen sich das nicht bieten lassen. Sie können nach der Rechtsprechung Schadenersatz in Höhe von 100 Prozent des für die jeweilige Nutzung angemessenen Honorars verlangen. Das scheint bisher nur wenige Redaktionen abzuschrecken. Werden die eigenen Fotograf*innen im regionalen Sport- oder im Lokalteil noch häufig genannt, sucht man in Politik, Buntem oder im Feuilleton oft vergeblich nach Namen. Auch Namenskürzel, die erfreulicherweise nur noch selten vorkommen, sind nicht korrekt (auch hier die Ausnahme: Der Fotograf hat das ausdrücklich mit der Redaktion vereinbart). Nach den Vorgaben des DJV gelten

auch Sammelvermerke unter Bilderstrecken als falsch, wenn die dort aufgeführten Namen den jeweiligen Fotos nicht eindeutig zuzuordnen sind.

Jeder zweite Urhebervermerk in den 24 Tageszeitungen ist im Schnitt fehlerhaft, ergab der Bildercheck des BJV. Zwar haben einige wenige Blätter den Sprung nach oben geschafft, beim Gros aber hat sich heuer im Vergleich zu den Vorjahren nichts geändert

Die Main-Post schafft es auf Platz 1

Auf Platz 1 schaffte es die Würzburger *Main-Post*, die 2020 noch den siebten Platz (66,2 % Richtige) belegt hatte. 74 von 85 Fotos in der Ausgabe vom 23. April trugen korrekte Vermerke (87,1 Prozent). Dabei hätte die Zeitung noch besser abgeschnitten, wenn sie auch bei den „Köpfchen“ ihrer Autoren den jeweiligen Fotografen genannt hätte (wofür noch eine technische Umsetzung gesucht wird).

Ivo Knahn, stellvertretender Chefredakteur der *Main-Post*, betonte gegenüber dem *BJVreport*, wie wichtig es sei, alle Beteiligten für das Thema zu sensibilisieren, aber auch Technik und Workflows bereitzustellen, die Fehler ausschließen oder zu entdecken helfen. Die korrekte Umsetzung müsse anfangs nachgehalten und eingefordert werden. „Vor allem aber muss das gesamte Team verstehen,

was Fotografie und Metadaten wert sind“, sagt Knahn.

Bei der *Main-Post* fotografieren nahezu alle festen und freien Mitarbeiter auch selbst. Das engere Fototeam besteht aus einem festangestellten und elf freien Fotograf*innen, die Tagesdienste und Einzelthemen im gesamten Verbreitungsgebiet übernehmen (sechs der Freien fotografieren hauptberuflich). Das spiegelt sich auch im Blatt wider: Nur 28 der 85 am 23. April veröffentlichten Bilder stammen von Agenturen, drei von Pressestellen. Beachtlich ist auch das Abschneiden der *Landshuter Zeitung*, die es mit 75,6 Prozent Richtigen auf Platz vier schaffte. Im Jahr zuvor war die von Martin Balle verlegte Zeitung noch auf Platz 13 gelandet. Um einen Rang von drei auf zwei verbesserte sich das

Schwesternblatt aus Straubing (79,8 Prozent Richtige). Das *Straubinger Tagblatt* war 2019 noch Vorletzter gewesen.

Die rote Laterne am Ende der Tabelle hat sich 2021 die Münchner *Abendzeitung* (AZ) verdient, 119 von insgesamt 137 Fotovermerken waren fehlerhaft (13,1 Prozent Richtige). Bereits 2020 galt das Boulevardblatt mit Platz 21 als stark abstiegsgefährdet. Ganze drei Bilder stammten in der Ausgabe vom 23. April von einzelnen Fotografen, 52 von Agenturen, 18 kamen aus Pressestellen. Allein in der Rubrik „Leute“ waren 15 Fotos falsch untertitelt. Legt die Chefredaktion der AZ keinen Wert auf die Nennung der Fotografen? Und wie erklärt es sich, dass die Schwesterblätter aus der Medien-gruppe Attenkofer (Verleger: Martin Balle) sich

an der Spitze der Tabelle bewegen? Zu diesen Fragen des *BJVreport* wollte AZ-Chefredakteur Michael Schilling nicht Stellung nehmen.

Schlusslichter in der Tabelle sind 2021 die Boulevardblätter *BILD München* und *BILD Nürnberg*, bei denen nur rund jedes vierte veröffentlichte Foto einen korrekten Fotovermerk trug. Auch die von Dirk Ippen verlegte *tz München* (von 140 Fotovermarken waren 100 falsch) tummelt sich im Tabellenkeller. Hier ist noch viel Luft nach oben.

Die bayerischen Ergebnisse fließen in die bundesweite Wertung des DJV ein. Hier dürfte die Würzburger *Main-Post* mit fast 90 Prozent richtigen Angaben gute Chancen haben, einen der ersten Plätze zu belegen. Der DJV will sein Ranking im Juni veröffentlichen.

Sieger und Verlierer im BJV-Check „Fotografen haben Namen“ 2021

Name der Zeitung	Fotos gesamt	richtige Nennung	falsche Nennung	Richtige 2021 in %	Richtige 2020 in %	Rang 2020
1 Main-Post	85	74	11	87,1	66,2	7
2 Straubinger Tagblatt	84	67	17	79,8	72,7	3
3 Main-Echo	67	52	15	77,6	58,4	8
4 Landshuter Zeitung	78	59	19	75,6	45,6	13
5 Nürnberger Zeitung	68	48	20	70,6	72,7	2
6 Fränkische Landeszeitung	76	52	24	68,4	76,49	1
7 Mittelbayerische Zeitung	74	49	25	66,2	57,6	10
8 Donaukurier	94	62	32	66,0	70,4	5
9 Nürnberger Nachrichten	70	46	24	65,7	70,8	4
10 Passauer Neue Presse	77	45	32	58,4	65,3	9
11 Neue Presse Coburg	66	38	28	57,6	42,1	15
11 Münchner Merkur	66	38	28	57,6	20,3	23
13 Frankenpost	60	33	27	55,0	63,8	19
14 Der Neue Tag Weiden	82	45	37	54,9	43,8	14
15 Süddeutsche Zeitung	110	60	50	54,5	50,0	12
16 Fränkischer Tag	66	36	30	54,5	41,1	16
17 Nordbayerischer Kurier	76	40	36	52,6	52,9	11
18 Allgäuer Zeitung	115	53	62	46,1	69,2	6
19 Oberbayerisches Volksblatt	124	53	71	42,7	19,6	24
20 Augsburgener Allgemeine	94	35	59	37,2	35,4	18
21 TZ	140	40	100	28,6	39,6	17
22 Bild München	124	32	92	25,8	33,6	20
23 Bild Nürnberg	107	27	80	25,2	26,7	22
24 Abendzeitung	137	18	119	13,1	31,6	21

Jeweils Stichprobe von Freitag, 23. April 2021. Bewertet wurden nur Vollredaktionen.

Der Volkstribun mit Rechtsdrall

Die Ära Franz Schönhuber hat den Verband belebt – aber auch zerrissen

Von Alois Knoller

Er kam gewissermaßen aus dem Nichts. Franz Schönhuber hatte zuvor kein Amt im BJV bekleidet – weder im Vorstand noch in den Fachgruppen. Trotzdem setzte er sich mit überragender Mehrheit als Nachfolger des legendären BJV-Vorsitzenden Dr. Ernst Müller-Meinigen jr. gegen zwei Mitbewerber auf der 25. Mitgliederversammlung am 5. Juni 1971 durch. 213 stimmberechtigte Mitglieder waren ins Münchner Künstlerhaus gekommen, davon gaben 116 ihre Stimme für Schönhuber. Auf Rudolf Mühlfnzl entfielen 57, auf Fritz Meurer 27 Stimmen.

Mit einer feurigen programmatischen Rede hatte sich der damals 48-jährige Kolumnist der Münchner *Abendzeitung* – als Chefredakteur des Konkurrenzblatts *tz* hielt sich Schönhuber nur von November 1969 bis Ostern 1970 – vorgestellt. Das Protokoll nennt fünf Kernaussagen: 1. Er sei für eine stärkere Aktivierung des Kampfgedankens im Verband. 2. Seine besondere Sorge gelte den freien Journalisten. 3. Er sage unbedingt ja zum Redaktionsstatut. 4. Er fordere eine kritische Distanz zu den Verlegern. 5. Er bekenne sich zur Unruhe im Journalismus. Damit deckte Schönhuber die beiden Pole ab, zwischen denen er sich in den frühen 70er Jahren einordnete. Just zu dieser Zeit häutete er sich vom Juso-nahen Linken zum engen Freund von CSU-Chef Franz Josef Strauß.

Im BJV profilierte sich Franz Schönhuber zunächst als ein klarer Gegner einer zur Debatte stehenden Verbandsfusion mit der IG Druck und Papier. „Wir wollen aus dem hierarchischen Druck der Verleger nicht hineingleiten in eine Abhängigkeit von Gewerkschaftssekretären“, betonte der Vorsitzende bei der Mitgliederversammlung am 3. Juni 1972 in Passau. Ebenso klar grenzte sich der BJV gegen den Einfluss von verlegerisch tätigen Mitgliedern ab. Wenn sie als Arbeitgeber handeln, sollte ihre Mitgliedschaft ruhen. Voran schritt unter Schönhubers Führung die innere Belebung des Verbands. Vier neue Bezirksverbände entstanden, der Informationsfluss zwischen Vorstand und Basis wurde stetiger und 1974 rief Lothar G. Lampertstorfer den *BJVreport* als Mitteilungsblatt ins Leben.



BJV-Geschäftsführerin Frauke Ancker und Vorsitzender Franz Schönhuber.

Foto: Maria Penz

Mit einer einzigen Stimmenthaltung wurde Schönhuber am 26. Mai 1973 in Nürnberg in offener Wahl bestätigt. Man hielt ihm die „ungewöhnlich freimütige Aussprache“ zu Rundfunkpolitik, Pressegesetz und Privatfunk zugute. Eifrig bereiste der Vorsitzende die Provinz und bescheinigte denen, die an den Reisen herummäkelten, hier würden „konstruktive Beiträge zur Verbandsarbeit“ geleistet. Aus der TV-Sendung „Jetzt red i“ hatte er sich als wortgewaltiger Volkstribun profiliert. Freilich schien Schönhuber, der im *Bayerischen Rundfunk* einen sagenhaften Aufstieg nahm, im Verband mit der Zeit dünnhäutig geworden zu sein. *BR*-Kollege Georg Wulffius sah sich bei der Mitgliederversammlung 1974 genötigt, sich gegen den Vorwurf zu wehren, er kritisiere den Vorsitzenden in fast bössartiger Form („so wünsche er sich einen souveränen Vorsitzenden, der nicht hinter jeder Ecke Gespenster sehe“, zitiert ihn das Protokoll). Bei den Wahlen setzte sich Schönhuber gleichwohl mit 150 von 230 Stimmen als Vorsitzender durch; Konkurrent Max-Hermann Bloch erhielt 72 Stimmen.

Als Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit stieg Franz Schönhuber beim *BR* ein, protegiert von Intendant Reinhold Vöth. Dieser drückte im Februar 1975 auch durch, dass Schönhuber Hauptabteilungsleiter im neu geschaffenen Programmbereich Bayern-Information wurde. Er kam gut an: „Nicht nur dass er politisch mit ihm sicher nicht einig gehende Redakteur*innen zur Mitarbeit anwarb und einigen seiner freien Mitar-

beiter*innen recht flott den Redakteursstatus besorgt: Der Journalist Schönhuber erwies sich, nach nahezu übereinstimmender Auskunft seiner Mitarbeiter*innen als idealer Chef. Diskussionen aufgeschlossen, freudig, anderen Meinungen zugänglich und entscheidungsfreudig“, schrieb Ludwig M. Tränkner in der *tz* vom 24. April 1976. Er traute Schönhuber einen weiteren Aufstieg bis zum Posten des Chefredakteurs zu. Tatsächlich wurde er noch stellvertretender Chefredakteur.

Schlagartig zu Ende ging seine journalistische Karriere, als im November 1981 sein Buch „Ich war dabei“ erschien, worin Schönhuber seine Zeit bei der Waffen-SS verherrlichte. Der BJV-Vorstand forderte ihn schon am 24. November auf, den Ehrenvorsitz umgehend niederzulegen. Weil Franz Schönhuber dem nicht nachkam, wählte ihn die Mitgliederversammlung am 13. März 1982 ab. Die CSU distanzierte sich von ihrem einstigen Günstling, im April 1982 wurde er vom *Bayerischen Rundfunk* entlassen. Er selbst verlegte sich aufs politische Gebiet und gründete im November 1983 die rechte Protestpartei „Die Republikaner“.

Ansehnliches Vermögen verloren

Im BJV hatte Schönhubers Ansehen bereits früher gelitten. Auf der Mitgliederversammlung am 22. März 1975 in Augsburg griffen ihn einzelne Mitglieder persönlich an und der neue Schatzmeister Horst Beloch forderte einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer zur Bestandsaufnahme der prekären Finanzen. Der Verband aber stellte sich noch hinter ihn. Aufgrund der Misswirtschaft von Geschäftsführer Hans Badewitz war der Verband pleite. Beloch legte auf der Mitgliederversammlung am 27. März 1976 in Bayreuth einen Etat mit einem Defizit von 28.000 DM vor. Das ansehnliche Vermögen war verloren. Beloch beendete die kostspielige „Phase IBM“ zur Modernisierung der Verwaltung mit einer Restschuld von 8.386 DM. Badewitz verzichtete auf sämtliche Funktionen im Vorstand. Schönhuber kündigte an, 1977 nicht wieder als Vorsitzender zu kandidieren. Er starb am 27. November 2005 in München

Leserbrief

Der BJV hatte sich für eine Priorisierung der Presse bei der Impfreihenfolge eingesetzt. Darüber berichteten wir im *BJVreport* 02/2021 und wollten wissen, wie unsere Mitglieder zu dem Thema stehen: Sollten Journalist*innen als Teil der kritischen Infrastruktur früher geimpft werden? Ein Leserbrief zum Thema erreichte die Redaktion.

Ich halte von dieser Initiative des BJV nichts, wengleich Bayern eingeknickt ist und tatsächlich der Priorisierung von Journalisten zugestimmt hat. Als ich den Artikel gelesen habe, war diese Initiative meines Verbandes mir etwas peinlich. In den ersten Monaten 2021 durfte ich regelmäßig über Impf-Vordränger berichten. Ich finde, wir müssen nicht auch noch drängeln.

Das monatelange Impf-Desaster in der Bundesrepublik hatte verschiedene Gründe. Neben den Versäumnissen der Regierenden in Berlin und Brüssel, rechtzeitig ausreichend Impfstoffe zu ordern, ist die lahme Impfkampagne auch wesentlich auf eine ausufernde Bürokratie zurückzuführen – angeführt von einer fragwürdigen Prioritätenliste. Statt sich auf die wirklich relevanten und

gefährdeten Gruppen zu konzentrieren – Alte, Kranke, Pfleger in Kliniken und Heimen – meinen die Deutschen, auch beispielsweise Steuerberater als besonders wichtig einordnen und ein sechsstufiges Bürokratiemonster namens „Stufenplan der STIKO zur Priorisierung der COVID-19-Impfung“ schaffen zu müssen. Mit dem Ergebnis, dass ein 78 Jahre alter Krebspatient auf seine Impfung warten musste, während kerngesunde 20-Jährige mitunter extrem früh ihre Spritze bekamen – solange sie gelegentlich mit der Freiwilligen Feuerwehr im Einsatz sind. Muss man das plausibel finden? Auch die inhaltlichen Argumente für eine Priorisierung von Journalisten überzeugen nicht. Natürlich gibt es einige Kollegen, die immer noch viel draußen sind und auf

Terminen Kontakte haben. Ebenso gibt es andererseits Kollegen, die praktisch während der gesamten Pandemie nur im Home-Office arbeiten und wohl ein weit unterdurchschnittliches Infektionsrisiko haben. Zusammenfassend ist jedenfalls nicht erkennbar, dass Journalisten besonders stark gefährdet sind – für jeden Supermarktmitarbeiter dürfte das Risiko höher sein (weswegen diese zuerst geimpft werden sollten).

Mit dem oft bemüßigten Argument, die Presse sei besonders systemrelevant, will ich mich gar nicht beschäftigen. Für mich ist jeder Mensch systemrelevant. Wir Journalisten tun gut daran, uns nicht wichtiger zu nehmen, als wir sind – und uns einfach in der Schlange einzureihen.

Ulf Vogler, Neusäß

Anzeige



Weil sich Krisen *nicht* im Kalender ankündigen.

Als Vorsorgespezialist für die Medienbranche kennen wir uns mit Krisenzeiten und den Besonderheiten der Branche aus. Jetzt mit der passgenauen Altersvorsorge der Presse-Versorgung schon heute für die Absicherung im Alter planen. Mehr unter: presse-versorgung.de

„Algorithmen sind menschengemachtes Produkt“

Um „Medien im digitalen Zeitalter“ ging es bei einer Tagung von apb und BJV

Von Michaela Schneider

„Klicks vor Qualität? Medien im digitalen Zeitalter“ hatten die Akademie für Politische Bildung (apb) in Tutzing und der Bayerische Journalisten-Verband eine gemeinsame digitale Tagung mit sechs Panels überschrieben.

Über die Keynote von Professorin Alexandra Borchart „Print gewinnt“ – Erstaunliche Erkenntnisse zum digitalen Journalismus“ und das Podium „Ja wir wollen möglichst viele Klicks“ mit Thomas Kaspar, Chefredakteur

der *Frankfurter Rundschau*, sowie Marvin Schade, Co-Gründer *Medieninsider*, berichteten wir auf der BJV-Website unter bjv.de/klicks21. Darum ging es sonst noch:

Was macht Medienqualität aus?

„Sprechen wir über Qualität im Journalismus, müssen wir mit anschauen: Was passiert drumherum?“, sagte Dr. Julia Serong, Institut für Kommunikationswissenschaft an der LMU München. Sie beobachtet eine Entgrenzung in verschiedenen Bereichen: Öffentlichkeit und Privatheit sind heute weniger klar getrennt; oft sei die Meinung schon vor der Information da; die Trennlinien zwischen Journalismus und eine massiv professionalisierte Öffentlichkeitsarbeit seien oft nicht mehr klar erkennbar – und auch die Grenzen zu Werbung, Unterhaltung und Propaganda verschwimmen. Serong sprach von politischen Akteuren, die in öffentliche Felder eindringen und Journalismus simulieren. Die Kommunikationswissenschaftlerin lieferte eine umfassende Analyse, die zeigte, dass unterschiedliche Akteure Medienqualität auch entsprechend unterschiedlich definieren. Auch stellte sie die Frage in den Raum, warum die Zahlungsbereitschaft für digitale journalistische Angebote eher gering sei. Serong sieht hier ein Qualitätsdilemma. „Medienangebote sind Vertrauensgüter“, sagte sie. Erst im Nachhinein sei klar, ob ein Beitrag auch wirklich gut recherchiert und umgesetzt sei. „Vertrauen muss bei jeder neuen Interaktion hergestellt werden. (...) Das Vertrauen des Publikums in den Journalismus ist von entscheidender Bedeutung“, betonte sie.

Google sei mit uns

Mit dem „News Showcase“ testet Google ein Angebot für Presseverlage, ihre Texte zu vermarkten. Eine Milliarde Euro sollen in den kommenden drei Jahren weltweit in das Projekt fließen. Und das ist längst nicht die einzige Medienförderung des Megakonzerne (siehe auch Seite 11). Was aber bedeuten Kooperationen wie diese für den Journalismus? Dies diskutierte *taz*-Geschäftsführerin Aline Lüllmann mit den *netzpolitik.org*-Journalisten Alexander Fanta und Ingo Dachwitz, die sich in einer Studie kritisch mit Googles Medienförderungen auseinandergesetzt hatten, noch ehe der „News Showcase“ startete. Thomas Mrazek, Vorsitzender der Fachgruppe Online, moderierte die Runde. Weil in Verlagen wohl das Geld für Innovationen fehlte, seien diese froh gewesen um die Googleförderungen, sagte Dachwitz. Eine Einflussnahme durch den Konzern konnten die Autoren der Studie nicht feststellen. Aber: „Einige Journalisten warnen vor einer korrumpierenden Nähe“, so Dachwitz. Bei der *taz*, die schon zuvor Google-Förderungen nutzte und sich auch jetzt am „News Showcase“ beteiligt, war die Angst vor Abhängigkeiten da, gestand Geschäftsführerin Lüllmann. Sie sagte aber auch: „Wir müssen nehmen, was wir kriegen können.“ Die *taz* plant den Ausstieg aus dem gedruckten Tageszeitungsgeschäft – und damit einhergehend online einen großen Relaunch. Dafür hole man mit dem Google-Geld Fachexpertise von außen ins Haus. Wichtig sei Transparenz.

Bürger*innen als Partner

Die Idee der Bürger*innenbeteiligung ist im Journalismus nicht neu, wie Verena Nierle, *Bayerischer Rundfunk*, betonte. Das Format „Jetzt red i“ feierte vor kurzem seinen 50. Geburtstag. Die Digitalisierung allerdings macht neue Formen möglich, das Gemeinschaftsprojekt von *BR* und *Correctiv* „Wem gehört die Stadt?“ zum Wohnungsmarkt in drei Städten ist dafür nur ein Beispiel. BJV-Vorsitzender Michael Busch moderierte das Podium, an dem sich neben Nierle *Correctiv*-Reporter Justus von Daniels und Philip Faigle, *Zeit Online*, beteiligten. Von Daniels bezeichnete die Bürger*innen für bestimmte Recherchefragen als „unfassbar gute Quelle“, betonte aber auch, dass es sich um eine kuratierte Partnerschaftlichkeit handle, die Grundaufgabe des Journalismus bleibe bestehen. Und: Je mehr Bürger*innen sich beteiligten, desto mehr erwarteten eine Rückmeldung. Wie man diesem Erwartungshorizont gerecht werden kann, muss vorab durchdacht werden. *Zeit online* hebt mit dem Projekt „49“ Bürgerbeteiligung vor der Bundestagswahl auf eine nächste Stufe: Mittels Algorithmen und 20 verschiedenen Kriterien wird versucht, eine Gruppe von 49 Menschen zu finden, die der deutschen Gesellschaft möglichst perfekt entsprechen. „Viele Redaktionen sind immer noch sehr homogen“, sagte Faigle. „Die ‚49‘ sollen die Lebenswirklichkeit auch von Milieus zeigen, zu denen wir nicht so viel Kontakt haben.“

Kollege Roboter: Innovation durch KI

Frisch aus dem Badeseer in Island entstieg, schaltete sich Jonas Bedford-Strohm, KI-Koordinator beim *Bayerischen Rundfunk*, zur Online-Tagung zu und sprach mit der stellvertretenden BJV-Vorsitzenden Andrea Roth über „Kollege Roboter“. Für den *BR* entwickelt hat er unter dem Stichwort „Ethik der Künstlichen Intelligenz“, auch Richtlinien zum Umgang mit KI. Wenn Redaktionen mit KI konfrontiert würden, erlebe er das volle Spektrum: Angst, Skepsis, überbordende Freude. Sein ganz praktischer Tipp: Wer Veränderungen plant, sollte so früh wie möglich Prototypen entwickeln, „damit man’s fassbar macht“. Mit anderen Worten: KI „auf ein realistisches Maß einrütteln“ und rausholen aus der „mystischen Erhöhung“. Sie lasse sich einsetzen als Technologie für investigative Recherchen, zur Produktautomatisierung – etwa bei Kommunalwahlen oder um Coronadaten aufzubereiten oder im Archivbereich, wenn es darum gehe, „den richtigen Inhalt zum richtigen Zeitpunkt auszuspielen“. Das allerdings funktioniert nur mit einer langfristigen Datenstrategie: „Hat man keine Texte im Archiv, kann man nichts generieren.“ Bedford-Strohm stellte zudem klar: Künstliche Intelligenz treffe keine Entscheidungen. „Wir geben Daten ein und Regeln mit. Daraus entstehen Fähigkeiten. Algorithmen sind ein zutiefst menschengemachtes Produkt.“

Radio Bremen darf Auskunft verlangen

BVerwG: Behörde muss präsentenes Wissen der zuständigen Mitarbeitenden abfragen

Von Maria Goblirsch

Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Sieben Jahre mussten Journalist*innen des Senders *Radio Bremen* auf eine Auskunft warten. Und die bekamen sie auch erst nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Was war geschehen? Im Jahr 2014 hatte sich ein Verkehrsunternehmen mit seinem Vorstandssprecher darauf geeinigt, dessen Arbeitsvertrag aufzulösen. Außerdem wurde eine Abstandszahlung vereinbart. Allerdings gab es Hinweise darauf, dass Grund für die Auflösung dieses Arbeitsvertrags ein Fehlverhalten des Vorstandssprechers gewesen sein könnte, welches zu einer außerordentlichen Kündigung berechtigt hätte.

Radio Bremen wollte wissen, ob Gründe vorlägen, die eine Vertragsbeendigung auch ohne Abfindung gerechtfertigt hätten und stellte dazu acht Fragen. Die aber wollte das kommunale Unternehmen nicht beantworten. Unter anderem ging es um Informationen zu Vorwürfen der sexuellen Belästigung, die von Kolleg*innen gegen den ehemaligen Mitarbeiter erhoben worden waren. Außerdem wollte die Sendeanstalt wissen, ob der Vorstandssprecher ein „erhebliches Alkoholproblem“ gehabt habe.

Die Sache ging vor das Verwaltungsgericht Bremen und danach in die zweite Instanz, die beide der Klage teilweise stattgaben. Offen blieben am Ende drei Sachverhalte, zu denen *Radio Bremen* Auskunft verlangte. Ob das berechtigt war, musste im April 2021 das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entscheiden. Und das bejahte den Auskunftsanspruch der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt gegenüber dem Verkehrsunternehmen (Urteil vom 27. April 2021; Az.: 10 C 1.20). Das Gericht habe angenommen, dass der eigentlich auf Behörden beschränkte Anspruch auch gegenüber dem privatrechtlich geführten Verkehrsunternehmen gelte, weil es überwiegend in öffentlicher Hand liege, erläuterte die Münchner Lutz Abel Rechtsanwalts Part GmbH, die den Sender in Leipzig vertrat. Eine vertragliche Verschwiegenheitspflicht aus dem Aufhebungsvertrag könne der Erteilung der verlangten Auskunft nicht entgegengehalten werden.

Meinungen und Gerüchte ausgenommen

In ihrer Begründung betonten die obersten Verwaltungsrichter, dass eine solche Auskunft nur über Tatsachen verlangt werden kann, nicht über Werturteile. Das bedeutet, dass nur solche Fragen beantwortet werden müssen, die auf tatsächliche Umstände abzielen – und nicht nur auf Meinungen oder Gerüchte. Tatsächliche Vorgänge müssen dabei nicht verschriftlich worden sein. Der Beklagte hatte sich vor Gericht darauf berufen, dass eine Behörde nur über schriftlich vorliegende Vorgänge Auskunft zu geben habe. Das verneinten die Richter. „Die Behörde ist auch dazu verpflichtet, das präsentene Wissen der intern bei ihr zuständigen Mitarbeiter abzufragen, allerdings nicht über beliebige Gerüchte, sondern nur über dienstliche Vorgänge und Wahrnehmungen“, heißt es in einer Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts zur Entscheidung. Bereits ausgeschiedene Mitarbeiter*innen müssten nicht mehr befragt werden.

Angesichts der im Raum stehenden Vorwürfe einer sexuellen Belästigung durch den Vorstandssprecher sah das Gericht dessen Persönlichkeitsrecht durch die Auskunft beeinträchtigt. Allerdings sei dadurch nur seine Sozialsphäre betroffen. Zudem bestehe ein Informationsinteresse der Öffentlichkeit, das bei der Abwägung mit dem Persönlichkeitsrecht des Vorstandssprechers überwiege.

Dabei kommt es nach Meinung der Richter*innen nicht darauf an, was nach Erteilung der Auskunft auch tatsächlich berichtet werde. Denn zunächst sei es dem Sender nur um die Recherche gegangen. Bei einer etwaigen Veröffentlichung habe *Radio Bremen* dann erneut in eigener Verantwortung zu prüfen, ob damit schutzwürdige Interessen des ehemaligen

Vorstandssprechers verletzt werden. Einen Anspruch auf Beantwortung der Frage hinsichtlich der vermuteten Alkoholprobleme verneinte das Gericht. Das verlange eine „Wertung von Tatsachen“, welche die Presse nicht verlangen könne.

Bei der Frage, wie intensiv die Persönlichkeitsrechte des ehemaligen Mitarbeiters beeinträchtigt wurden, hat das Bundesverwaltungsgericht das so genannte Sphärenmodell angewendet. Es unterscheidet zwischen Intimsphäre, Privatsphäre sowie Sozialsphäre. Am stärksten geschützt ist die Intimsphäre, zu ihr gehört die innerste Gedanken- und Gefühlswelt. Also etwa Tagebuchaufzeichnungen, sehr persönliche Informationen wie zum Gesundheitszustand oder zum Sexualleben. Die Intimsphäre darf nach der Rechtsprechung so gut wie nie verletzt werden.

Die Privatsphäre umfasst den gesamten häuslichen und familiären Lebensbereich, aber auch Orte, wo sich eine Person bewusst den Blicken der Öffentlichkeit entziehen will. Ebenso persönliche Daten, von denen man nicht möchte, dass sie an die Öffentlichkeit geraten, wie etwa der Wohnort. Wird in die Privatsphäre eingegriffen, ist zu prüfen, wie schwer das Allgemeine Persönlichkeitsrecht betroffen ist. Danach wird diese Beeinträchtigung mit anderen Grundrechten abgewogen wie etwa einem besonderen Informationsbedürfnis. Je stärker jemand in der Öffentlichkeit steht (Politiker, Stars etc.), desto mehr muss er oder sie sich gefallen lassen.

Einen geringeren Schutz genießt die Sozialsphäre. Darunter fallen soziale Kontakte, das berufliche Umfeld oder Auftritte im öffentlichen Raum. Hier gilt der Grundsatz, dass über das, was jede Person beobachten kann, auch berichtet werden darf. Meist wird hier bei Streitigkeiten zugunsten des öffentlichen Informationsinteresses entschieden.

„Auskunft kann nur über Tatsachen, nicht über Werturteile verlangt werden.“

Das Bundesverwaltungsgericht



Die Autorin

Maria Goblirsch ist Juristin und freie Journalistin mit Schwerpunkt Medienrecht und Medienpolitik. @MariaGoblirsch; goblirsch@bjv.de

Foto: Stefan Gregor

Der Studien-Tipp



Hand in Hand, um zu manipulieren?

Die „Stiftung Neue Verantwortung“, ein „Think Tank für die Gesellschaft im technologischen Wandel“, wie es in der Selbstauskunft heißt, hat kürzlich eine medial viel beachtete Studie herausgegeben. Unter dem Titel „Quelle: Internet?“ wird die digitale Nachrichten- und Informationskompetenz der deutschen Bevölkerung genauer unter die Lupe genommen. Besonders schwer fiel den Befragten dabei die Unterscheidung zwischen verschiedenen Kommunikationsabsichten: 56 Prozent hielten ein Advertorial – trotz Werbekennzeichnung – fälschlicherweise für eine Information. Was Journalist*innen zu denken geben sollte: Die Annahme, es gäbe gemeinsamen Machenschaften zwischen Medien und Politik, ist weit verbreitet: Ein Viertel der Befragten

teilte „Lügenpresse“. 25 Prozent stimmten der Aussage zu, dass Medien und Politik Hand in Hand arbeiten, um die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren. Fast 30 Prozent glaubten, dies finde zumindest teilweise statt. Und 24 Prozent meinten, dass die Bevölkerung in Deutschland von den Medien systematisch belogen werde. Insbesondere die journalistische Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird falsch eingeschätzt: 22 Prozent glauben hier an eine politische Einflussnahme, weitere 24 Prozent gaben „weiß nicht“ an. Die vollständige Studie (143 Seiten), die für den Berufsstand der Journalist*innen noch viele weitere interessante Informationen enthält, kann im Internet auf stiftung-nv.de unter „Publikationen“ kostenfrei heruntergeladen werden.

Johannes Michel

Der Buchtipp



Zu den Fahnen!

„Insiderbericht“ – dieses markige Versprechen löst Eric Dolatre, Jahrgang 1963, insofern ein, als dass er über mehrere Kapitel tief in die eigene, durchaus schillernde Biografie blicken lässt: von der Kindheit in einer Musikerfamilie in München-Harlaching und Schulzeit in Manila über erste Jobs in der Computerwelt und drei Ehen bis zur Gründung von GMX und dem Scheitern des Messengers ginlo im Oktober 2019. Als „Geburtshelfer“ der riesigen Digitalkonzerne („GAFAM“) bezeichnet sich der IT-Entrepreneur und PR-Experte in eigener Sache, der den „digitalen Eisprung“ mit verursachte, sich nun aber total geläutert gibt. Eindringlich warnt er vor der Big-Data-Sammelwut, die der homo

digitalis sorglos hinnimmt. Selbst das tückische Kleingedruckte des Spiegel-Plus-Abos klicken wir aus Bequemlichkeit weg. Schaffen wir aber keine Autonomie über unsere Daten, droht uns ein Ende wie den Arkoniden in Perry Rhodans Romanutopie. Was ist zu tun? Revolution! Die praktische Anleitung gibt's ab S. 319 dieses lesenswerten Weckrufs.

Senta Krasser

Eric Dolatre mit Thilo Komma-Pöllath: Die notwendige Revolution: Er ist der Erfinder des Big-Data-Modells – und kämpft gegen die digitale Überwachungswirtschaft. Ein Insiderbericht. Ariston, 2021, 336 Seiten, 22 Euro, ISBN 978-3424202212.



Der Techniktipp



Augen auf beim Mac-Kauf

Vor etwas mehr als 15 Jahren vollzog Apple einen die Computerwelt verändernden Schritt. Ab sofort wurden neue Macs mit Prozessoren des Weltmarktführers Intel ausgestattet. Damit endete eine langjährige Partnerschaft mit IBM. Und nun steht der Konzern vor einer erneuten Veränderung. Neue Macs werden mit dem hauseigenen M1-Prozessor geliefert, der auf der so genannten ARM-Basis aufsetzt und damit eigentlich den Chips in Smartphones näher ist als denen in klassischen PCs. Am Anfang stand die Vorstellung neuer Modelle von Macbook Pro, Macbook Air und Mac mini, nun kommen die stationären Macs als Desk-

top-Ersatz und sogar das große Ipad Pro an die Reihe. Gerade bei Kreativarbeiter*innen sind Apple-Produkte oft äußerst en vogue. Die Umstellung heißt für sie: Unbedingt ein Modell mit der neuen Prozessorarchitektur wählen, falls demnächst ein Neukauf ansteht. Denn die Leistungsunterschiede sind zum Teil erheblich. Und: Bisher wurde wenig kommuniziert, wie es mit der Produktunterstützung für die Intel-Macs weitergeht. Zwar wird Apple sie auch weiterhin mit Aktualisierungen versorgen, es ist aber anzunehmen, dass die M1-Macs bevorzugt werden könnten. Somit: Gegebenenfalls noch ein wenig warten, bis das Wunschmodell auch mit der neuen Architektur zu haben ist.

Johannes Michel

Mit uns in Eure Zukunft Als Junge Journalist*innen im BJV

12€ für die Zukunft*

* Nur so viel macht der monatliche Beitrag zur Absicherung Eurer beruflichen Perspektive als junge Journalist*innen (als Student*innen oder Volontär*innen) im Bayerischen Journalisten-Verband aus. Dafür erhaltet Ihr Zugriff auf ein professionelles Netzwerk von Berufskolleg*innen, ein qualifiziertes Fortbildungsangebot und vielfältige Hilfe vom Mentoring bis zur Rechtsberatung.

Nähere Informationen erhaltet Ihr unter www.bjv.de

 facebook.com/bjvde  twitter.com/bjvde

BJV

Die Stimme der jungen Journalisten

Die Stimme der Journalisten in Bayern

IMPRESSUM

Herausgeber:

Michael Busch, 1. Vorsitzender
Bayerischer Journalisten-Verband e.V.
St.-Martin-Str. 64, 81541 München
Tel. 089 5450 418-0, Fax -18
info@bjv.de – www.bjv.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Michael Busch, 1. Vorsitzender, busch@bjv.de
Tel. privat 09135 7279350
Tel. Büro 09132 745-022, Fax Büro 09132 745-29

Anschrift der Redaktion:

Michaela Schneider, Joseph-Seitz-Straße 37,
97076 Würzburg
Tel. 0931 45461280, mobil 0151 27088064
ich-schreibe@t-online.de
Leitende Redakteurin:
Michaela Schneider

Stellvertreter:

Alois Knoller, alois.knoller@t-online.de
Tel. 0821 777-2155, privat Tel. 0821 741000
Redaktionsmitglied:
Johannes Michel, jmichel@journalist-michel.de,
Tel. 09547 8705594

Autoren dieser Ausgabe:

Michael Busch (T), Michaela Schneider (T), Stefan Gregor (F),
Rainer Reichert (F), Sebastian Mowka (F), Bernhard Huber (F),
Markus Konvalin (F), Moritz Jansen (F), Boczek (F), Stefanie
Schwarz (F), Senta Krasser (T), Thomas Mrazek (T, F), PM Cheung
(F), Martin Neuhofer (F), Kerstin Augustin (F), Bianca Tauber (F),
Alois Knoller (T), Maria Goblirsch (T), Jakob Carlsen (F), Johan-
nes Michel (T), Ronja Goj (T), Michael Keßler (F), Angelika Knop
(T), Daniel Hinz (T), Karin Straka (F), David-Pierce Brill (F), Tho-
mas Geier (F), Stefan Gregorowius (F), Jörg Buschmann (F),
Oliver Mayer (F), Enric Mammen (F), James Albright (F), Maria
Penz (F), Martin Saumweber (F).

Gestaltung: Mediaservice Rudi Stix
Titelbild: Stefan Gregor

Verantwortlich für Anzeigen:

Mediasüd Robert Macher, Tel. 0 91 81 29 99-477,
Fax -479 robert.macher@mediasued.de

Anzeigenvorlagen (CMYK) per Mail
(PDF) an robert.macher@mediasued.de
oder nach Absprache per Post mit dem Vermerk
„BJVreport“ direkt an die Druckerei
(Anschrift siehe unten)

Auflage:

8100 Exemplare
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Redaktions- und Anzeigenschluss für
Ausgabe 4/2021: 11. Juli 2021
Erscheinungstermin: 9. August 2021

ISSN: 0947-8337

Copyright 2021 by BJV & Autoren

Druckerei:

Himmer GmbH Druckerei & Verlag
Steinerne Furt 95
86167 Augsburg / www.himmer.de

„Jedes Wort wird übersetzt und registriert“

Als langjährige Türkei-Korrespondentin kennt Christiane Schlötzer die Beziehung zwischen Präsident Erdogan und der Presse. Momentan: leichte Entspannung.

Von Senta Krasser

Zum „Tag der Pressefreiheit 2017“ sagte der damalige BJV-Preisträger Can Dündar, die Türkei sei „die Hölle für Journalisten“. Von eben dort berichtete Christiane Schlötzer mehr als zehn Jahre für die *Süddeutsche Zeitung*. Was hat sie erlebt?

Sagen Sie mal, Frau Schlötzer, liegt die Hölle für Journalisten in der Türkei?

Christiane Schlötzer: Man muss das differenziert sehen. Gleich nach dem Putschversuch im Sommer 2016 wurden viele Medien, vor allem jene, die zum Gülen-Imperium gehörten, geschlossen. Präsident Erdogan macht den im US-Exil lebenden Prediger Fethullah Gülen für den Putsch verantwortlich. Gülen's Zeitungen, für die auch Journalist*innen arbeiteten, die liberal waren und mit Religion nichts am Hut hatten, waren also weg. Die meisten übrigen Zeitungen wiederum orientierten sich stark an der Regierung. Die Schlagzeilen wurden einheitlich. Es gibt große Medienkonglomerate im Besitz von Baufirmen, die auch Erdogans Großflughafen bauten, also von Regierungsaufträgen abhängig sind.

Von einer freien Presse kann keine Rede sein?

Es gab viele Eingriffe direkt von oben. Sehr viele kritische Journalist*innen wurden entlassen oder sogar eingesperrt und angeklagt. Trotzdem, und man sieht es nicht zuletzt an Can Dündar, der in Berlin das Online-Magazin *Özgürüz* – auf Deutsch: Wir sind frei – betreibt, ist ein lebendiges, ich will nicht sagen alternatives Medienspektrum immer noch vorhanden. Es findet nur eher im Internet statt.

Aber wen erreichen diese Webseiten? Ihre Reichweite ist begrenzt.

Sie haben ein eher übersichtliches, besonders interessiertes Publikum, das stimmt. Allerdings haben auch die großen, regierungsnahen Zeitungen immer weniger Auflage, weil deren gleichförmige Berichterstattung selbst den Konservativen zu langweilig geworden ist. Obwohl Erdogan die gesamte Medienlandschaft beherrscht bis eben auf einige wenige Publikationen, reichte es bei den Kommunalwahlen 2019 erstaunlicherweise nicht für einen Sieg.

Dreimal hat Christiane Schlötzer-Scotland Recep Tayyip Erdogan persönlich interviewt. Das anfängliche Interesse, sich dem Westen zu erklären, nahm spätestens nach den Gezi-Protesten 2013 ab, und die Macht igelte sich in Ankara ein – im pompösen Präsidentenpalast, vor dem diese Aufnahme 2018 entstand. *ARD*-Korrespondent Oliver Mayer-Rüth fotografierte die *SZ*-Journalistin bei einem gemeinsamen Termin.

Die großen Städte Istanbul, Ankara und Antalya gingen an die Opposition, die sich ungewohnt einheitlich gab.

Ahmet Altan ist einer der vielen türkischen Journalisten und Schriftsteller, die unter Putschverdacht im Gefängnis landeten. Erst in diesem April kam er überraschend frei. Sie hielten 2019 in seiner Abwesenheit die Laudatio auf ihn, als ihm die Stadt München den Geschwister-Scholl-Preis verlieh. Wie gut kennen Sie Altan?

Ich habe ihn über seinen Anwalt in der Haft interviewt, seine Prozesse verfolgt. Den Preis bekam er für sein Gefängnistagebuch „Ich werde die Welt nie wiedersehen“. Jetzt kann er es wieder. Erdogan will ein paar Lichtblitze Richtung Europa schicken.

Von Altan stammt der Satz, „Die wirkliche Gefahr für Erdogan sind nicht die Stimmen seiner Gegner, sondern das Schweigen seiner Unterstützer“.

Das ist ganz sicher so. Deshalb ist es für uns Journalist*innen auch sehr schwierig geworden, mit Leuten aus der Regierungspartei zu sprechen. Sie sind momentan sehr vorsichtig, weil sie fürchten, ein falsches Wort zu sagen. Die AKP ist mittlerweile sehr stromlinienförmig, von oben nach unten organisiert. Das war früher anders. Da konnte man mit einfachen AKP-Leuten gut reden. Jetzt müssen sie aufpassen, dass sie nicht zum Verräter abgestempelt werden, wenn sie Kontakt mit ausländischen Journalist*innen haben.

In Ihrem Buch „Istanbul – ein Tag und eine Nacht“, das im September erscheint, schreiben Sie über die Begegnung mit einem AKP-Anhänger. Wie haben Sie ihn zum Reden gebracht?



**Christiane Schlötzer,**

1954 in München geboren, studierte Kommunikationswissenschaft und besuchte die Deutsche Journalistenschule. Sie fing als freie Hörfunkjournalistin für NDR und BR an und arbeitet bis 1991 als Politikredakteurin der dpa in München. Von 1992 bis zur Pensionierung 2020 war sie für die *Süddeutsche Zeitung* tätig, unter anderem als Vize-Ressortleiterin Außenpolitik und Seite Drei und als Auslandskorrespondentin für die Türkei, Griechenland und Zypern. Insgesamt lebte sie fast zwölf Jahre in Istanbul, zuletzt als Stipendiatin der deutschen Kulturakademie Tarabya. Am 21. September erscheint ihr Buch „Istanbul – ein Tag und eine Nacht“ (Berenberg). Sie ist Mitgründerin des Vereins Journalisten helfen Journalisten und schreibt weiter frei über die Türkei in der SZ.

Foto: Jörg Buschmann/SZ

Ich kenne ihn seit 2001, als er die AKP mitgründete und Erdogan beriet. Wir hielten stets Kontakt.

Sie hatten das Glück, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen?

Ja, aber bestimmte Dinge würde auch er öffentlich nicht sagen, er lässt jedoch eine gewisse Distanz erkennen zur jetzigen Regierung. Es ist ja so: Die AKP in ihrer Anfangszeit war eine andere Partei. Erdogan öffnete damals das Land gen Westen und brach mit vielen Tabus. Innerhalb der Partei gab es Gesprächsbereitschaft. Das ist im Moment nicht der Fall.

Wie gesprächsbereit zeigte sich Erdogan Ihnen gegenüber?

Ich habe ihn dreimal persönlich interviewt. Das erste Mal 2001, noch bevor er Ministerpräsident wurde. Er und die gerade gegründete AKP hatten ein Interesse daran, sich dem Westen zu erklären, sie wollten zeigen, dass sie keine Islamisten sind wie die Parteien, die vorher verboten worden waren. Spätestens nach den Gezi-Protesten 2013 kippte das und die Macht igelte sich in Ankara ein. Nach 2016 ging es wirklich bergab. Der Putschversuch löste Repressionswellen aus. Natürlich hat ein Staat das legitime Recht, Putschisten zu verfolgen. Aber die Welle nahm wahllos sehr viele mit, die nichts damit zu tun hatten.

Inwiefern lässt Erdogan seither auch die ausländische Presse seine Macht spüren, also konkret Sie?

Um in der Türkei offiziell als Journalist*in arbeiten zu können, braucht man eine Akkreditierung, und die muss jedes Jahr im Dezember verlängert werden, sonst bekommt man auch keine Aufenthaltsgenehmigung. Nach 2016 gab es Probleme, die Akkreditierung zu erneuern. Wie bei anderen Korrespondent*innen wurde auch mein Antrag zuerst abgewiesen. Auf Druck des Auswärtigen Amtes in Berlin klappte es aber plötzlich doch. Der Kollege vom ZDF war schon außer Landes, durfte dann aber wieder einreisen. Das war schon ziemlich spektakulär.

Wie lief es die Jahre drauf?

Zuletzt war es sogar ganz einfach. Es hieß, das seien zuvor alles „Missverständnisse“ gewesen. Sprich: Es ist unberechenbar, ob man eine Akkreditierung bekommt. Man erfährt gewöhnlich auch nicht, warum sie einem verweigert wird. Wir wissen nur, dass alles gelesen und registriert wird, was wir schreiben und senden. Jedes Wort wird übersetzt. Auch meine Texte.

Konnten Sie sich, anders als Welt-Korrespondent Deniz Yücel, stets darauf verlassen, dass Ihr deutscher Pass Sie schützt?

Doppelstaatler wie Yücel sind für die Türkei immer Türken. Da schützt kein deutscher Pass. Welch unglaubliches Privileg mein deutscher Pass ist, wird mir immer bewusst, wenn ich aus der Türkei ausreisen will: Wenn ich am Flughafen an Menschen vorbeigehe, die mit mir in der Schlange standen, aber nicht aus dem Land rauskommen, weil sie, ohne es zu wissen, auf irgendeiner Liste stehen.

Wie kam es überhaupt dazu, dass Sie Türkei-Korrespondentin wurden?

Ich trage die Faszination für die Türkei in mir, seit ich Anfang der 1980er mit meinem späteren Mann, Egon Scotland, zum ersten Mal dort hin reiste. Er hatte in der Türkei studiert und öffnete mir das Land trotz dieser Düsternis, die nach dem Putsch von 1980 herrschte. Das Militär war an der Macht, Häftlinge wurden gefoltert und Todesurteile vollstreckt. Es war eine dunkle, harte Zeit. Egon und ich waren oft in der Türkei, bis er im Juli 1991 als SZ-Journalist im Balkankrieg ums Leben kam. Es war immer mein Wunsch zurückkehren.

Stimmt es, dass Egon Scotland in jenem Sommer vor 30 Jahren auf dem Sprung war, Korrespondent in der Türkei zu werden?

Damals hatte die SZ noch keinen Korrespondenten in Istanbul, nur einen in Belgrad, der auch zuständig war für die Türkei und Griechenland. Egon hatte schon die Zusage, den Posten in Belgrad zu übernehmen, und träumte davon, den Korrespondentenplatz in die Türkei zu verlegen. Wolfgang Koydl war dann 1996 der erste mit Büro in Istanbul. Ich folgte ihm 2001. Man muss dazu sagen, dass die Türkei es Auslandsjournalist*innen schon damals schwer machte, sich niederzulassen.

Inwiefern schwer?

Man brauchte zum Beispiel einen türkischen Bürger, um ein Handy anzumelden. Als Ausländer musste man viel höhere Mieten zahlen. Das Land war überhaupt viel geschlossener. Eigentlich wurde es erst unter Erdogan wesentlich einfacher, zumindest anfangs. Wie gesagt, er wollte zeigen, dass er nach Westen strebt. Immer, wenn das Verhältnis mit Deutschland und der EU gut war, war es auch für uns Journalist*innen leicht. Das war immer wie ein Lackmустest.

Erdogan, Erdogan – wie viel Freiraum hatten Sie, Berichte jenseits des Mannes an der Spitze unterzubringen?

Wenn in einer Geschichte der Name Erdogan vorkommt, geht's leichter ins Blatt. Das ist ein Reflex überall in Redaktionen. Mein Ziel war aber immer, das breite Spektrum abzubilden. Von den Vorurteilen wegzuschreiben, den Alltag in seiner Vielfalt zu zeigen. Das Verhältnis zwischen Türken und Deutschen ist enger, als wir uns das vielleicht vorstellen. Auch in den Zeiten, wo es schwierig war zwischen den beiden Ländern.

**Die Autorin**

Senta Krasser arbeitet frei als Medienjournalistin.
@sentakrasser, senta@krasserjournalismus.de

Foto: Enric Mammen

Kontakt im Kleinformat

The collage features several covers of the BJVreport magazine and a full page of the 'Pressestellen' (Job Openings) advertisement. The covers include headlines such as 'Wer schießt zuerst? Journalisten im Krisenmord', 'Irgendwas mit Medien Wackelt die Karriereleiter?', and 'Wollen sie nur spielen? Journalisten und Leser im Dialog'. The 'Pressestellen' page lists various job openings in sectors like Energie, Verkehr, and others, with contact information for companies like erdgas schwaben, LEW, N-ERGIE, Stadtwerke Augsburg Holding GmbH, and VAG.

Rubrikanzeige „Pressestellen“ im BJVreport

- Standardformat 86 x 60 mm quer
- Erweiterte Formate im Anzeigenraster nach Absprache möglich
- Buchung „Pressestellen“ immer für sechs Ausgaben
- Abrechnung in der Regel mit der ersten Veröffentlichung
- Grundpreis 1.300,- € zzgl. 19 % MwSt. für sechs Ausgaben
- 10 % Nachlass für BJV-Mitglieder
- 15 % Mittlerprovision für Agenturen
- Weitere Anzeigenformate: 1/1 Seite, 1/2 Seite quer, 1/4 Seite quer

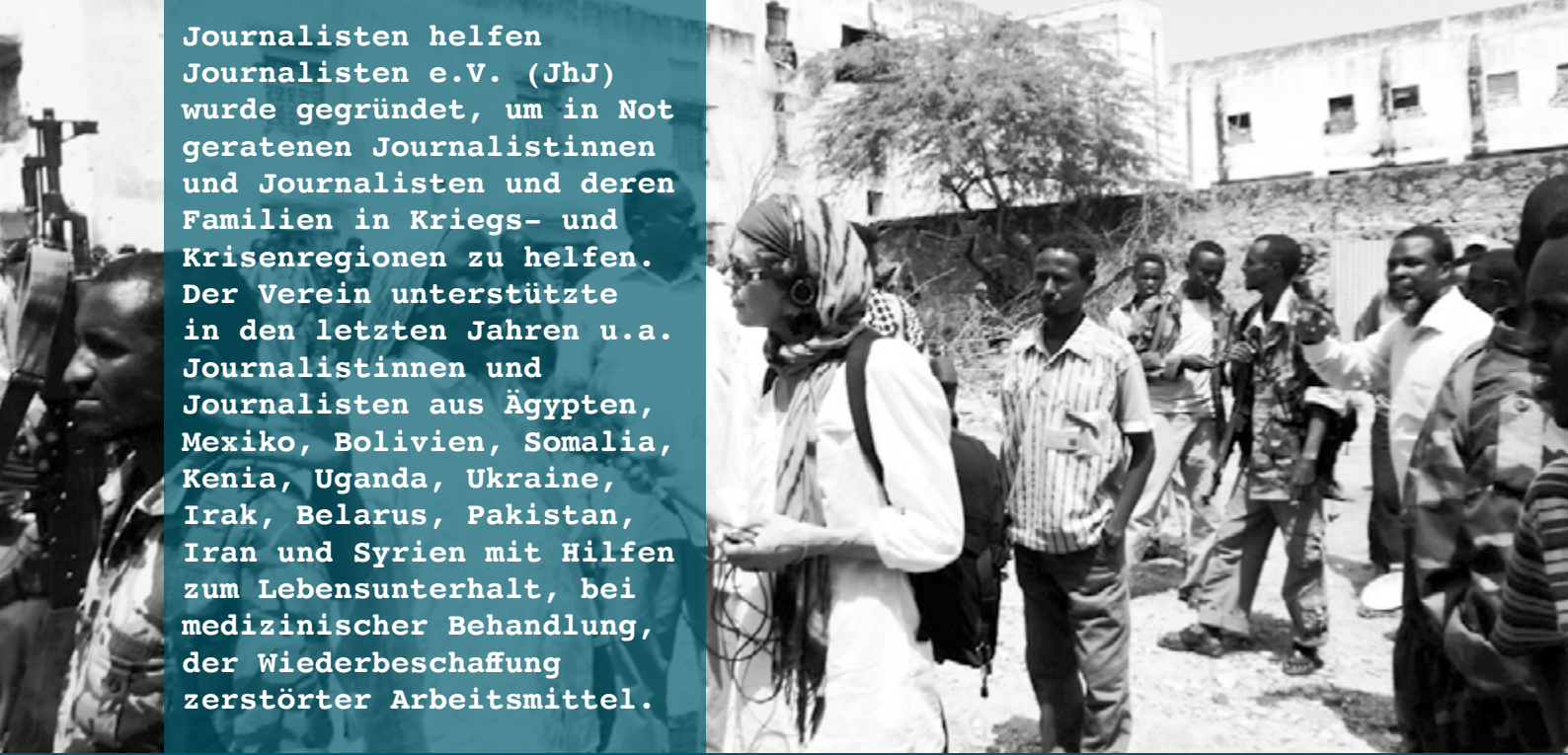
Unterstützen auch Sie die Arbeit im Bayerischen Journalisten-Verband e.V. mit Ihrer Anzeige im *BJVreport*, der alle zwei Monate erscheint und aktuell auch unter www.bjv.de nachzulesen ist. Die Rubrikanzeige „Pressestellen“, Ihre regelmäßige Präsentation im *BJVreport* zum kleinen Preis, ist Ihre „Visitenkarte“ für rund 8.000 BJV-Mitglieder sowie weitere Leser, sprich Mitarbeiter in Unternehmen und Einrichtungen aus vielen Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialbereichen, die Presse- und Kommunikationsarbeit betreiben.

Wann dürfen wir Sie im BJVreport begrüßen?

Anzeigenmarketing BJVreport: Mediasüd, Robert Macher, Dr.-Eberle-Straße 2, 92318 Neumarkt, Telefon 091 81/2999-477, Fax 091 81/2999-479, robert.macher@mediasued.de

MITEINANDER – FÜREINANDER

Für Meinungs- und Pressefreiheit



Journalisten helfen
Journalisten e.V. (JhJ)
wurde gegründet, um in Not
geratenen Journalistinnen
und Journalisten und deren
Familien in Kriegs- und
Krisenregionen zu helfen.
Der Verein unterstützte
in den letzten Jahren u.a.
Journalistinnen und
Journalisten aus Ägypten,
Mexiko, Bolivien, Somalia,
Kenia, Uganda, Ukraine,
Irak, Belarus, Pakistan,
Iran und Syrien mit Hilfen
zum Lebensunterhalt, bei
medizinischer Behandlung,
der Wiederbeschaffung
zerstörter Arbeitsmittel.

Spendenkonto:
Stadtsparkasse München
BIC: SSKMDEMM
IBAN:
DE91 7015 0000 1002 7572 74

Mitglieder willkommen:
Der Mitgliedsbeitrag bei JhJ
beträgt € 100,- pro Jahr /
€ 50,- für Volontäre und Studenten

Helfen Sie uns helfen
www.journalistenhelfen.org

